



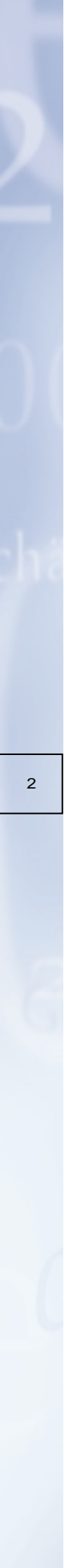
GESCHÄFTSBERICHT

2000

Arbeitsmarktservice
Österreich

I N H A L T

Vorworte	3
Arbeitsmarktlage	7
Ziele 2000	16
Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung	18
Vermittlung	20
Förderungen	27
Existenzsicherung	39
Ausländerbeschäftigung	42
Qualifikationsforschung und Berufsinformation	45
Personal	47
Innerbetriebliche Aus- und Weiterbildung	49
EDV-Projekt AMS2000 <i>plus</i>	51
Einkauf und Immobilien	53
Finanzen	55
Finanzbericht 2000	56
Organisation	68



Das Jahr 2000 war für das Arbeitsmarktservice (AMS) ein sehr erfolgreiches Jahr. Es war geprägt durch die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts und die weitere interne Professionalisierung der Organisation. Der Blick zurück auf die vergangenen sechs Geschäftsjahre seit der Gründung des Unternehmens im Jahre 1994 zeigt, dass die Entwicklung des AMS vom Amt hin zum modernen Dienstleistungsunternehmen bereits vollzogen ist.

Auf Basis der seit sechs Jahren konsequent durchgeführten Organisationsreform konnte das AMS große Erfolge bei der Umsetzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik erzielen und damit deutlich zur positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt beitragen. Im Jahr 2000 stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten auf einen neuen Rekordwert und die Arbeitslosigkeit sank auf den niedrigsten Wert seit acht Jahren. Damit konnte Österreich auch im internationalen Vergleich seine hervorragende Stellung am Arbeitsmarkt behaupten.

Die anhaltende Arbeitskräftenachfrage hat das AMS verstärkt zur Vermittlung von Jobsuchenden genutzt. Über 424.000 Arbeitsuchende fanden wieder einen Arbeitsplatz, mehr als 90 Prozent davon bereits innerhalb von sechs Monaten. Eine zentrale Aufgabe des AMS ist es, die Dauer der Arbeitslosigkeit möglichst kurz zu halten. Im Jahr 2000 waren Jobsuchende im Durchschnitt 118 Tage ohne Job, die Arbeitslosigkeitsdauer wurde damit gegenüber dem Jahr 1999 um eine Woche verkürzt. Auch benachteiligte Personen fanden vermehrt wieder eine Beschäftigung. Durch gezielte Unterstützung und aktive Fördermaßnahmen konnte knapp 81.000 Arbeitslosen über 45 und rund 30.000 Frauen nach einer Weiterbildung ein Arbeitsplatz vermittelt werden. Bei den Langzeitarbeitslosen hat das AMS ebenso Erfolge erzielt. Die Zahl der Personen, die länger als ein Jahr auf Jobsuche waren, konnte gegenüber 1995 sogar halbiert werden.

Ausschlaggebend für den Erfolg ist die in den vergangenen sechs Jahren konsequent betriebene Professionalisierung und Modernisierung der Organisation, die auf eine gezielte Kunden- und Mitarbeiterorientierung ausgerichtet ist. Bereits im ersten Geschäftsjahr hat das AMS ein umfassendes Corporate Identity Projekt durchgeführt und das Zielsteuerungssystem der Organisation festgelegt. Dieses wurde in den letzten Jahren weiterentwickelt, parallel dazu wurden Controlling-Instrumente eingeführt. Im Zuge der Organisationsreform wurde für den Bereich Arbeitslosenversicherung ein eigenes EDV-Programm entwickelt und etabliert.

Für die Reform im Beratungs- und Vermittlungsservice wurde auf Basis einer bedarfsgerechten Kundensegmentierung ein neues Organisationsmodell entwickelt und in sechs regionalen Geschäftsstellen erfolgreich getestet. Mit dem Einsatz neuer Technologien konnte das AMS in den letzten sechs Jahren die Selbstbedienungsmöglichkeiten deutlich ausbauen und seine Vermittlungs- und Drehscheibenfunktion verstärken. So hat das AMS das Internet als neuen Vertriebskanal etabliert und die Online-Vermittlung weiter ausgebaut. Darüber hinaus werden mit der Umsetzung des flächendeckenden Qualitätsmanagements nach dem Konzept der „European Foundation for Quality Management“ (EFQM) Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen des Kundenservice sowie der internen Prozesse erarbeitet.



Dr. Herbert Buchinger
Vorstandsvorsitzender



Mag. Herbert Böhm
Mitglied des Vorstands

VORWORT DES VERWALTUNGS- RATSVORSITZENDEN

Das Jahr 2000 hat mit dem Ablauf der ersten sechsjährigen Funktionsperiode der Organe des Arbeitsmarktservice nach der Ausgliederung aus dem damaligen Bundesministerium für Arbeit und Soziales große Veränderungen gebracht und bietet damit Anlass zu einer bewertenden Betrachtung der Entwicklung über diesen Zeitraum.

Diese Bewertung fällt positiv aus.

Das Arbeitsmarktservice hat in den letzten 6 Jahren sein Management und seine Organisation konsequent weiterentwickelt und modernisiert. Dies hat sich deutlich in den am Arbeitsmarkt erzielten Erfolgen niedergeschlagen:

- Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte von Dezember 1994 auf Dezember 2000 von fast 40.000 auf weniger als 15.000 Personen reduziert werden. Dies obwohl im Jahr 2000 um 14% oder 87.000 Personen mehr arbeitslos wurden als 1994.

- Gleichzeitig konnte das AMS seine Einschaltung in den Stellenmarkt deutlich erhöhen. Ihm wurden 2000 um 27% mehr offene Stellen gemeldet als 1994.

- Auch die im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) formulierten quantitativen Ziele für das Jahr 2002 wurden in Ausnützung des günstigen Konjunkturverlaufes so konsequent verfolgt, dass sie bereits 2000 zum Teil deutlich übererfüllt wurden. So wurden sowohl das Ziel der Halbierung der Übertrittsquote Jugendlicher in Langzeitarbeitslosigkeit als auch die Maßnahmenquote von mehr als 20% bereits 2000 erreicht.

Diese Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind auf die konsequenten Organisationsverbesserungen und die Einführung moderner Managementtechniken zurückzuführen, durch die es auch möglich war, die gute wirtschaftliche Entwicklung voll zu nutzen:

- Einführung des Managements über Zielvorgaben
- Projekt zur Herstellung einer Corporate Identity im AMS

- umfassendes Qualitätsmanagement (EFQM),
- konsequente Ausrichtung der Gesamtorganisation auf die AMS-Kunden durch entsprechende Neufassung des Dienstleistungskatalogs und die gegenwärtig laufende Neuorganisation der Geschäftsstellen im Sinne der verbesserten Kundensteuerung nach dem FOKUS-Modell.

Ebenfalls umfassend weiterentwickelt wurde das Ressourcenmanagement. Da sind zu nennen:

- Umstellung der Besoldungsgrundlage für AMS-Bedienstete auf die Basis eines eigenen Kollektivvertrags

- Neustrukturierung der Grundausbildung

- Einführung erfolgsorientierter Prämien für Mitarbeiter

- Optimierung des Beschaffungsmanagements in der Sachverwaltung

- Einführung einer eigenen Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung

- Veranlagung des Barvermögens des AMS nach finanzwirtschaftlichen Grundsätzen.

Besonders erwähnt werden soll in einer Rückschau auf die Ergebnisse der abgelaufenen Funktionsperiode im AMS die Strukturreform des AMS Wien, die eine im Konsens aller am AMS beteiligten Partner erarbeitete grundlegende Neuausrichtung des AMS Wien darstellt und einen entscheidenden Beitrag zu einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik für den als großstädtischen Ballungsraum zweifellos schwierigsten Arbeitsmarkt Österreichs bildet.

Es hat sich also gezeigt, dass sich die Übertragung der Durchführung der Arbeitsmarktpolitik an das Arbeitsmarktservice (AMS) als eine einer Kapitalgesellschaft angenäherte Institution mit drittelparitätischer Beteiligung von Regierung und Sozialpartnern und unter Anbindung an die politische Ebene durch eine Aufsichts- und arbeitsmarktpolitische Vorgabenbefugnis des verantwortlichen Bundesministers bewährt hat. Diese Organisationsstruktur hat sich als eine geeignete

Basis erwiesen, eine in der Vergangenheit nach den Regeln staatlicher Verwaltung geführte Organisation in Formen modernen Managements überzuführen und auf diese Weise Effektivität wie Effizienz nachhaltig zu erhöhen.

Diese Bewertung der ersten sechs Jahre des AMS fand ihren Niederschlag auch in der Tatsache, dass mit Rücksicht auf die erfolgreiche Arbeit die geschäftsführenden Organe auf Bundes- und Landesebene fast durchwegs wiederbestellt werden konnten. Die erstmalige Bestellung einer Frau als Landesgeschäftsführerin des AMS Wien, wodurch nun zwei Frauen an der Spitze dieser schwierigsten aller Landesorganisationen stehen, stellt ein bewusst gesetztes Signal für die Besetzung von leitenden Funktionen mit Frauen dar.

Durch die bisherigen Erfolge und die Besetzung der leitenden Funktionen mit bewährten qualifizierten Führungskräften ist die Gewähr gegeben, dass das AMS auch in Zukunft den Anforderungen an das führende Dienstleistungsunternehmen am Arbeitsmarkt gewachsen sein wird.

Und diese Anforderungen werden auch künftig beträchtlich sein.

Sie werden von der Bewältigung der weiterhin bestehenden Probleme der Integration älterer oder arbeitsmarktferner Personengruppen über die Bemühungen des Ausgleiches der Situation auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligter Gruppen bis zum zweckentsprechenden Umgang mit einer zunehmenden Zahl flexibler Arbeitsverhältnisse die volle Problemlösungskapazität in Anspruch nehmen.

Vor allem aber muss die günstige Entwicklung der Beschäftigung und die mit ihr verbundene hohe Nachfrage nach Arbeitskräften zu einer zentralen Schwerpunktsetzung auf die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Arbeitsmarktes zur Deckung dieser Nachfrage genutzt

werden. In diesem Rahmen kommt der Vorsorge für die von der Wirtschaft benötigten Qualifikationen eine Schlüsselrolle zu. Die vom AMS zur Jahreswende 2000/2001 ergriffene Initiative für eine konzertierte Aktion aller beteiligten Institutionen zu diesem Ziel wird deshalb in der nächsten Zukunft in den Aktivitäten des AMS einen besonderen Stellenwert haben müssen.

Mit der Ausgliederung des AMS im Jahr 1994 wurde Neuland betreten, und es ist nicht überraschend, dass sich aus den praktischen Erfahrungen der ersten Ausgliederungsphase das Bedürfnis nach Nachbesserungen des institutionellen und finanziellen Rahmens ergibt. Die Bundesregierung hat im Regierungsprogramm ein entsprechendes Vorhaben vorgesehen. Da die Vorarbeiten dazu erst im Gange sind und die verschiedenen Vorstellungen über die Gestaltung des weiteren Reformschrittes erst in Diskussion stehen, ist ein abschließendes Ergebnis dieses Vorhabens noch nicht zu erkennen.

Wenn es gelingt, diesen Reformschritt nach den im Regierungsprogramm genannten Eckpunkten, nämlich „die im Jahr 1994 begonnene Ausgliederung des AMS im Sinne der Betonung der föderalen Struktur und der Einbindung der Sozialpartner weiter(zu)föhren“ und dem Ziel, dass „damit ... die Effizienz bei der Vermittlung von Arbeitslosen gesteigert werden (soll)“, auszurichten, kann es den Weg des AMS zu einer voll wirksamen, modernen Serviceorganisation in einem der wichtigsten Bereiche unserer Gesellschaft bedeutend erleichtern.



Dr. Günther Steinbach
Vorsitzender des Verwaltungsrats

- Auf Grund der günstigen konjunkturellen Entwicklung war eine Zunahme der Beschäftigung um 0,8% oder 25.840 auf rund 3.133.700 und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 12,4% oder 27.429 auf rund 194.300 Arbeitslose zu verzeichnen.
- Die EU-Arbeitslosenquote für Österreich lag bei 3,7 % (EUROSTAT) und war damit die drittniedrigste im EU-Raum.
- Die Arbeitslosenquote von 5,8% nach nationaler Berechnung lag um 0,9 Prozentpunkte niedriger als 1999 (Männer: 5,8%; Frauen: 5,9%).
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte auf 19.100 reduziert werden und wurde damit gegenüber 1995 halbiert. Das spiegelt sich auch in der von 125 Tage auf 118 Tage gesunkenen Verweildauer und einer weiteren Reduzierung der Übertrittsquote in Langzeitarbeitslosigkeit auf 3,8% wider.
- Mit durchschnittlich 35.500 gemeldeten offenen Stellen gab es um 4.279 oder 13,7% mehr als im Vorjahr. Die insgesamt für das AMS verfügbaren offenen Stellen betragen 345.400 gegenüber 319.300 im Vorjahr.
- Alle arbeitsmarktpolitischen Ziele konnten mit Ausnahme der Arbeitsaufnahme von Langzeitarbeitslosen übererfüllt werden. Auch dieses Ziel haben nur die Bundesländer Wien, Tirol und Steiermark verfehlt.
- Die NAP-Aktivierungsquote wurde auf 19,81% gegenüber 17,66% im Vorjahr erhöht. Der Zielwert für 2002 von 20% wurde damit bereits 2000 nur knapp verfehlt.
- Von den aktiven arbeitsmarktpolitischen Fördermitteln wurden ATS 8.075,78 Mio. (EURO 586,88 Mio.) ausbezahlt und ein Ausschöpfungsgrad von 97,92% erzielt. Die „aktivierten“ passiven Mittel betragen ATS 1.689,50 Mio. (EURO 168,95 Mio.)
- Die bewilligten Förderfälle betragen 338.700 und liegen ausschließlich auf Grund der im Jahr 2000 noch nicht voll angelaufenen ESF-Beschäftigten-schulung unter dem Vorjahreswert von 377.400.
- Im Jahresdurchschnitt bezogen rund 218.300 (1999: 235.800) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden

- ATS 37,981 Mrd. (EURO 2,760 Mrd.) ausbezahlt. Für die Leistungen wurden rund 826.800 (1999: 855.300) Anträge gestellt, wovon 30.300 (1999: 36.400) abgelehnt wurden. In Sanktionsfällen wurden insgesamt 55.900 (1999: 53.100) Bescheide erlassen.
- Aus den Präliminarien (eigener Wirkungsbereich) wurden ATS 2.851 Mio. (EURO 207,19 Mio.) bei einem Ausschöpfungsgrad von 99,8% ausbezahlt.
- Die zweckgebundene Gebarung (übertragener Wirkungsbereich) schloss im Jahr 2000 mit einem Überschuss von ATS 1.757.592 Mio. (EURO 127,72 Mio.), der der Rücklage zugeführt wurde.
- Die durchschnittliche Personalauslastung im AMS betrug 4.171,71 Planstellen, das sind um 0,2% weniger als präliminiert.

DIE ARBEITSMARKTLAGE

INTERNATIONALER VERGLEICH

Arbeitslosenquoten 2000 nach Kriterien der Europäischen Union und der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO:

(durch Umfragen ermittelte arbeitslose und beschäftigte Personen, saisonbereinigte Werte)

Region	2000			1999		
	gesamt	Männer	Frauen	gesamt	Männer	Frauen
Österreich*	3,7%	3,2%	4,4%	4,0%	3,4%	4,7%
Europäische Union (15)*	8,3%	7,1%	9,9%	9,2%	7,9%	10,9%
BRD Gesamt*	8,1%	7,7%	8,5%	8,6%	8,2%	9,1%
Frankreich*	9,5%	7,8%	11,5%	11,2%	9,5%	13,3%
Schweden*	5,9%	6,0%	5,8%	7,2%	7,2%	7,1%
Vereinigtes Königreich* 10/2000	5,4%	5,8%	4,8%	6,1%	6,7%	5,3%
USA*	4,0%	3,9%	4,1%	4,2%	4,1%	4,3%
OECD Gesamt** 11/2000	6,4			6,9		

*EUROSTAT **WIFO

2000 hatte Österreich eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 3,7% und behielt damit seine im internationalen Vergleich günstige Position. Die Arbeitslosenquote der Männer war 3,2%, die der Frauen 4,4%. Die Europäische Union wies durchschnittlich eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote (8,3%) auf, wobei die Arbeitslosenquote der Männer 7,1% und die der Frauen 9,9% betrug. In zwei der angeführten Regionen, nämlich in Schweden und im Vereinigten Königreich war die Arbeitslosenquote der Frauen niedriger als jene der Männer.

Basis für diese Berechnungen sind vom ÖSTAT durchgeführte Umfragen zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit (Mikrozensus, Frühjahrserhebung) nach den Kriterien von eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union in Luxemburg).¹

¹ Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote nach EUROSTAT-Kriterien, dem statistischen Zentralamt der Europäischen Union, wird auf Basis von Umfragedaten errechnet und zeigt den prozentuellen Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen. Als Erwerbspersonen gelten alle Personen, die mindestens eine Stunde pro Woche entgeltlich selbständig oder unselbständig beschäftigt sind. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung zeigt den prozentuellen Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen am Arbeitskräftepotenzial (unselbständig Beschäftigte plus Arbeitslose).

ARBEITSMARKTLAGE IN ÖSTERREICH

Beschäftigung

Die Beschäftigung lag im Jahr 2000 mit rund 3.133.700 um 25.800 oder 0,8% höher als im Vorjahr. Da das Potenzial an Arbeitskräften um 1.600 oder 0,05% auf 3.328.100 zurückging und somit nahezu gleich blieb, nahm die Arbeitslosigkeit um 27.400 oder 12,4% auf 194.300 ab.

Bei den Frauen nimmt die Beschäftigung seit 3 Jahren stärker zu, zuletzt im Jahr 2000 um 23.700 oder 1,7% auf rund 1.376.700. Trotz des Anstiegs des Arbeitskräftepotenzials der Frauen um 10.200 oder 0,7% auf rund 1.463.500 ging die Arbeitslosigkeit der Frauen um 13.400 oder 13,4% auf rund 86.800 zurück. Bei den Männern stieg die Beschäftigung im Jahr 2000 nur mäßig um 2.200 oder 0,1% auf rund 1.757.000. Die Abnahme des Arbeitskräftepotenzials der Männer um 11.800 oder 0,6% auf rund 1.864.500 führte auch zu einer stärkeren Abnahme der Arbeitslosigkeit der Männer um 14.000 oder 11,5% auf rund 107.500.

Arbeitsuchende

Im Jahr 2000 verzeichneten die Regionalen Geschäftsstellen des AMS 722.500 Zugänge in die Arbeitslosigkeit, davon 310.300 Frauen. Im selben Zeitraum gab es 800.100 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit, davon 346.000 Frauen. Die durchschnittliche Verweildauer der Abgänge betrug 118 Tage (bei Männern 116, bei Frauen 121 Tage) und war somit um 7 Tage (bei Männern um 2, bei Frauen um 14 Tage) kürzer als im Vorjahr.

Im Laufe des Jahres 2000 waren 688.900 Personen, davon 291.900 Frauen, zumindest einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen (1999: 716.600 gesamt, 304.800 Frauen). Die Anzahl der Beschäftigungsaufnahmen von arbeitslosen Personen lag bei 424.500, davon 166.200 Frauen (1999: 431.500 gesamt bei höherer Arbeitslosigkeit, 167.900 Frauen).

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosigkeit an der unselbständigen Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, dem Arbeitskräftepotenzial) verringerte sich von 6,7% auf 5,8%. Die Arbeitslosenquote bei Frauen fiel von 6,9% auf 5,9%, bei Männern von 6,5% auf 5,8%.

Wirtschaftssektoren

Im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in dem weniger als 1% der unselbständig Beschäftigten arbeiten, verringerte sich 2000 die Beschäftigung um 205 auf 25.500. Die Arbeitslosigkeit betrug 3.550 (-376), die Arbeitslosenquote 12,2% (1999: 13,1%). Im Sekundärsektor (Sachgütererzeugung, Bauwesen, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung), der rund 29% aller unselbständig Beschäftigten umfasst, verringerte sich die

Beschäftigung insgesamt um 6.200 auf 913.100. Die Arbeitslosigkeit betrug 72.000 (-10.062) und die Arbeitslosenquote 7,3% (1999: 8,2%).

Im Tertiärsektor (Dienstleistungen), in dem mehr als zwei Drittel aller unselbständig Beschäftigten tätig sind, gab es 2000 einen Beschäftigungszuwachs von 35.300 auf 2.125.800. Die Arbeitslosigkeit betrug rund 111.800 (-16.441), die Arbeitslosenquote 5,0% (1999: 5,8%).

Ausländische Arbeitskräfte

2000 lag die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte einschließlich EWR-BürgerInnen bei 319.900 (120.900 Frauen), um 13.449 (6.700 Frauen) oder 4,4% (5,9% bei Frauen) höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte war mit rund 25.800 (9.000 Frauen) um 1.449 (329 Frauen) oder 5,3% (3,5% bei Frauen) niedriger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote verringerte sich von 8,2% (7,5% bei Frauen, 8,5% bei Männern) auf 7,5% (6,9% bei Frauen, 7,8% bei Männern).

Berufe

Die Abnahme der Arbeitslosigkeit nach Berufen entfiel 2000 im Vergleich zu 1999 zu mehr als der Hälfte auf Dienstleistungsberufe (ohne Fremdenverkehrsberufe): In diesen verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 14.200 oder 13,9% auf rund 87.800. In den Produktionsberufen (ohne Bauberufe) ging die Arbeitslosigkeit um 8.600 oder 13,7% auf 54.500 und in Saisonberufen um 4.600 oder 8,2% auf rund 51.900 zurück.

Alter

Im Jahr 2000 waren durchschnittlich ca. 27.900 Jugendliche (unter 25-Jährige) und 62.900 ältere Personen (über 45-Jährige) arbeitslos vorgemerkt. Dazu kommen noch rund 103.400 Personen im Haupterwerbsalter (25- bis 44-Jährige).

Arbeitslosenquoten regional im Jahr 2000 in %

	Bgld	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tirol	Vlbg	Wien	Öst.
Insgesamt	7,9	7,5	5,8	4,0	4,1	6,4	4,9	4,3	7,2	5,8
Männer	7,6	7,1	5,7	3,7	3,9	6,1	4,5	3,6	8,0	5,8
Frauen	8,1	7,9	5,9	4,6	4,3	6,9	5,4	5,2	6,3	5,9

Die Arbeitslosigkeit nahm 2000 in allen Altersgruppen - außer bei den über 60-Jährigen (+14,2%) - ab. Den prozentuell stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichneten mit -13,9% die über 50-Jährigen. Die Beschäftigung stieg zwar insgesamt, nahm aber bei den unter 30-Jährigen sowie bei den über 54-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr ab.

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag bei 5,2%, jene der Personen im Haupterwerbsalter war mit 5,3% nur unwesentlich höher.

Bei den älteren Personen lag die Arbeitslosenquote hingegen bei 7,4%. Am höchsten war sie mit 11,4% bei den 55- bis 59-Jährigen.

Sowohl Arbeitslosenbestand als auch Beschäftigtenstand waren bei den Männern stets höher als bei den Frauen.

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag hingegen je nach Altersgruppe manchmal unter und manchmal über jener der Männer, allerdings ist kein einheitlicher Trend zu erkennen.

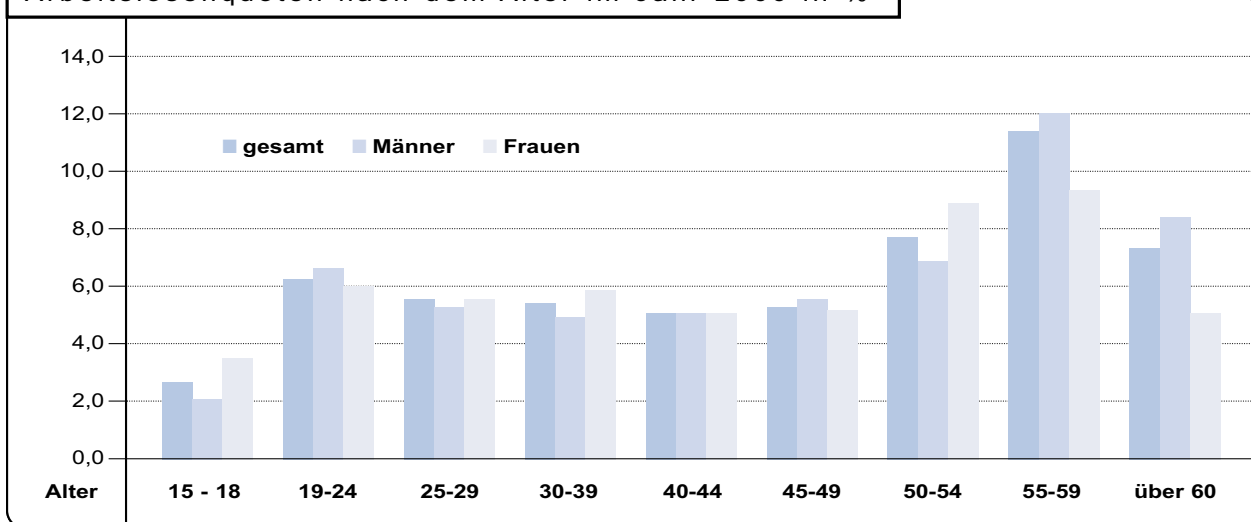
Bei den unter 25-Jährigen gab es kaum einen Unterschied zwischen Frauen (5,3%) und Männern (5,2%), bei den Erwachsenen (25- bis 44-Jährige) lag die Quote der Männer (5,1%) um 1/2 Prozentpunkt unter jener der Frauen (5,6%), bei den Älteren war es hingegen umgekehrt (Männer 7,6%, Frauen 7,2%). Die untenstehende Graphik zeigt die Arbeitslosenquoten nach Altersgruppen und Geschlecht.

Ausbildung

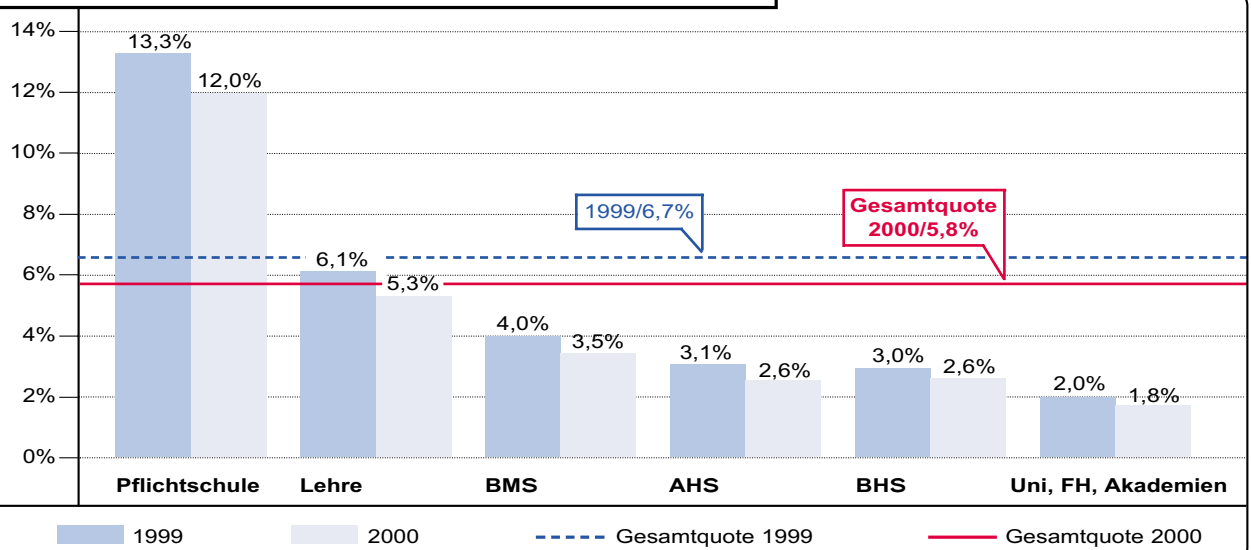
Im Jahr 2000 hatten 87.300 Arbeitslose keine über die Pflichtschule hinausgehende abgeschlossene Ausbildung, 76.100 Personen verfügten über einen Lehrabschluss und lediglich 30.700 arbeitslos vorgemerkte Personen hatten eine weiterführende Schulausbildung. Den größten relativen Rückgang der Arbeitslosigkeit gab es mit -14,5% bei Personen mit Maturaniveau, dicht gefolgt von Personen mit abgeschlossener Fachschulausbildung (-14,3%). Die geringste Abnahme gab es im Vergleich dazu bei Personen ohne Pflichtschulabschluss (-2,6%). Das mit Abstand höchste Risiko, arbeitslos zu werden, hatten auch 2000 die PflichtschulabsolventInnen, deren Arbeitslosenquote 12,0% betrug, die geringste Quote wiesen die AkademikerInnen auf (1,8%). Für die AkademikerInnen verringerte sich die Arbeitslosenquote im Vergleich zu 1999 um -0,2 Prozentpunkte.

Dass die Quote der LehrabsolventInnen mit 5,3% ziemlich nahe an die Gesamtquote für 2000 (5,8%) herankam, ist vor allem auf die starke Saisonarbeitslosigkeit im Bauwesen und im Fremdenverkehr zurückzuführen. In diesen Branchen ist der Anteil an LehrabsolventInnen bei den Beschäftigten - und folglich auch bei den Arbeitslosen - sehr hoch. Im Vergleich zum Jahr 1999 verringerte sich die Quote der LehrabsolventInnen um -0,8% Prozentpunkte.

Arbeitslosenquoten nach dem Alter im Jahr 2000 in %



Arbeitslosigkeitsrisiko nach Bildungsabschluss* Jahresdurchschnittswerte 1999 und 2000



Quelle / Grafik: AMS, Hauptverband, eigene Berechnungen

* Vorgemerkte Arbeitslose einer Bildungsebene bezogen auf das Beschäftigtenpotenzial (= Arbeitslose + unselbständig Beschäftigte) derselben Bildungsebene in Prozent. Die Gliederung der Beschäftigtenbasis nach Bildungsabschluss wurde nach Ergebnissen des Mikrozensus 1999 errechnet (für 2000 ergeben sich daher für die Einzelquoten nur vorläufige Werte).

In allen über den bloßen Pflichtschulabschluss hinausgehenden Bildungsebenen haben die Frauen das höhere Arbeitslosigkeitsrisiko (=Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsmethode). Am stärksten ist das bei den BMS (Berufsbildende Mittlere Schulen) der Fall: Die Arbeitslosenquote von Fachschulabsolventinnen ist um die Hälfte größer als jene der Fachschulabsolventen. Nur die Pflichtschulabsolventen haben ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als die Pflichtschulabsolventinnen.

Offene Stellen

Die Gesamtzahl der im Jahr 2000 beim AMS verfügbaren offenen Stellen (Abgang im Jahr und Bestand im Dezember) betrug 345.400 (1999: 319.300). Mehr Umsätze gab es durch mehr Zugänge: 312.200 (1999: 299.200) und mehr Abgänge: 313.200 (1999: 286.800).

Mit einem durchschnittlichen Angebot (Volumen) von rund 35.500 gemeldeten offenen Stellen gab es um 4.279 oder 13,7% mehr freie Stellen als im Vorjahr.

Ein gewichtiger Faktor dafür war die größere Zahl an vorhandenen offenen Stellen (+8,0%).

Die Zunahme der bisherigen Laufzeit der Bestände um bis zu 15 Tage in der ersten und um bis zu 8 Tage in der zweiten Jahreshälfte spielte ebenfalls eine Rolle.

Lehrstellen

Im Jahr 2000 wurden dem AMS 27.400 offene Lehrstellen (1999: 24.200) für rund 44.300 vorgemerkte Lehrstellensuchende, davon 21.700 Männer und 22.600 Frauen gemeldet (1999: 46.000, davon 22.100 Männer und 23.900 Frauen).

Nahezu alle Lehrstellensuchenden (wobei weniger als im Vorjahr auch an weiterführenden Schulausbildungen oder an sonstigen Arbeitsaufnahmen interessiert waren) und die Mehrzahl der Lehrbetriebe nahmen die Dienstleistungen des AMS in Anspruch.

Das Volumen an Lehrstellensuchenden betrug 3.759 (-23), davon entfiel auf Männer ein Volumen von 1.711 (-10) und auf Frauen ein Volumen von 2.048 (-13). Das Volumen an offenen Lehrstellen betrug 2.631 (+413).

**DER ARBEITSMARKT
VON 1995-2000**

Beschäftigung

Die Beschäftigung stieg seit 1997 wieder an und erreichte im Jahr 2000 mit einem Volumen von 3.133.700 einen neuen Höchststand, wobei vor allem die Frauenbeschäftigung stärker zunahm und mit 1.376.700 ebenfalls einen Höchstwert erreichte. Die Männerbeschäftigung stieg nur leicht auf 1.757.000 an und lag 2000 ähnlich hoch wie 1995.

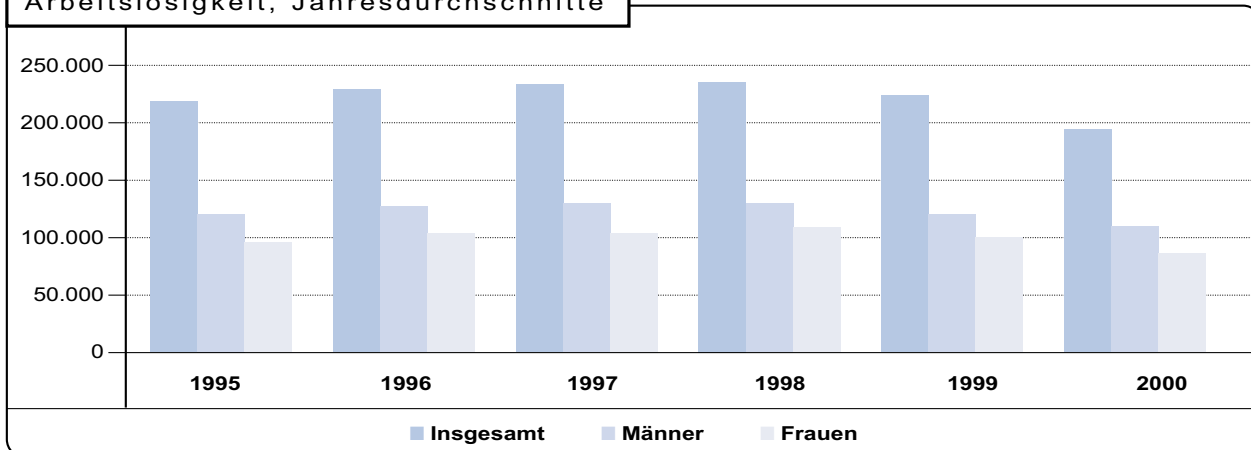
Beschäftigung, Jahresdurchschnitte, Volumen

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Index	absolut	Index	absolut	Index	absolut
1995	100,0	3.068.186	100,0	1.757.355	100,0	1.310.832
1996	99,3	3.047.253	98,9	1.738.760	99,8	1.308.494
1997	99,6	3.055.569	99,0	1.739.576	100,4	1.315.993
1998	100,3	3.076.665	99,3	1.744.384	101,6	1.332.281
1999	101,3	3.107.898	99,9	1.754.823	103,2	1.353.075
2000	102,1	3.133.738	100,0	1.757.010	105,0	1.376.728

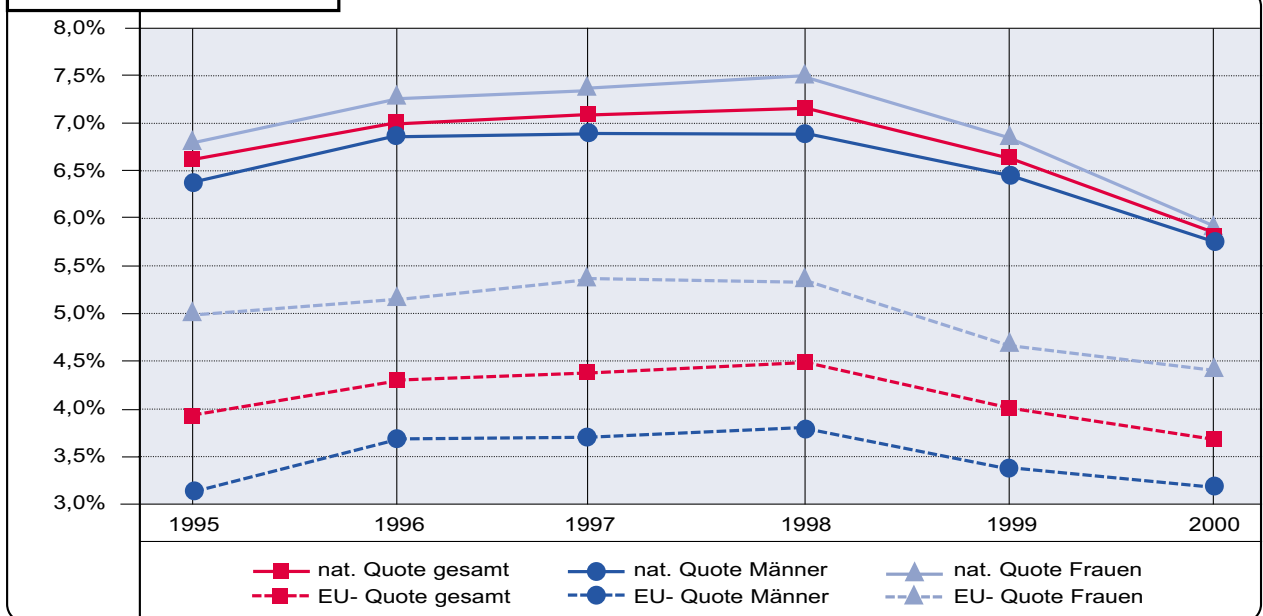
Die Arbeitslosigkeit nahm noch bis 1998 zu und sank 1999 und 2000 auf ein Volumen von 194.300 ab.

Die Männerarbeitslosigkeit verlief ähnlich und lag im Jahr 2000 bei 107.500. Die Frauenarbeitslosigkeit nahm bis 1998 deutlich stärker zu, seither aber auch stärker ab und erreichte 2000 ein Niveau von 86.800.

Arbeitslosigkeit, Jahresdurchschnitte



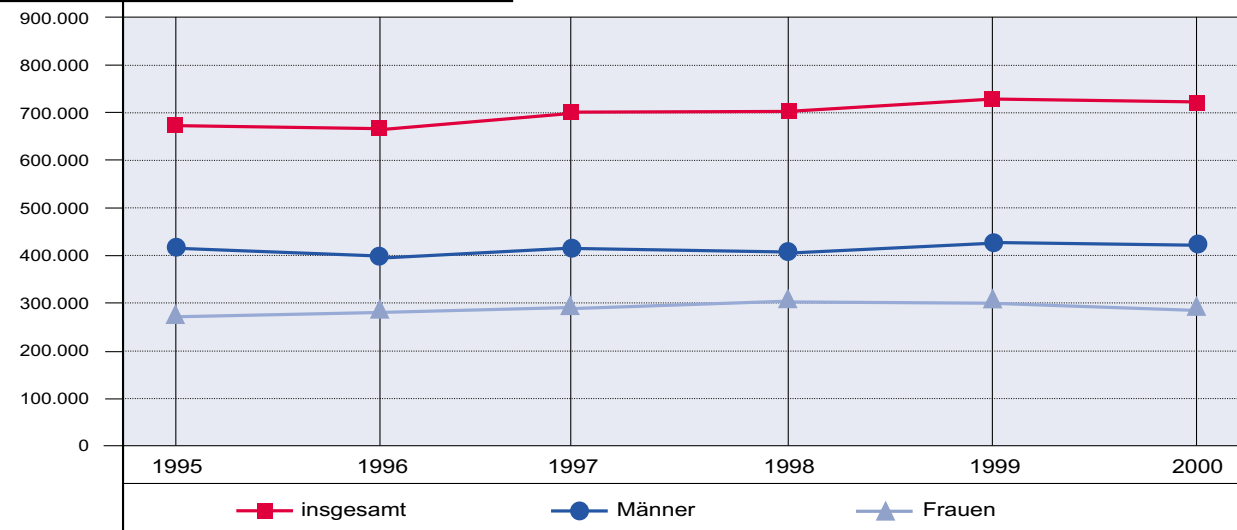
Arbeitslosenquoten



Die Arbeitslosenquoten (nach österreichischer Berechnung) verdeutlichen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. 1999 und 2000 sank die Arbeitslosenquote spürbar ab. Bei den Frauen reflektiert die Arbeitslosenquote zunächst die stärkere Zunahme, aber auch die stärkere Abnahme der Arbeitslosigkeit. Während 1999 die Arbeitslosenquote der Frauen mit 6,9% noch spürbar höher war als jene der Männer (6,5%), war sie 2000 mit 5,9% nur kaum höher als jene der Männer (5,8%).

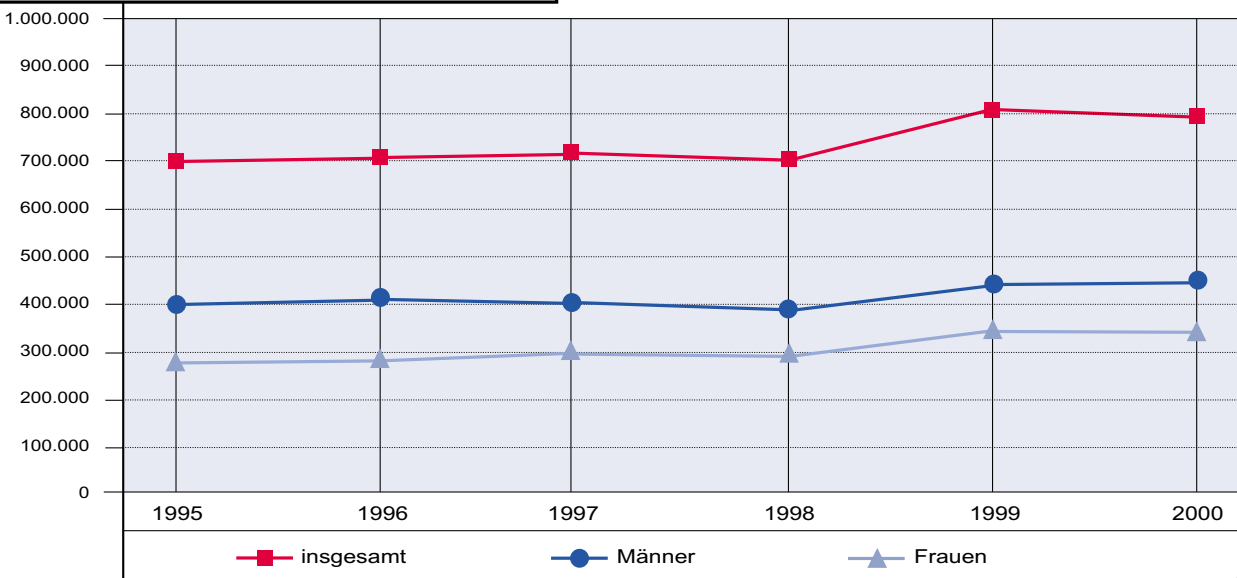
Die international vergleichbare EUROSTAT-Quote (Befragungsrate) spiegelt diese Entwicklung auf einem niedrigeren Niveau wider. Nach einem Anstieg bis 1998 auf 4,5% erreichte sie im Jahr 2000 3,7% und Österreich behielt damit seine im internationalen Vergleich günstige Position. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag über alle Jahre hinweg jedoch deutlich über jener der Männer, im Jahr 2000 lag sie bei 4,4%, die der Männer bei 3,2%.

Zugänge in die Arbeitslosigkeit



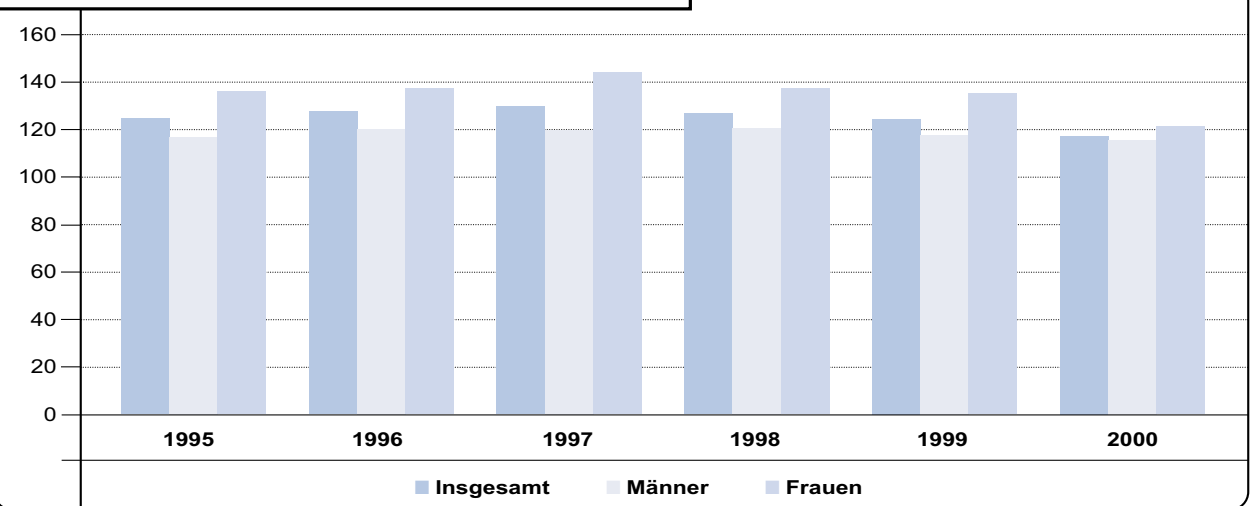
Nach einem Rückgang im Jahr 1996 stiegen die Zugänge in die Arbeitslosigkeit noch bis 1999 und haben sich seither leicht auf 722.600 verringert. Bei den Frauen war die jährliche Steigerung deutlich höher als bei den Männern. Die Summe der Zugänge war in diesen Jahren bei den Männern immer höher als bei den Frauen und lag im Jahr 2000 bei 412.300 gegenüber 310.300.

Abgänge aus der Arbeitslosigkeit



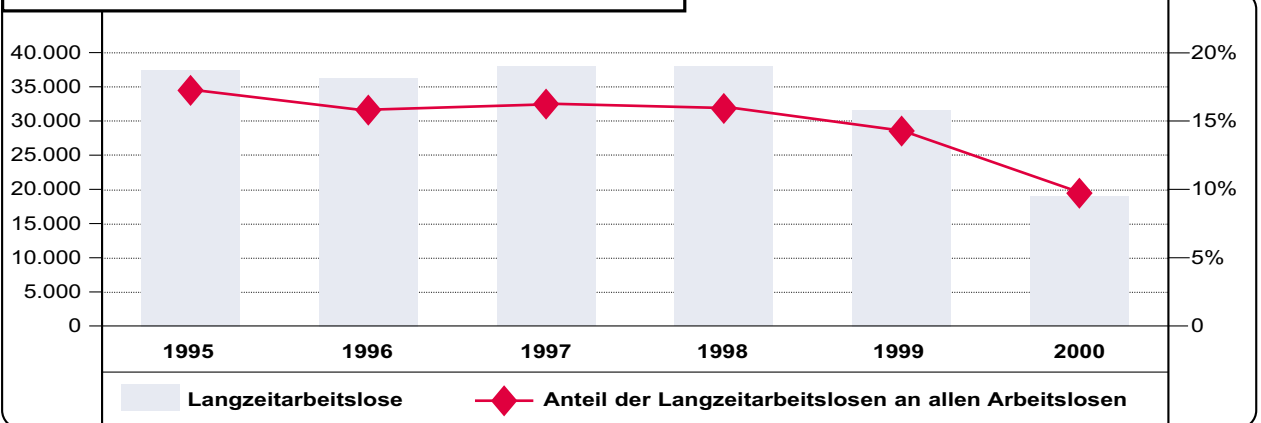
Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit stiegen bis 1997 und dann vor allem 1999 an, was in stärkerem Maß durch Abgänge von Frauen als von Männern zustande kam. Die Abgänge der Männer lagen 2000 bei 454.100 und waren somit absolut höher als jene der Frauen (346.000).

Verweildauer der Arbeitslosigkeit in Tagen

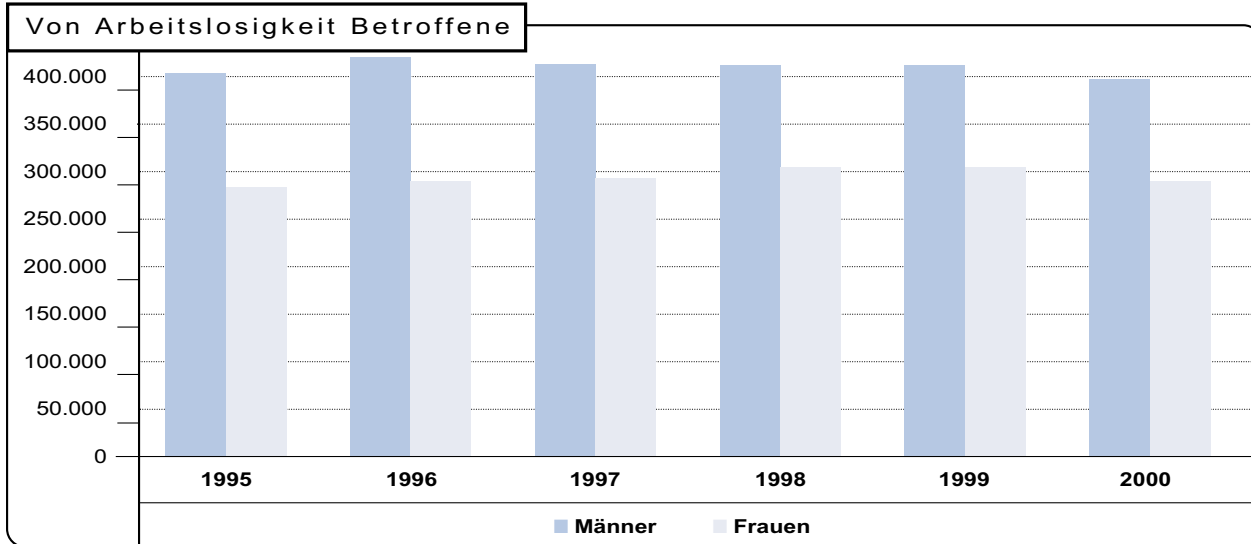


Die Verweildauer der AbgängerInnen aus der Arbeitslosigkeit hat sich bis 1997 erhöht, seither aber um 12 Tage auf 118 Tage verkürzt. Die Verkürzung fiel bei den Männern mit 4 Tagen niedriger aus als bei den Frauen (-22 Tage), welche allerdings seit 1995 durchwegs länger arbeitslos waren.

Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit



Die absolute Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich seit 1995 von 37.700 auf 19.100 im Jahr 2000 halbiert. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist damit von 17,5% auf 9,9% gesunken.



Während die Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit früher einsetzte, nahm die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen bis 1999 leicht zu - hauptsächlich wegen der Zunahme der Zahl der betroffenen Frauen. 2000 sank sie auf 688.900 (1995: 687.000), davon sind 397.000 Männer und 291.900 Frauen.

Die Zahl der betroffenen Frauen nahm bis 1999 noch zu, während jene der Männer von 1996 bis 1999 nahezu gleich blieb.

DIE ZIELE 2000

Auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes 2000 setzte das Arbeitsmarktservice folgende Schwerpunkte:

Verhinderung von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem

Die Verhinderung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit stellte den präventiven Aspekt der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit dar. Die Chancen auf Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt von bereits Langzeitarbeitslosen und Älteren sollten erhöht werden. Frauen sollten durch die Teilnahme an Schulungen bei der Arbeitsaufnahme unterstützt werden, Behinderte durch die Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation.

Optimierung des Arbeitsmarkt-Matching

Durch ein möglichst großes Angebot an offenen Stellen sollte der Vermittlungsprozess unterstützt werden. Im Fremdenverkehr sollten regionale Engpässe zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage ausgeglichen werden.

Prävention von Jugendarbeitslosigkeit

Der berufliche Ersteinstieg von Jugendlichen sollte unterstützt werden, der Übertritt in die Langzeitarbeitslosigkeit möglichst verhindert werden.

ZIELERREICHUNG 2000

Ein wesentlicher Faktor zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit ist die Besetzung von offenen Stellen. Die Performance des AMS in dieser Hinsicht kann sich sehen lassen: Der vorgegebene Zielwert für 2000 konnte um 15% übertroffen werden.

Prävention ist die zentrale Strategie zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit. Die Maßnahmen des AMS zielen daher zum einen darauf, die Zahl der Übertritte von Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit (> 12 Monate) zu senken. Dies gelang im Jahr 2000 mit der Verringerung um 23% gegenüber 1999 in einem so großen Ausmaß, dass die zweite Zielsetzung, nämlich den Abgang von Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigung zu erhöhen, davon beeinträchtigt wurde. In absoluten Zahlen konnten wegen des geringeren Potenzials auch weniger Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Die Arbeitsaufnahmen von Frauen nach Schulungsmaßnahmen sind gegenüber 1999 um 13% angewachsen. Die Teilnahme von Behinderten

Zielsetzung

	Istwert 1998	Istwert 1999	Zielwert 2000	Istwert 2000
Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit (Zahl der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit >1Jahr)	34.857	25.372	nicht mehr als 26.531	19.551
Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen	11.089	10.527	min.10.461	8.915
Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Frauen durch Qualifizierung	14.907	25.821	min. 22.140	29.248
darunter nach längeren Schulungen (> 3 Monate)	4.402	5.440	min. 5.179	7.202
Stabilisierung des Niveaus der beruflichen Rehabilitation arbeitslos vorgemerakter Behinderter (Durchschnitt in Schulung)	kein Ziel	1.873	min.1.625	2.273
Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Älteren (ab 45 Jahren)*	kein Ziel	75.609	72.679	80.807
Verhinderung von Jugend-Langzeitarbeitslosigkeit (Zahl der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit > 1/2 Jahr)	14.879	9.035	nicht mehr als 9.123	6.734
Besetzte Stellen**	kein Ziel	227.688	min. 232.303	267.958
Bundesländerüberschreitende Vermittlung im Fremdenverkehr	4.352	4.446	min. 5.614	6.270

* Abgänge in Arbeit aus Status AL und SC

** Im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Ziele werden geringfügige Dienstverhältnisse, Werkverträge und Heimarbeit nicht berücksichtigt.
AL = Arbeitslosigkeit / SC = Schulung

an Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation wurde deutlich ausgeweitet.

Bei sämtlichen Zielen hat sich die Performance zugunsten der Frauen entwickelt, bestehende Unterschiede zwischen Frauen und Männern werden dadurch sukzessive reduziert.

Sowohl bei der Verhinderung der Übertritte als auch beim Älteren- und Frauenziel wurde von 1998 auf 1999 ein enormer quantitativer Sprung gemacht, sodass bei der Festlegung der Zielvorgaben für 2000 auf Basis der Prognosen im Sommer 1999 zumeist nur ein Halten der prognostizierten Werte für 1999 vereinbart wurde. Die tatsächliche - stark konjunkturbedingte - Entwicklung war in der Form nicht absehbar und hat zu einer deutlichen Übererfüllung der Zielwerte beigetragen.

Entwicklung des Zielsteuerungssystems 1995 bis 2000

1995 etablierte das AMS ein österreichweites Zielsystem, das mittels quantifizierter Vereinbarung von arbeitsmarktpolitischen Zielen die Performance der Organisation am Arbeitsmarkt und steuert (8 bundesweite, je 1 Landes- und 1 Regionalziel). Dieses System passt sich dynamisch an die Prognose der Arbeitsmarktlage an, wobei jährliche und mittelfristig gültige Ziele vereinbart werden. Den MitarbeiterInnen des AMS wird ein Teil der jährlichen Prämie in Abhängigkeit von der Höhe der Zielerreichung ausbezahlt.

1995, mit Beginn der Rezessionsauswirkungen am Arbeitsmarkt, definierte das AMS vor dem Hintergrund steigender Arbeitslosenzahlen und sinkender Stellenmeldungen folgende längerfristig gültigen strategischen Schwerpunkte:

- Verhinderung von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem
- Unterstützung der Anpassung der Arbeitskräfte an den strukturellen Wandel
- Optimierung des Arbeitsmarkt-Matching
- Optimale Bereitstellung der behördlichen Dienstleistungen

Das AMS macht damit seinen Wirkungsbereich am Arbeitsmarkt deutlich:

Es sorgt dafür, dass die Arbeitslosigkeit bzw. die Vakanzen nicht länger dauern, als dies die Marktverhältnisse bedingen. Die jährliche Fokussierung innerhalb dieser Schwerpunkte wurde von der Problemwahrnehmung des AMS, der Sozialpartner auf allen drei Ebenen und von den Eigentümervertretern bestimmt.

So wurde in den vergangenen fünf Jahren auf folgende Gruppen fokussiert: Langzeitarbeitslose und Personen mit hohem Risiko, d.h. Ältere, Behinderte, Frauen mit Betreuungspflichten bzw. mit Qualifikationsbedarf, NotstandshilfebezieherInnen und länger vorgemerkte Jugendliche. Im Bereich der Unterstützung des Strukturwandels wurden Ziele zur Qualifizierung von Beschäftigten gesetzt.

Die Position des AMS am Stellenmarkt wurde durch die Zielsetzung der Erhöhung des Stellenangebotes und der raschen Besetzung erfolgreich gestärkt. Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage wurden durch die überregionale Vermittlung im Fremdenverkehr ausgeglichen.

Die optimale Bereitstellung der behördlichen Dienstleistungen wurde durch die rückstandsfreie Bearbeitung der Leistungsanträge im AMS konsequent umgesetzt.

Gender Mainstreaming

Die Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist im Leitbild des AMS verankert und seit 1997 in den arbeitsmarktpolitischen Zielen als übergreifende Zieldimension formuliert. Mit der Übernahme der von der EU verbindlich definierten Strategie des Gender Mainstreaming (Vertrag von Amsterdam, Beschäftigungspolitische Leitlinien 1999) hat das AMS im Jahr 2000 begonnen, seine Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Durch sukzessive Überprüfung aller Entscheidungsprozesse soll Gleichstellung als substanzielles Teilziel bei der Festlegung der Politik und Planung von Maßnahmen integriert werden und damit zu Qualitätsverbesserung beitragen. Mehr Wissen über die unterschiedlichen Voraussetzungen von Zielgruppen ermöglicht besseren Mitteleinsatz und höhere KundInnenzufriedenheit.

NATIONALER AKTIONSPLAN FÜR BESCHÄFTIGUNG

Im Rahmen der gesamteuropäischen Beschäftigungsstrategie („Luxemburger Prozess“) werden auch im österreichischen Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP) die beschäftigungspolitischen Leitlinien konkretisiert. Dem Arbeitsmarktservice kommt dabei für die Erreichung der quantitativen Zielsetzungen der Leitlinien 1-3 („Verbesserung der Vermittelbarkeit“) zentrale Bedeutung zu. Drei Zielsetzungen sollen realisiert werden:

- Halbierung des Übertritts von Jugendlichen bis 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit von 1996 bis 2002 (Leitlinie 1)
- Halbierung des Übertritts von Erwachsenen über 25 in die Langzeitarbeitslosigkeit von 1996 bis 2002 (Leitlinie 2)
- Einbeziehung von 20% der Arbeitslosen in Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt im Jahr 2002 (Leitlinie 3)

Übertrittsverhinderung in Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen: Zielwert bereits erreicht

Gemessen am Zielwert der Halbierung der Übertrittsquote für Jugendliche für das Jahr 2002 (ausgehend vom Basiswert 1996 sind das 4,5%), wurde dieser Wert im Jahr 2000 österreichweit mit 3,5% bereits deutlich unterschritten, wobei auch alle 9 Bundesländer die Halbierung realisiert haben.

Übertrittsverhinderung in Langzeitarbeitslosigkeit von Erwachsenen: Zielwert knapp verfehlt

Gemessen am Zielwert der Halbierung der Übertrittsquote für Erwachsene für das Jahr 2002 auf 3,45% (ausgehend vom Basiswert 1996) konnte bereits 1999 mit 4,7% ein deutlicher Sprung nach unten gemacht werden. Im 1. und 2. Quartal 2000 wurde der Zielwert mit 2,9% erstmals unterschritten. Im Gesamtjahr 2000 wurde jedoch wieder eine Steigerung auf 3,8% verzeichnet.

Maßnahmenquote knapp bei 20%

Ausgehend vom Basiswert von 10,1% im Jahr 1996 beträgt der NAP-Indikator im Jahr 2000 19,81%. Somit wurde eine deutliche Steigerung erreicht, der Zielwert der Verdoppelung aber nur sehr knapp verfehlt.

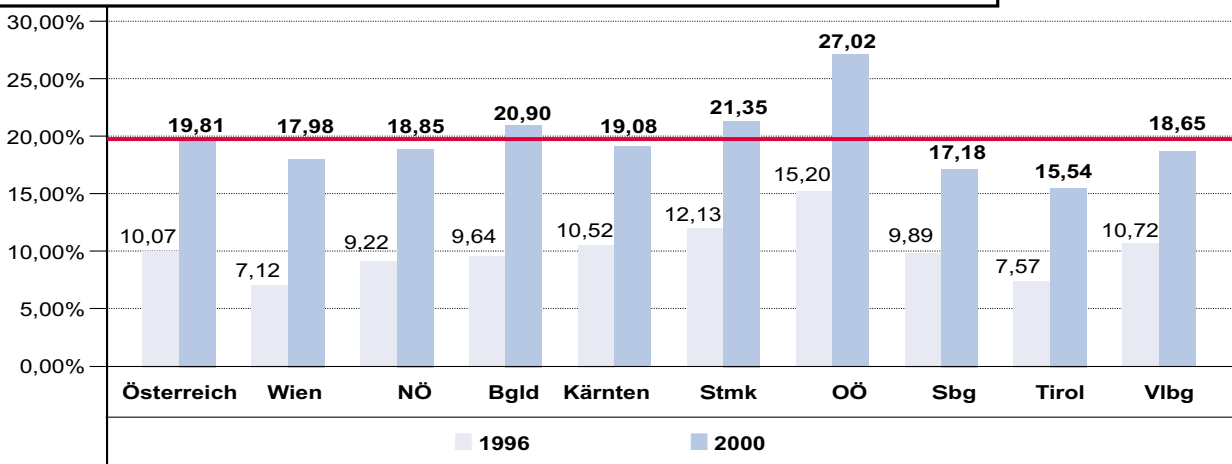
Die absolute Zahl der jahresdurchschnittlichen TeilnehmerInnen an aktiven Maßnahmen hat sich hingegen von rd. 23.000 im Jahr 1994 auf rd. 49.000 im Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Dass die relative Maßnahmenquote nicht verdoppelt wurde, hängt nur mit der gleichfalls steigenden Zahl der Arbeitslosigkeit zusammen.

NAP Übertrittsquote in %

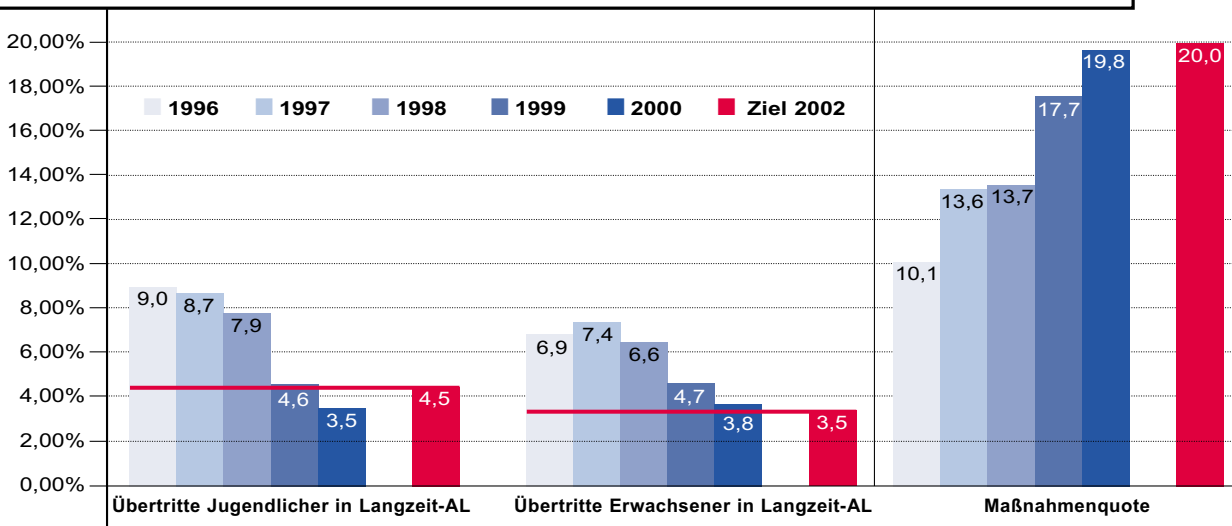
	1996	1997	1998	1999	2000	Zielwert 2002
Leitlinie 1/ Jugendliche						
insgesamt	9,0	8,7	7,9	4,6	3,5	4,5
männlich	7,9	7,7	6,9	4,1	3,2	4,3
weiblich	10,5	10,0	9,2	5,2	3,9	4,7
Leitlinie 2/ Erwachsene						
insgesamt	6,9	7,4	6,6	4,7	3,8	3,4
männlich	5,9	6,5	5,9	4,4	3,6	3,7
weiblich	8,3	8,6	7,6	5,1	4,1	3,2

Die Spannweite der Bundesländer liegt im Jahr 2000 zwischen 15,54% (Tirol) und 27,02% (Oberösterreich). Der größte „Aufholer“ des Jahres 1999 und auch 2000 ist erneut Wien, das seinen Wert von 13,71% im Jahr 1999 weiter auf 17,98% steigern konnte. Die generelle Steigerung gegenüber 1996 ist am deutlichsten in Wien ausgefallen, das seine Maßnahmenquote weit mehr als verdoppeln konnte (von 7,1% auf 18%).

NAP-Maßnahmenquote 1996/2000 nach Bundesländern (in %)

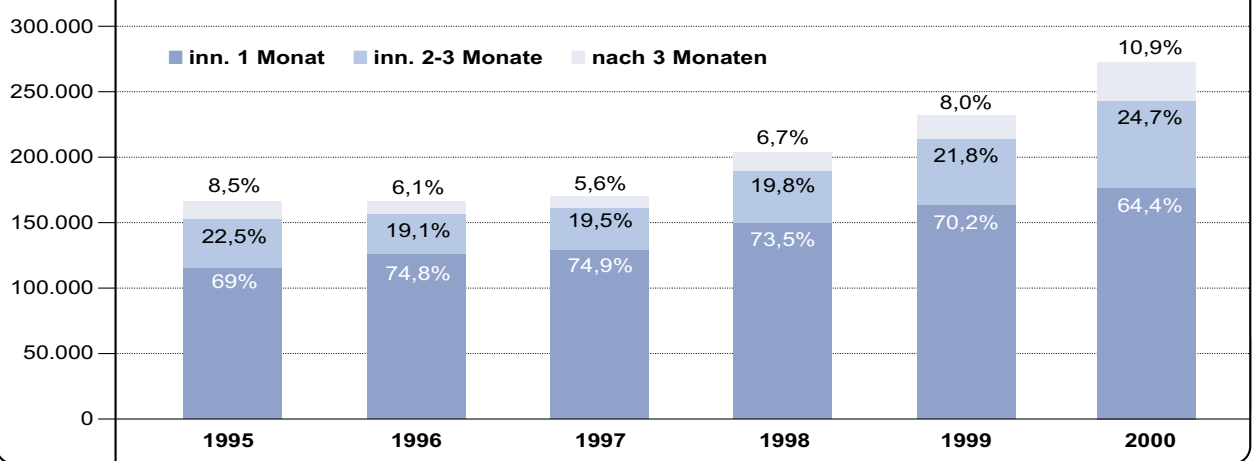


Umsetzung der Leitlinien 1-3 des NAP in den Jahren 1996-2000 (in %)



VERMITTLUNG

Besetzung offener Stellen (nach abgeschlossener Laufzeit)



Konnten im Jahr 1995 ca. 166.000 offene Stellen durch das AMS besetzt werden, so stieg diese Zahl in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich an, um im Jahr 2000 einen um rund 107.900 Stellenbesetzungen höheren Wert (=Steigerung um 65%) von nahezu 274.000 Stellenbesetzungen zu erreichen.

Die Anzahl der innerhalb eines Monats besetzten offenen Stellen erreichte 1997 mit 74,9% den höchsten Wert seit 1995. Im Jahr 2000 ist angesichts des Höchstwertes an Stellenbesetzungen gegenüber 1999 ein Rückgang der innerhalb von vier Wochen besetzten offenen Stellen von 5,8% zu verzeichnen.

Zugang offener Stellen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Zugang	228.269	222.600	222.947	253.895	299.270	312.232

Der Zugang an offenen Stellen zeigt nach einem Rückgang von 1995 auf 1996 eine kontinuierliche Steigerung von 222.600 im Jahr 1996 bis zu einem Wert von 312.232 im Jahr 2000, was einer Zunahme von rund 40% entspricht.

Bestand offener Stellen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Bestand	24.986	19.431	19.019	23.088	31.216	35.495

Der durchschnittliche Bestand an offenen Stellen hat sich nach Abnahmen im Zeitraum bis 1997 kontinuierlich erhöht. Der Zuwachs seit 1997 betrug rund 87% (Veränderung gegenüber 1995: +42%).

Zugang arbeitsloser Personen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Gesamt	665.950	656.753	687.656	691.317	728.672	722.528
Männer	398.100	382.543	406.284	401.395	415.099	412.274
Frauen	267.850	274.210	281.372	289.922	313.573	310.254
Frauenanteil	40,2%	41,8%	40,9%	41,9%	43,0%	42,9%

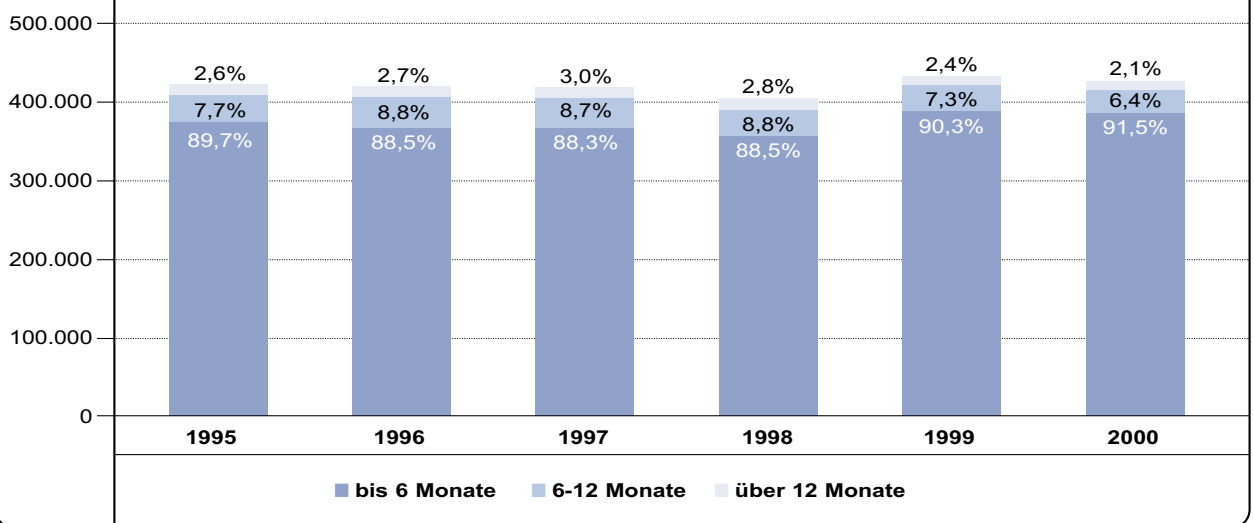
Nach einer Abnahme der Zugänge 1995/96 stiegen diese bis 1999 und gingen seither wieder zurück. Die Gesamtzunahme seit 1995 betrug 8,5%. Die Steigerung des Zugangs von Frauen (+15%) in Arbeitslosigkeit liegt im Vergleichszeitraum 1995 bis 2000 über jener der Männer (+3,5%).

Bestand arbeitsloser Personen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Gesamt	215.716	230.507	233.348	237.794	221.743	194.314
Männer	120.004	128.025	128.580	129.429	121.518	107.509
Frauen	95.712	102.482	104.768	108.365	100.224	86.804
Frauenanteil	44,4%	44,5%	44,9%	45,6%	45,2%	44,7%
LZAL >1Jahr	37.654	36.445	37.750	37.889	31.703	19.142
LZAL -Anteil	17,5%	15,8%	16,2%	15,9%	14,3%	9,9%

Der durchschnittliche Bestand arbeitsloser Personen ist von 1995 bis 1998 kontinuierlich angestiegen. In den Jahren 1999 und 2000 konnte ein sukzessiver Rückgang des durchschnittlichen Arbeitslosenbestandes verzeichnet werden.

Beschäftigungsaufnahmen arbeitsloser Personen (nach Verweildauer der Arbeitslosigkeit)



Beschäftigungsaufnahmen arbeitsloser Personen haben sich im Zeitverlauf weitgehend konstant dargestellt. Die Abnahme der Beschäftigungsaufnahme im Jahr 2000 von rund 431.500 auf 424.500 ist durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit erklärbar.

Der Gesamtanstieg von 1995 bis 2000 betrug insgesamt 1,6%. Der Prozentsatz der Langzeitarbeitslosen mit Beschäftigungsaufnahme nahm tendenziell ab, da auch der Anteil des Volumens (Durchschnittsbestand) an Langzeitarbeitslosigkeit (>1Jahr) abnahm.

Beschäftigungsaufnahmen von behinderten Personen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Aufnahmen	27.198	28.072	29.546	29.556	33.940	33.164

Die Beschäftigungsaufnahmen von behinderten Personen sind bis zum Jahr 1999 kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2000 kam es zu einem leichten Rückgang. Das Arbeitslosigkeitsvolumen hat sich gleichzeitig stark verringert.

Beschäftigungsaufnahmen Älterer über 45

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Aufnahmen	61.344	63.567	65.518	64.024	72.708	77.052

Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigungsaufnahmen Älterer über 45 ist von 1995 bis 1998 eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Im Jahr 2000 haben insgesamt rund 77.000 Beschäftigungsaufnahmen stattgefunden, d.s. um rund 4.300 oder 6 Prozent mehr als 1999. Gegenüber 1998 konnte die Zahl der Arbeitsaufnahmen über 45-Jähriger sogar um 13.000 oder 21 Prozent gesteigert werden.

Beschäftigungsaufnahmen von Frauen mit Mobilitätseinschränkung

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Aufnahmen	31.691	31.193	32.539	38.957	42.725	30.565

Im Jahr 2000 haben 30.565 Beschäftigungsaufnahmen von Frauen mit Mobilitätseinschränkung stattgefunden. Der Unterschied zu 1999 (minus 12.160) ist durch eine geänderte Methode in der statistischen Erfassung zu erklären.

EURES

EURES, die europaweite Dachorganisation der europäischen Arbeitsverwaltungen (Public Employment Services), bietet als Dienstleistung einen in den letzten Jahren zunehmend intensivierten EWR-weiten Austausch von offenen Stellen und Bewerbungen an. Waren 1995 noch insgesamt sieben EURES-BeraterInnen mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betraut, sind im Jahr 2000 österreichweit 17 EURES-BeraterInnen tätig. Aber auch das technische Netzwerk, das die Stellenangebote der europäischen Arbeitsmarktverwaltungen aus dem Internet übernimmt (EURES-System), wurde durch zusätzliche Suchkriterien verbessert.

Österreich stellt derzeit den Grenz- und Partnerregionen etwa 25.000 Stellen (1995: 1000 Stellen) zur Verfügung, davon 2.000 allen EWR-Ländern.

Österreich erhält im Gegenzug etwa 80.000 offene Stellen (1995: ca. 10.000 Stellen) aus dem EWR-Raum, davon allein 75.000 aus Deutschland, 3.500 aus Frankreich und 500 aus Südtirol, etwa 1.000 aus den übrigen EWR-Staaten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den kontinuierlichen Anstieg der Stellenbesetzungen über EURES während der letzten fünf Jahre:

Anstieg der Stellenbesetzungen über EURES von 1996-2000

1996	1997	1998	1999	2000
494	670	718	2.164	3.507

EURES war in Österreich in den vergangenen Jahren insbesondere bei der Besetzung offener Saisonstellen im Bereich des Tourismus erfolgreich. Von den insgesamt 3.500 Stellenbesetzungen konnten im Jahr 2000 rund 2.700

(1999: 2.500) allein in der Tourismusbranche mit Arbeitssuchenden aus anderen EWR-Ländern vorgenommen werden (davon 1.400 in Tirol, 850 in Salzburg, 450 in Vorarlberg).

BerufsInfoZentren

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
BesucherInnen	246.700	288.200	323.000	361.300	383.600	393.500
BIZ-Standorte	41	46	50	49	50	52

Die Besucherzahlen in den BIZ, in denen Berufsinformationen in vielfältiger und moderner Form angeboten werden, sind in den letzten 6 Jahren kontinuierlich von 246.651 im Jahr 1995 auf insgesamt 393.452 im Jahr 2000 gestiegen. Von 1995 auf 2000 hat sich die Anzahl der Berufsinfozentren von 41 auf 52 erhöht. Somit ist rund die Hälfte aller Regionalen Geschäftsstellen mit einem BIZ ausgestattet.

Neues Organisationsmodell in den Regionalen Geschäftsstellen

Im Jahr 1998 wurde an eine Unternehmensberatungsfirma der Auftrag erteilt, eine „Analyse der Aufgaben und Tätigkeiten im Beratungs- und Vermittlungsservice“ vorzunehmen. Ergebnis der Studie war, dass neben vielen Stärken der Organisation auch Bedarf nach grundsätzlichen Verbesserungen und Veränderungen besteht. Deshalb wurde ein neues, kundenfreundliches Organisationsmodell für die Gestaltung der RGS entwickelt.

Dieses Modell baut auf der Segmentierung der Kunden nach Betreuungsbedarf, dem danach auszurichtenden Dienstleistungsangebot und schließlich der Zusammenführung von Jobvermittlung und Existenzsicherung auf. Diese Grundprinzipien finden ihre organisatorische Abbildung in Form eines 3-Zonen-Konzeptes. Angeboten werden in der **Infozone** Information und Selbstbedienungsmöglichkeiten, in der **Servicezone** Jobvermittlung und Existenzsicherung, in der **Beratungszone** individuelle und intensive Beratung und spezielle Maßnahmen.

Dank des neuen Organisationsmodells wird für 60 bis 70% der KundInnen Existenzsicherung und Jobvermittlung nun mehr im Sinne eines „one-stop-shop-Prinzips“ angeboten werden. Dieses Organisationsmodell wurde seit Oktober 1999 in 6 Regionalen Geschäftsstellen erfolgreich erprobt und bewertet und wird von März 2001 bis 2003 sukzessive in allen Geschäftsstellen implementiert werden.

Einführung der Prozessorientierung

Das AMS als führendes Dienstleistungsunternehmen am Arbeitsmarkt in Österreich war in den vergangenen Jahren stets bemüht, die Qualität seiner Dienstleistungen kontinuierlich zu sichern und laufend zu verbessern. Im Rahmen eines systematischen Qualitätsmanagements kam es deshalb zur Identifizierung, Benennung und Beschreibung der wesentlichen Prozesse, also all jener Aktivitäten, Abläufe und Verfahren, die innerhalb eines Unternehmens auf das Erreichen bestimmter definierter Ergebnisse und Ziele ausgerichtet sind.

In einer vom AMS Österreich koordinierten AG unter Beteiligung einiger Landesorganisationen wurden **3 Kernprozesse** definiert:

- Arbeitskräfte bei der Suche nach geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten und bei der Anpassung an die Arbeitskräftenachfrage unterstützen.
- Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften und bei der Anpassung von Arbeitskräften unterstützen.
- Personen, Institutionen und die Öffentlichkeit über die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Berufswelt informieren.

Diese Kernprozesse werden flankiert von zwei weiteren Prozessen, nämlich:

- Innovation und
- Kundendienst

Damit wird einerseits der Aspekt der laufenden Innovation und Weiterentwicklung der Prozesse, Dienstleistungen und Produkte und andererseits das systematische Kundenmanagement (Kundenanforderungen erkennen, Kundenreaktionen einholen und Kundenbeschwerden bearbeiten) hervorgehoben.

In enger Verbindung mit der Diskussion über die Prozesse stand und steht die im letzten Jahr begonnene Ausformulierung einer Channel-Strategie. Seit 1995 wurden verstärkt Anstrengungen in Richtung Diversifizierung der Vertriebswege unternommen. Die traditionellen Vertriebswege wie die RGS (lokaler Vertriebsweg), SfU (mobile Vertriebsschiene) oder Samsomat wurden durch neue Vertriebskanäle wie Internet und Call Center ergänzt. Die strategische Neuausrichtung der Vertriebskanäle mit dem Ziel einer klaren Orientierung, d.h. welche Dienstleistung wird für welches Anliegen auf welchem Vertriebsweg angeboten, wird zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der nächsten Jahre zählen.

AMS erweitert Internet-Angebote

Bis 1998 verstand man unter Selbstbedienung in erster Linie das vorhandene Angebot an Selbstbedienungsautomaten, den sogenannten Samsomaten (österreichweit ca. 270 Stück), die neben Jobangeboten auch Informationen zu Berufsbildern oder Versicherungsleistungen anbieten. 1998 war erstmals eine Online-Jobsuche und Online-Personalsuche über das Internet möglich. Voraussetzung war/ist die Meldung der offenen Stelle an das AMS bzw. das Formulieren eines Internetinserates über das AMS.

Mit der Einführung des „e-Job-room“ gelang dem AMS letztes Jahr der entscheidende Schritt im Ausbau der Selbstbedienungs-Plattform im Internet.



Unter www.jobroom.at können Arbeitsuchende und Unternehmen sowohl alle vom AMS zur Verfügung gestellten BewerberInnen- und Stelleninserate abrufen als auch selbst Inserate formulieren, ins Internet stellen und sofort mit Interessenten via E-Mail oder SMS in Kontakt treten. Mit rund 25.000 offenen Stellen, rund 113.000 Jobsuchenden aus ganz Österreich und rund 6,1 Millionen Page-Views im Jahr 2001 ist

sie nicht nur die größte, sondern auch die meistbesuchte heimische Jobbörse im Internet. IT-Fachkräfte und Unternehmen der IT-Branche haben weltweit die Möglichkeit, sich in einer eigens geschaffenen Informationsplattform (www.ams-itjobs.at) unabhängig vom AMS einzutragen oder nach geeigneten Arbeitsuchenden oder Unternehmen zu suchen. Daneben bietet die AMS-Homepage vielfältige Informationen zum Thema Arbeitsmarkt, wie etwa Informationen über die richtige Bewerbung (www.bewerbungscoach.at) oder Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten (www.beruf4U.at). Mit 8,4 Millionen Page-Views im Jänner 2001 hat sich der Zugriff auf die AMS-Homepage gegenüber Dezember 2000 verdoppelt. Die Homepage des AMS liegt damit - verglichen mit dem von der österreichischen Webanalyse nach Zugriffszahlen erstellten Ranking - unter den Top Ten der meistbesuchten Internet-Adressen in Österreich.

EFQM

Durch die Einführung des EFQM-Modells wird die kundenorientierte Weiterentwicklung der Organisation durch eine Reorganisation der Geschäftsprozesse sowie des Dienstleistungsangebots unterstützt. Dafür werden in regelmäßigen Abständen Assessments durchgeführt, in denen die Entwicklungen anhand der Ergebnisdaten beobachtet und Verbesserungspotenziale formuliert werden. In den Ergebnisdaten finden sich u.a. die Ergebnisse der CMS-Kundenbefragung.

Client-Monitoring-System

Arbeitsuchende und Unternehmen wurden im Jahr 2000 unmittelbar nach Inanspruchnahme einer Dienstleistung schriftlich bzw. telefonsich zur Qualität der Dienstleistungen, Information, Beratung und Betreuung befragt. Das Ziel ist durch standardisiertes Kunden-Feedback Hinweise für Verbesserungen zu erhalten und die Dienstleistungen in Richtung noch stärkerer Kundenorientierung auszubauen. In einer weiteren Befragungswelle werden die Verbesserungen anhand veränderter Kundenzufriedenheitswerte gemessen.

Beschwerdemanagement

Im Sinne eines kundenorientierten Dienstleistungsunternehmens wurde als Weiterentwicklung der bestehenden Bearbeitung von Kundenreaktionen im AMS ein Konzept für ein österreichweit einheitliches Beschwerdemanagement unter der Bezeichnung ams.help entwickelt.

Aus einer daraus resultierenden entsprechenden Dokumentation und Analyse sollen im Sinne des EFQM kundenorientierte Verbesserungspotenziale für das AMS sichtbar, die Kundenzufriedenheit (Arbeitsuchende und Unternehmen) erhöht, das Image des AMS in der Öffentlichkeit verbessert und die MitarbeiterInnenzufriedenheit durch ihre Befähigung zu einem professionellen Umgang mit diesen Reaktionen erhöht werden.

Zusammenarbeit mit privaten Personalberatern

Zwischen dem AMS Österreich und der Bundeswirtschaftskammer wurde eine engere Zusammenarbeit von AMS und privaten Personalberatern vereinbart. Offene Stellen von privaten Arbeitsvermittlern werden vom AMS aufgenommen, wenn der potentielle Dienstgeber dem AMS genannt wird (Vermeidung von Doppelgleisigkeiten) und die offene Stelle den AMS-Standards entspricht (Schutz des Kunden). Generell soll ein leichter Zugang für private Arbeitskräftevermittler und -verleiher auf AMS-Daten per Internet ermöglicht werden und damit die Möglichkeit einer direkten Kontaktaufnahme zwischen Unternehmen und beim AMS vorgezeichneten Arbeitskräften. Weiters soll der Abschluss von Vereinbarungen zwischen dem AMS und

privaten Personalberatern zum Zwecke eines zusätzlichen Angebots von Dienstleistungen für Unternehmen genutzt werden. Diese „additiven Dienstleistungen“ (z.B. Testung von BewerberInnen) sollen von privaten Anbietern im Rahmen eines festgelegten Tarifsystems auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werden. Im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit wurden auf der AMS-Homepage zahlreiche links zu privaten Vermittlern gelegt.

Flächendeckendes Informations- und Beratungsangebot für WiedereinsteigerInnen

In allen Bundesländern wurden in regelmäßigen Abständen Informations- und Beratungsveranstaltungen für WiedereinsteigerInnen durchgeführt. Ziel dieses neuen AMS-Angebots war, die Gruppe der WiedereinsteigerInnen verstärkt als KundInnengruppe zu bedienen.

Durch vorzeitige Information und auch Qualifizierungsangebote soll den Frauen der Wiedereinstieg erleichtert werden.

Die Rückmeldungen der Kundinnen waren durchwegs positiv.

F Ö R D E R U N G E N

F Ö R D E R F Ä L L E

Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung wurden 2000 insgesamt rund 338.700 Förderfälle bewilligt. Gegenüber 1999 reduzierte sich die Zahl der Förderfälle um rund 38.700 (- 10,3%). Diese Verringerung resultiert zum einen aus dem Auslaufen des Sonderprogramms der Bundesregierung und aus der notwendigen Vorlaufzeit für die Umsetzung der neuen ESF-Programmperiode. Zum anderen führte auch die Anpassung des Aktivitätsniveaus an gleichbleibende Förderungsbudgets zu einer Zurücknahme der Neubewilligungen 2000 mit einer Vorbelastung für Folgejahre.

Auf den Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte (inklusive Maßnahmen der Lehrausbildung, Berufsorientierung und aktiven Arbeitsuche/Job Coaching) entfielen rund 283.000 Förderfälle, das sind 83,6% (1999: 85,6%). Der durchschnittliche Frauenanteil an den Förderfällen beträgt 55,3% (1999: 54%).

Verteilung der Förderfälle/ der geförderten Personen

	Männer		Frauen		Gesamt
	%	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl
Qualifizierung*	45,25	128.167	54,75	155.103	283.270
Beschäftigung	55,57	14.989	44,43	11.983	26.972
Unterstützung	28,60	8.143	71,40	20.334	28.477
Gesamt	44,67	151.299	55,33	187.420	338.719
für Arbeitslose	44,15	138.787	55,85	175.570	314.357
für Beschäftigte	51,36	12.512	48,64	11.850	24.362
Gesamt	44,67	151.299	55,33	187.420	338.719

* Inkl. Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt

AUSGABEN FÜR DIE ARBEITSMARKTFÖRDERUNG*

Dem Arbeitsmarktservice standen 2000 für Förderungsausgaben insgesamt **ATS 8.247 Mio.** zur Verfügung.

Der Rechnungsabschluss 2000 weist für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Rahmen der Gebarung Arbeitsmarktpolitik (FINANZBERICHT - übertragener Wirkungsbereich) Ausgaben von ATS 7.206,14 Mio. und außerhalb der zweckgebundenen Gebarung (Mittel des Europäischen Sozialfonds und Mittel des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung) Ausgaben von ATS 1.105,53 Mio. aus, insgesamt also ATS 8.311,30 Mio..

Dies entspricht einem Anteil an den Gesamtausgaben (ATS 59.906,76 Mio.) von 13,9% (1999: 14,2%). Davon entfallen auf das BM für Wirtschaft und Arbeit ATS 236,09 Mio. und auf

das Arbeitsmarktservice ATS 8.075,58 Mio.

Die Förderungsausgaben des AMS verringerten sich gegenüber 1999 um ATS 100,93 Mio. (- 1,23%) auf **ATS 8.075,58 Mio.** Der Ausschöpfungsgrad der Ausgabenermächtigungen beträgt 97,9%. Davon entfallen auf AMS-Mittel ATS 7.180,78 Mio. (88,9%) und auf ESF-Mittel ATS 894,8 Mio. (11,1%). In Form von Zuschüssen wurden ATS 7.954,53 Mio. und in Form von Werkvertragsentgelten ATS 121,05 Mio. ausbezahlt.

* Ausgaben nach dem Arbeitsmarktservicegesetz, das heißt ohne Ausgaben für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

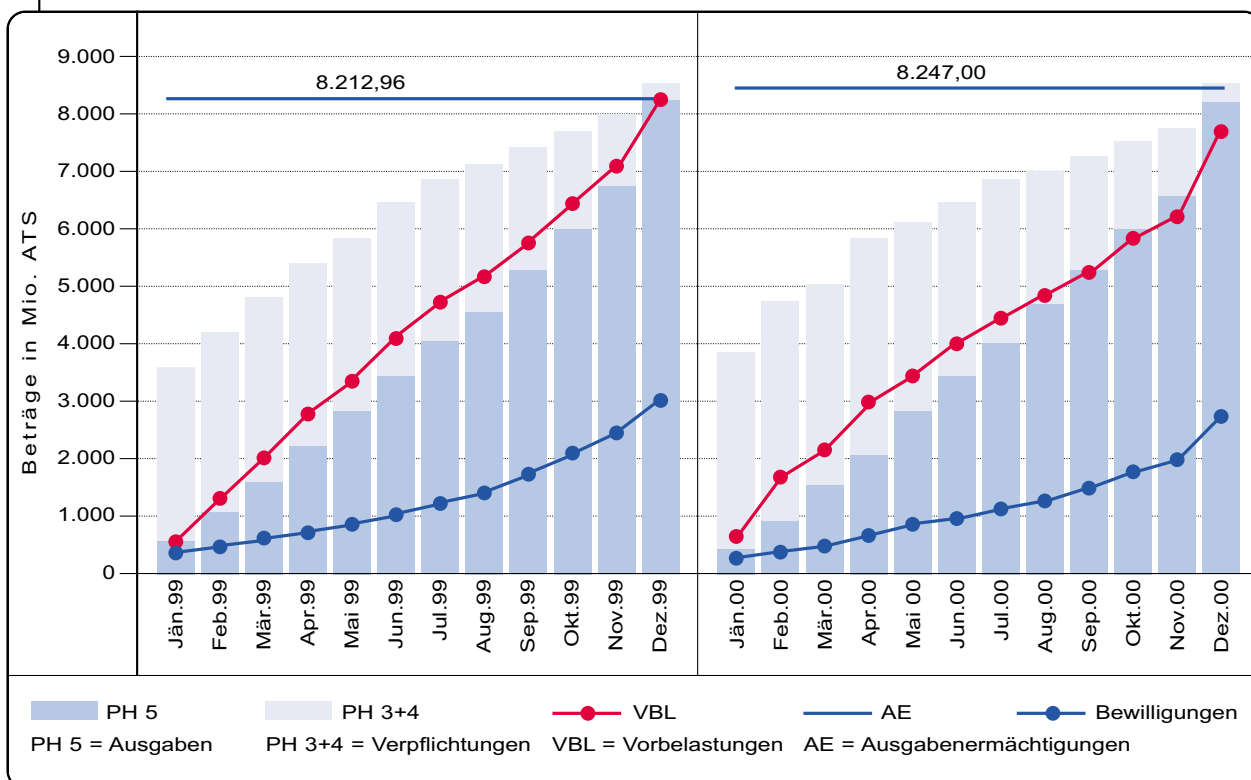
Förderung 2000	1	2	3	4	5 (2 + 3 + 4 - 1)
in Mio. ATS					
Förderungsmaßnahmen gegliedert nach Förderungsinstrumenten	Belastungen Anfang 2000 aus Vorjahren	Ausgaben 2000	nicht zahlungswirksame Verpflichtungen 2000	Vorbelastungen für Folgejahre	Bewilligungen 2000
Regionale Mobilität/ Arbeitsaufnahme	26,80	137,62	0,14	29,35	140,32
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes	336,35	1.241,93	0,00	340,59	1.246,17
Kurs-/Kursnebenkosten	35,89	254,08	1,15	36,27	255,62
ESF-MitarbeiterInnen-qualifizierung	127,07	138,99	14,32	33,34	59,58
Schulungsträger	677,98	2.053,46	64,09	593,89	2.033,46
Gemeinschaftsinitiativen	103,68	26,08	38,22	15,94	-23,45
Besondere Eingliederungsbeihilfe §34a AMMSG	830,33	1.110,46	67,50	415,73	763,36
Eingliederungsbeihilfe	215,00	363,42	18,46	247,77	414,64
Beschäftigungsträger	327,21	1.040,03	43,72	368,80	1.125,34
Spezifische Maßnahmen für Jugendliche	434,88	664,78	22,93	203,30	456,13
Spezifische Maßnahmen für Behinderte	94,62	495,92	24,82	197,68	623,80
Spezifische Maßnahmen für Ausländer	2,02	13,79	1,03	2,92	15,72
Investive Förderung Schulungseinrichtungen	116,04	82,14	22,56	58,54	47,20
Unterstützungsstrukturen Werkverträge	136,59	452,89	31,31	113,14	460,75
Gesamt	3.464,47	8.075,58	350,26	2.657,27	7.618,63

AKTIVITÄTSNIVEAU

Die Steuerung des Förderungsbudgets des Arbeitsmarktservice erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Bundeshaushaltsrechtes

- zum einen durch die Ermächtigung, zulasten des laufenden Budgetjahres Auszahlungen zu tätigen (Ausgabenermächtigungen) und
- zum anderen durch die Ermächtigung, zulasten künftiger Budgetjahre Auszahlungsverpflichtungen (Vorbelastungen) einzugehen.

Die im Jahr 2000 vorgenommenen Neubewilligungen belaufen sich auf ATS 7.618,15 Mio. und haben sich gegenüber 1999 um ATS 682,50 Mio. (- 8,2%) verringert. Dadurch steht für das Jahr 2001 ein entsprechend höherer Neubewilligungsspielraum zur Verfügung. Wie die nachstehende Grafik zeigt, ist es gelungen, den Bewilligungs- und Ausgabenzyklus weiter zu verstetigen.



DIE MASSNAHMEN

Die **Qualifizierungsmaßnahmen** im weiteren Sinne stellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung nach wie vor die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar. Im Jahr 2000 wurden für die Qualifizierung von Arbeitslosen und von Beschäftigten insgesamt ATS 4.886,08 Mio. (1999: ATS 5.400,06 Mio.) aufgewendet, das sind 60,5% der Förderungsausgaben (1998: 66,0%). Der Rückgang ist durch die notwendige Vorlaufzeit für die Neugestaltung der Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten und durch das Auslaufen der EU-Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt bedingt.

Im Bereich der Qualifizierung von Arbeitslosen wurde im Jahr 2000 begonnen, die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen - insbesondere für Frauen - zulasten der Maßnahmen der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung und der aktiven Arbeitsuche/des Job Coachings zu forcieren. Da diese eine relativ lange Maßnahmendauer aufweisen, hat sich die durchschnittliche Verweildauer in Qualifizierungsmaßnahmen bei Männern von 75 auf 80 Tage und bei Frauen von 70 auf 78 Tage (insgesamt von 72 auf 79 Tage) erhöht.

Der Zugang an vorgemerkten Personen, die sich in Schulung befinden, blieb mit rund 117.600 konstant (1999: rund 117.700). Der durchschnittliche Bestand an vorgemerkten Personen, die sich in Schulung befinden, erhöhte sich um rund 2.000 (+ 7%) auf rund 28.600.

Die Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU) wurde an rund 36.600 Personen (1999: 34.200) gewährt, und zwar an rund 14.400 Männer (39%) und 22.200 Frauen (61%). Der Jahresdurchschnittsbestand an DLU-BezieherInnen erhöhte sich um rund 630 Personen auf 9920 (Frauenanteil 58,8%).

Beschäftigungsmaßnahmen (Beschäftigungs-

beihilfen und Beschäftigungsprojekte) weisen 2000 eine relative Zunahme von 19,9% auf. Im Jahr 2000 wurden dafür ATS 2.412,32 Mio. (1999: ATS 2.011,28 Mio.) ausgegeben, das sind 29,9% des Förderungsbudgets (1999: 24,6%). Insbesondere die im Jahr 1999 massiv ausgeweitete „Besondere Eingliederungsbeihilfe“ gemäß § 34a AMSG schlägt sich in den Ausgaben 2000 nieder.

Im Jahr 2000 haben 21.000 Personen (1999: rund 23.300) eine geförderte Beschäftigung (oder Lehrausbildung) aufgenommen, der durchschnittliche Bestand beläuft sich auf rund 25.300 (1999: rund 24.700).

Unterstützungsmaßnahmen für Personen

(arbeitsmarktbezogene Beratung im Vor- oder Umfeld der Arbeitsvermittlung des AMS, z.B. bei Verschuldung; Unternehmensgründungsprogramm; Förderung der Kinderbetreuung) und

Unterstützungsmaßnahmen für Maßnahmen-träger (Beratung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmenträger; Qualifizierungsberatung für Betriebe im Rahmen des ESF Ziel 4) stellen eine wichtige Ergänzung des Dienstleistungsangebots dar. In dieser Maßnahmengruppe werden auch die im Rahmen des Europäischen Sozialfonds realisierten Maßnahmen der „Technischen Hilfe“ erfasst. Im Jahr 2000 wurden dafür ATS 777,18 Mio. (1999: ATS 765,17 Mio.) ausgegeben, das sind 9,6% der Förderungsausgaben.

Vorgemerkte Personen, die sich in Schulung befinden

	Männer		Frauen		Gesamt
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl
Bestand	13.542	47,4	15.042	52,6	28.584
Zugänge	55.162	46,9	62.419	53,1	117.581
Abgänge	53.342	47,2	59.725	52,8	113.067

Ausgehend von den individuellen Problemlagen und Vermittlungshemmnissen der vorgemerkten Arbeitslosen wird für Arbeitslose und für Beschäftigte ein regional abgestimmter Maßnahmen-Mix realisiert. Der Einsatz der Förderungsinstrumente war 2000 von folgenden Entwicklungen gekennzeichnet:

- Im Bereich der Maßnahmen für Jugendliche bewirkte das „Auffangnetz“ im Jahr 2000 mit rund 2.000 TeilnehmerInnen in Lehrgängen und Lehrlingsstiftungen sowie die gesonderte Finanzierung nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz (JASG) für das Arbeitsmarktservice spürbare Entlastungseffekte. Die Auszahlungen für spezifische Maßnahmen für Jugendliche belaufen sich auf ATS 664,78 Mio. (1999: ATS 905,43 Mio.) und die Bewilligungen auf ATS 456,13 Mio. (1999: ATS 735,37 Mio.). Einen AMS-Schwerpunkt bildeten im Jahr 2000 die „dem Auffangnetz vorgelagerten Maßnahmen“ mit über 4.000 TeilnehmerInnen.
- Im Bereich der Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation bewirkte der Rechtsanspruch auf Schulungsarbeitslosengeld gemäß § 18 Abs. 10 AVG eine Entlastung des Förderbudgets um rund ATS 114 Mio.
- Im Bereich der Schulung von Beschäftigten kam es durch die Beendigung der ESF-Periode 1995 bis 1999 und durch die Neuregelung der ESF-Periode 2000 bis 2006 zu einer plankonformen Programmunterbrechung. Die neue AMS-Qualifizierungsberatung für Betriebe ist erst ab 2001 ausgabenwirksam.
- In das Programm „Integra“ (Training, Arbeit und Qualifizierung außerhalb eines Dienstverhältnisses) wurden 494 Personen (186 Männer, 308 Frauen) einbezogen.

Ausgaben in Mio. ATS	1999 gesamt	2000 gesamt	2000 AMS-Mittel	2000* ESF-Mittel	2000 gesamt	Veränderung zum Vorjahr
Qualifizierung	5.400,06	4.886,08	4.353,56	532,51	60,50%	-9,52%
Beschäftigung	2.011,28	2.412,32	2.104,93	307,39	29,87%	19,94%
Unterstützung	765,17	777,18	722,29	54,89	9,62%	1,57%
Gesamt	8.176,51	8.075,58	7.180,78	894,80	100,00%	-1,23%

* inklusive Gemeinschaftsinitiativen

FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

Im Jahr 2000 wurde begonnen, im Zuge der Qualitätssicherung von Förderungs- und Vergaberichtlinien sowie bei der Planung und Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen den Ansatz des Gender Mainstreaming sukzessive umzusetzen (Integration einer geschlechtssensiblen Perspektive - Berücksichtigung unterschiedlicher Situationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern - Überprüfung auf geschlechtsspezifische Wirkungen). Die Strategie des Gender Mainstreaming wird im Rahmen der Jahresziele und des ESF-Programmes jeweils durch einen frauenspezifischen Schwerpunkt ergänzt.

Der durchschnittliche Frauenanteil an den Förderungsausgaben für geschlechtsspezifisch zuordenbare Maßnahmen beträgt 49,8% (1999: 50,2%). Die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“ bewirkt, dass der Anteil für arbeitslose Frauen an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über ihrem Anteil an den registrierten Arbeitslosen (2000: 44,27%) liegt. Hierbei ist noch immer zu berücksichtigen, dass die Arbeitslosenquote von Frauen über jener der Männer liegt (2000: Männer 5,8%, Frauen 5,9%). Es ist auch erstmalig gelungen, den Frauenanteil an den Maßnahmen für Beschäftigte (49%) deutlich über ihren Anteil an den unselbständig Beschäftigten hinaus (2000: 43,9%) zu erhöhen.

Verteilung der Förderungsausgaben

in Mio. ATS	geschlechtsspezifisch zuordenbare Maßnahmen				nicht geschlechtsspez. zuord. Maßnahmen		Maßnahmen gesamt Betrag
	Männer		Frauen		Betrag	in %	
	Betrag	in %	Betrag	in %			
Qualifizierung	2.408,32	50,15%	2.393,69	49,85%	84,29	1,72%	4.886,30
Beschäftigung	1.310,20	54,35%	1.100,46	45,65%	1,65	0,07%	2.412,32
Unterstützung	66,56	20,39%	259,82	79,61%	450,59	57,99%	776,96
Gesamt	3.785,09	50,21%	3.753,96	49,79%	536,52	6,64%	8.075,58
für Arbeitslose	3.671,43	50,19%	3.644,09	49,81%	536,52	10,98%	7.852,05
für Beschäftigte	113,66	50,85%	109,87	49,15%	0,00	0,00%	223,53
Gesamt	3.785,09	50,21%	3.753,96	49,79%	536,52	6,64%	8.075,58

PROGRAMM FÜR DIE ÄLTEREN

Eine grundlegende Voraussetzung für die Programmumsetzung war und ist eine Änderung der Einstellung gegenüber älteren ArbeitnehmerInnen.

Die im 1. Halbjahr durchgeführte Informationskampagne „thema-alter“ zielte darauf ab, Vorurteile abzubauen und die Potenziale älterer MitarbeiterInnen für Unternehmen aufzuzeigen. Die Werbe- und PR-Maßnahmen richteten sich in erster Linie an UnternehmerInnen und Personalverantwortliche. Betriebe wurden motiviert, Ältere

verstärkt einzustellen bzw. zu behalten. Ziel war es auch, die Angebote zur Förderung und Qualifizierung von Älteren wie Alters-
 teilzeitgeld, Alters-
 teilzeit- und Einglie-
 derungsbeihilfe
 bekannt zu machen.



Schwerpunkt der Informationskampagne war eine österreichweite Aktionswoche im Juni, wo AMS-BeraterInnen über die regionalen Förderungen und Initiativen in den einzelnen Bundesländern informierten. Zwischen Mai und Juni wurde die Kampagne intensiv mit einem TV-Spot im ORF, Anzeigen in Printmedien und Onlinewerbung im Internet (www.thema-alter.at) beworben. Außerdem wurde eine gebührenfreie Hotline eingerichtet und ein Online-Chat mit dem Vorstand initiiert.

Das „Programm für die Älteren - Schwerpunkt 2000“ beinhaltet zum einen präventive Maßnahmen zur Verhinderung des Zugangs von Älteren in die Arbeitslosigkeit bzw. zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Älteren. Neben der Umsetzung des Altersteilzeitgeldes und der Altersteilzeitbeihilfe wurde die Qualifizierung für Beschäftigte und die Qualifizierungsberatung für Betriebe konsequent auf Ältere (und Frauen) ausgerichtet. Zum anderen konzentrierte sich das AMS auf die unmittelbare Integration von älteren Arbeitslosen in Beschäftigung, um den Anstieg von Altersarbeitslosigkeit zu verhindern. Zur Erreichung des Zieles der Erhöhung der Arbeitsmarktchancen von Älteren wurde altersspezifischen Diskriminierungen bei der Entgegennahme und der Besetzung von offenen Stellen entgegengewirkt und insbesondere Unterstützungsmaßnahmen (Orientierung - Beratung - aktive Arbeitssuche/Job Coaching) und die Gewährung von Eingliederungsbeihilfen forciert. Zudem wurde begonnen, das weitverbreitete „Tabu“ der Qualifizierung von Älteren zu überwinden.

Im Jahr 2000 haben rund 7.100 ältere Arbeitslose eine geförderte Beschäftigung aufgenommen. Ihr Anteil an den Beschäftigungsbeihilfen konnte auf ein Drittel erhöht werden. Innerhalb dieser Maßnahmengruppe ist eine Benachteiligung von Frauen sichtbar (Frauenanteil rund 40%).

Beschäftigungsbeihilfen für ältere Arbeitslose (45+)

	Zugänge			Abgänge			Bestand		
	1999	2000	Diff.	1999	2000	Diff.	1999	2000	Diff.
Männer	3.667	4.365	+ 698	3.988	4.890	+ 902	2.624	3.642	+ 1.018
Frauen	2.225	2.731	+ 506	1.869	3.215	+ 1.346	1.554	2.491	+ 937
Gesamt	5.892	7.096	+ 1.204	5.857	8.105	+ 2.248	4.177	6.133	+ 1.956

Im Jahr 2000 sind rund 22.800 ältere Arbeitslose in eine geförderte Qualifizierungsmaßnahme eingetreten. Ihr Anteil konnte auf ein Fünftel erhöht werden. Auch innerhalb dieser Maßnahmengruppe ist eine Benachteiligung von Frauen sichtbar (Frauenanteil rund 43%).

Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose (45+)

	Zugänge			Abgänge			Bestand		
	1999	2000	Diff.	1999	2000	Diff.	1999	2000	Diff.
Männer	11.163	13.006	+ 1.843	10.517	12.657	+ 2.140	2.462	3.029	+ 567
Frauen	8.688	9.811	+ 1.123	8.176	9.554	+ 1.378	1.800	2.276	+ 476
Gesamt	19.851	22.817	+ 2.966	18.693	22.211	+ 3.518	4.262	5.305	+ 1.043

Verteilung der Förderfälle/ der geförderten Personen

	Männer (45+)		Frauen (45+)		Gesamt (45+)	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Qualifizierung*)	28.234	58,55	19.991	41,45	48.225	82,41
Beschäftigung	4.757	62,14	2.898	37,86	7.655	13,08
Unterstützung	1.777	67,44	858	32,56	2.635	4,50
Gesamt	34.768	59,42	23.747	40,58	58.515	100,00
für Arbeitslose	29.419	56,88	22.303	43,12	51.722	88,39
für Beschäftigte	5.349	78,74	1.444	21,26	6.793	11,61
Gesamt	34.768	59,42	23.747	40,58	58.515	100,00

Verteilung der Förderungsausgaben

in Mio. ATS	Gesamt		Ältere (45+)		Anteil in %
	Betrag	in %	Betrag	in %	
Qualifizierung	4.886,30	87,06	725,94	12,94	14,86
Beschäftigung	2.412,32	73,84	854,65	26,16	35,43
Unterstützung	776,96	95,96	32,75	4,04	4,21
Gesamt	8.075,58	83,35	1.613,34	16,65	19,98
für Arbeitslose	7.852,05	83,57	1.544,24	16,43	19,67
für Beschäftigte	223,53	76,39	69,10	23,61	30,91
Gesamt	8.075,58	83,35	1.613,34	16,65	19,98

Der Anteil von älteren Personen (45+) an allen Förderfällen (2000: 338.719) beträgt 17,3%, wobei sich der Anteil an den Maßnahmen für Arbeitslose (2000: 314.357) auf 16,4% und an den Maßnahmen für Beschäftigte (2000: 24.362) auf 27,9% beläuft. Ziel des AMS ist es, die bestehende geschlechtsspezifische Benachteiligung

von älteren Frauen gegenüber älteren Männern schrittweise zu beseitigen.

Im Jahr 2000 wurden für ältere Arbeitslose und Beschäftigte rund ATS 1.600 Mio. ausgegeben. Der Anteil für Ältere beträgt ein Fünftel aller Förderungsausgaben (2000: ATS 8.075,58 Mio.).

DIE REGIONALE VERTEILUNG

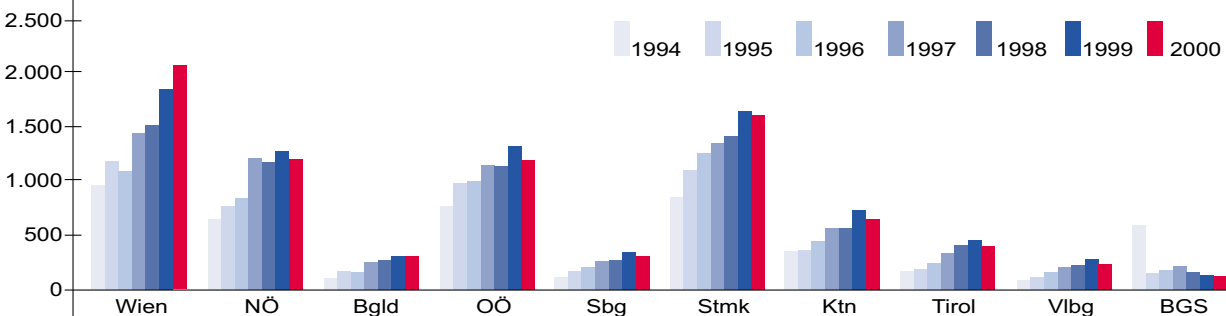
Die Verteilung des Förderungsbudgets auf die einzelnen Landesorganisationen erfolgt nach objektiven Arbeitsmarktindikatoren. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und Förderungsinstrumente, die zur Erreichung der vereinbarten Jahresziele des AMS zweckmäßig sind, werden von den Landesorganisationen in ihren Arbeitsprogrammen festgelegt.

Die regionale Verteilung nach Landesorganisationen zeigt, dass Wien mit ATS 2.064,87 Mio. (25,6%), die Steiermark mit ATS 1.596,7 Mio. (19,8%), Niederösterreich mit ATS 1.207,65 Mio. (14,9%) und Oberösterreich mit ATS 1.206,20 Mio. (14,9%) im Jahr 2000 die höchsten Anteile an den Förderungsausgaben aufweisen. Das AMS Wien konnte gegenüber 1999 die Förderungsausgaben um ATS 237,96 Mio. (+ 13%) erhöhen.

Österreichweite Förderungsmaßnahmen erfolgen durch die Bundesgeschäftsstelle. Die Ausgaben hierfür betragen ATS 105,89 Mio. (1,3%) und beinhalten im wesentlichen Arbeitsstiftungsmaßnahmen für die Nahrungs- und Genussmittelbranche, Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt, Maßnahmen der Technischen Hilfe im Rahmen der ESF-Umsetzung sowie die Förderung von Unterstützungsstrukturen.

Arbeitsmarktförderung 1994-2000 (Regionale Verteilung)

Beträge in ATS Mio.



DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS (ESF)

Die ESF-Periode 1995 bis 1999 (14 Zielgebiete, Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt) wurde im Jahr 2000 mit der Vornahme von Restzahlungen beendet.

ESF-Ausgaben Periode 1995 bis 2000

in Mio. ATS	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1995-2000
Ziel 1	19,60	47,10	67,25	65,54	71,31	4,46	275,26
Ziel 2	44,42	93,02	71,52	74,12	92,67	16,90	392,64
Ziel 3	467,95	859,07	965,07	888,31	830,34	44,21	4.054,95
Ziel 4	8,30	93,87	309,66	207,19	168,41	61,94	849,38
Ziel 5b	56,07	199,24	267,58	210,89	244,67	47,35	1.025,79
Gemeinschaftsinitiativen	0,00	8,86	45,92	96,50	69,69	15,86	236,83
GESAMT	596,34	1.301,16	1.726,99	1.542,55	1.477,10	190,71	6.834,85

Der Ausschöpfungsgrad der dem AMS im Zeitraum 1995 bis 1999 zur Verfügung stehenden ESF-Mittel beträgt 100%. Das Ziel eines raschen und vollständigen Mittelrückflusses wurde hervorragend erreicht.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden alle notwendigen Grundlagen für die neue Periode 2000 bis 2006 geschaffen. Neben der Verhinderung und Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit (Schwerpunkt 1) wird das AMS die Qualifizierung von Beschäftigten (Schwerpunkt 4) und spezifische Frauenmaßnahmen, insbesondere die Qualifizierung im IT-Bereich (Schwerpunkt 5) forcieren.

ESF-Ausgaben Periode 2000-2006

in Mio. ATS	2000
SP1 Verhinderung von Arbeitslosigkeit	557,62
SP4 Flexibilität am Arbeitsmarkt	12,50
SP5 Chancengleichheit für Frauen und Männer	124,35
SP7 Technische Hilfe	9,62
GESAMT	704,08

ARBEITSLOSENGELD UND NOTSTANDSHILFE FÜR AKTIVE MASSNAHMEN

Im Jahr 2000 wurden für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für rund 57.800 Personen (1999: rund 68.500 Personen) insgesamt ATS 1.730,47 Mio. (1999: ATS 1.663,21 Mio.) aufgewendet. Die Tabelle gibt einen Überblick über jene Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, die für aktive Maßnahmen - zusätzlich zu den nach dem Arbeitsmarktservicegesetz geförderten und dargestellten Maßnahmen - eingesetzt werden.

Mittel der Arbeitslosenversicherung für aktive Maßnahmen 2000

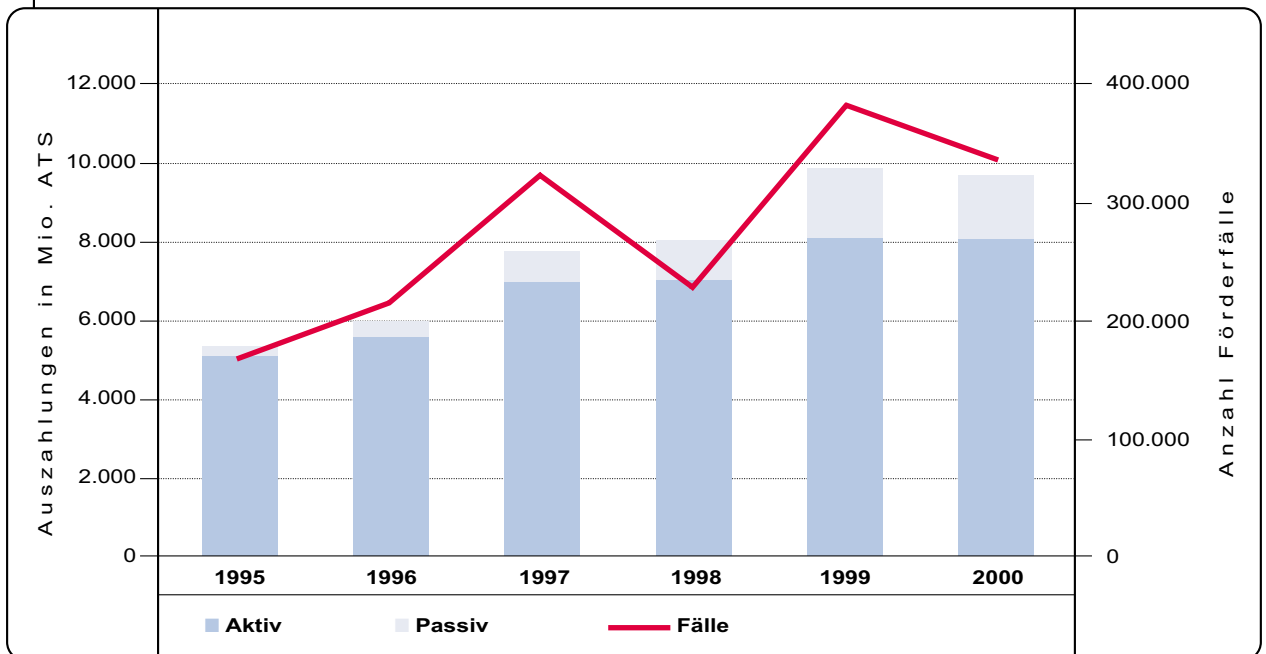
	Personen				gesamt	ausbez. Sozialversicherung			ALVG gesamt in Mio.ATS
	Männer		Frauen			Beträge in Mio.ATS	Anteil in %	Betrag in Mio.ATS	
	absolut	in %	absolut	in %					
Berufliche Mobilität (ALG/NH gem. § 12 Abs. 5 ALVG)	19.714	47,86	21.476	52,14	41.190	532,80	48,4	257,87	790,67
Arbeitsstiftungen (ALG gem. § 18 Abs. 5 ALVG)	3.678	63,64	2.101	36,36	5.779	372,04	42,4	157,75	529,79
Berufliche Rehabilitation (ALG gem. § 18 Abs. 10 ALVG)	1.218	67,74	580	32,26	1.798	80,12	42,4	33,97	114,09
Wiedereinstellungs- beihilfe nach KU gem. Art. 21 KUEG (Überweisung an GKK)	0	—	0	—	0	15,92	0,0	0,00	15,92
Ausbildungs-ALG nach KU (ALG gem. § 18 Abs. 8 ALVG)	3	1,72	171	98,28	174	2,88	42,4	1,22	4,10
Weiterbildungsgeld bei Bildungskarenz (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 1 ALVG)	739	8,68	7.772	91,32	8.511	220,58	19,6	43,23	263,81
Weiterbildungsgeld gegen Entfall des Arbeitsentgelts (gem. § 26 Abs. 1 Zi. 2 ALVG)	14	18,42	62	81,58	76	2,02	18,2	0,37	2,38
Solidaritätsprämie für Ersatzkraft (gem. § 27 ALVG)	23	35,38	42	64,62	65	1,66	18,2	0,30	1,96
Solidaritätsprämie infolge Arbeitszeitverkürzung (gem. § 27 ALVG)	82	41,41	116	58,59	198	5,25	18,2	0,96	6,21
Gesamt 2000	25.471	44,07	32.320	55,93	57.791	1.233,25	—	495,67	1.728,92
Gesamt 1999	33.503	48,88	35.042	51,12	68.545	1.187,08	0,0	476,13	1.663,21
Veränderung absolut	-8.032	-4,80	-2.722	4,80	-10.754	46,18	—	19,53	65,71
Veränderung in %	-23,97	—	-7,77	—	-15,69	—	—	4,10%	4,04%

1995 bis 2000: Verdoppelung der Mittel für aktive Maßnahmen

Die für Förderungsmaßnahmen aufgewendeten Mittel konnten seit 1995 (rund ATS 5,4 Mrd.) kontinuierlich auf nunmehr rund ATS 9,8 Mrd. erhöht werden. Unterstützt wurde diese erfreuliche Entwicklung durch die Nutzung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds und von Leistungen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Das Arbeitsmarktservice ist damit in Bezug auf Fördervolumen und Förderfälle die bedeutendste Förderungsstelle Österreichs.

Das vom Arbeitsmarktservice entwickelte Spektrum an Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Unterstützungsmaßnahmen und Beihilfen kann je nach arbeitsmarktpolitischer Problemlage sehr spezifisch eingesetzt und kombiniert werden. Die Arbeitsmarktförderung des Arbeitsmarktservice wurde so konzipiert, dass sie sich durch eine sehr flexible und rasche Ausrichtung auf sich ändernde Zielgruppen und neue

Ausbildungs- und Beschäftigungsfelder sowie durch dezentrale Entscheidungsstrukturen auszeichnet. So war und ist es dem Arbeitsmarktservice möglich, notwendige und zeitlich befristete Schwerpunkte zu setzen, beispielsweise von Maßnahmen und Beihilfen für Jugendliche bis hin zu Maßnahmen und Beihilfen für ältere Arbeitslose und Beschäftigte.



EXISTENZSICHERUNG

Im Jahresdurchschnitt bezogen 218.300 (1999: 235.800) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden ATS 37,98 Mrd. (1999: ATS 40,33 Mrd.) ausbezahlt. Davon entfielen 48,8% (1999: 48,4%) auf das Arbeitslosengeld, 28,8% (1999: 29,9%) auf die Notstandshilfe, 1,4% (1999: 1,6%) auf die Sondernotstandshilfe, 0,7% (1999: 0,2%) auf das Weiterbildungsgeld, 0,2% auf das Altersteilzeitgeld sowie 20,1% (1999: 19,8%) auf sonstige Leistungen wie das Karenzgeld etc.

Für diese Leistungen wurden rund 826.800 (1999: 855.300) Anträge gestellt, wovon 30.300 (1999: 36.400) abgelehnt wurden. Die Zahl der erstinstanzlichen Bescheide erreichte 295.100 (1999: 288.700), wogegen 6.022 Berufungen eingebracht wurden. In Sanktionsfällen (inkl. Selbstkündigung) wurden insgesamt 55.900 (1999: 53.100) Bescheide erlassen.

Leistungen in ATS	durchschnittliche Tagsätze		
	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	309	255	346
Notstandshilfe	247	215	276
Sondernotstandshilfe	198	197	241
Sonderunterstützung	188	188	—
Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhalts	249	233	273

Leistungsaufwand inkl. Sozialversicherungsbeiträge		
in Mio. ATS	1999	2000
Arbeitslosengeld (inkl. Überbrückungshilfe)	19.539	18.516
Notstandshilfe	12.057	10.946
Sondernotstandshilfe	635	547
Weiterbildungsgeld	97	262
Altersteilzeit	—	86
Sonstige Leistungen*	8.000	7.624
SUMME	40.328	37.981

* Solidaritätsprämie sowie Sonderunterstützung inklusive Leistungsaufwand der SVA-Bergbau bzw. der Krankenkasse (jedoch ohne Verwaltungsaufwand)

Durchschnittlicher Bestand an BezieherInnen

	1999			2000		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	116.535	47.080	69.455	107.956	43.969	63.987
Notstandshilfe	86.855	41.446	45.409	74.928	34.925	40.003
Sondernotstandshilfe	7.087	7.038	49	6.430	6.390	40
Weiterbildungsgeld: bei Bildungskarenz	1.426	1.236	190	3.499	3.207	292
bei Entfall der Bezüge	31	24	7	33	27	6
Altersteilzeitgeld	–	–	–	485	250	235
Sonstige	23.829	9.703	14.126	24.933	9.549	15.384
Summe	235.763	106.527	129.236	218.264	98.317	119.947

Bearbeitete Leistungsanträge (Zuerkennungen und Ablehnungen)

	1999			2000		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitslosengeld	596.968	222.601	374.367	582.199	222.827	359.372
Notstandshilfe	202.425	100.499	101.926	178.377	87.838	90.539
Sondernotstandshilfe	13.215	13.108	107	12.992	12.884	108
Weiterbildungsgeld: bei Bildungskarenz	3.697	3.255	442	8.219	7.538	681
bei Entfall der Bezüge	55	43	12	55	45	10
Altersteilzeitgeld	–	–	–	1.254	657	597
Sonstige	38.986	14.696	24.290	43.740	16.587	27.153
Summe	855.346	354.202	501.144	826.836	348.376	478.460

Sanktionen

	1999			2000		
	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer
Arbeitsunwilligkeit	530	333	197	406	234	172
Ablehnung von Beschäftigungs- angeboten	11.151	4.518	6.633	10.888	4.364	6.524
Arbeitslosigkeit aufgrund von vorzeitigem Austritt, Kündigung des Arbeit- nehmers, fristloser Entlassung	21.695	8.809	12.886	23.431	9.736	13.695
Versäumen der Kontrollmeldung	19.754	5.957	13.797	21.201	6.243	14.958
Summe	53.130	19.617	33.513	55.926	20.577	35.349

Service Versicherungsleistungen 1995-2000

Die vergangenen sechs Jahre standen auch im Bereich des Service Versicherungsleistungen im Zeichen wesentlicher Veränderungen.

So unterlagen gerade die gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung laufenden Novellierungen. Diese führten dazu, dass einerseits die Durchführung der Agenden des Insolvenz-Ausfallgeldes (1995), der Sonderunterstützung-Bergbau (1996) und des Karenzgeldes (1997) abgegeben und andererseits das Spektrum der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung laufend erweitert wurde.

Die bedeutendsten Neuerungen stellen in diesem Zusammenhang das Weiterbildungsgeld (1998) und zuletzt das Altersteilzeitgeld dar.

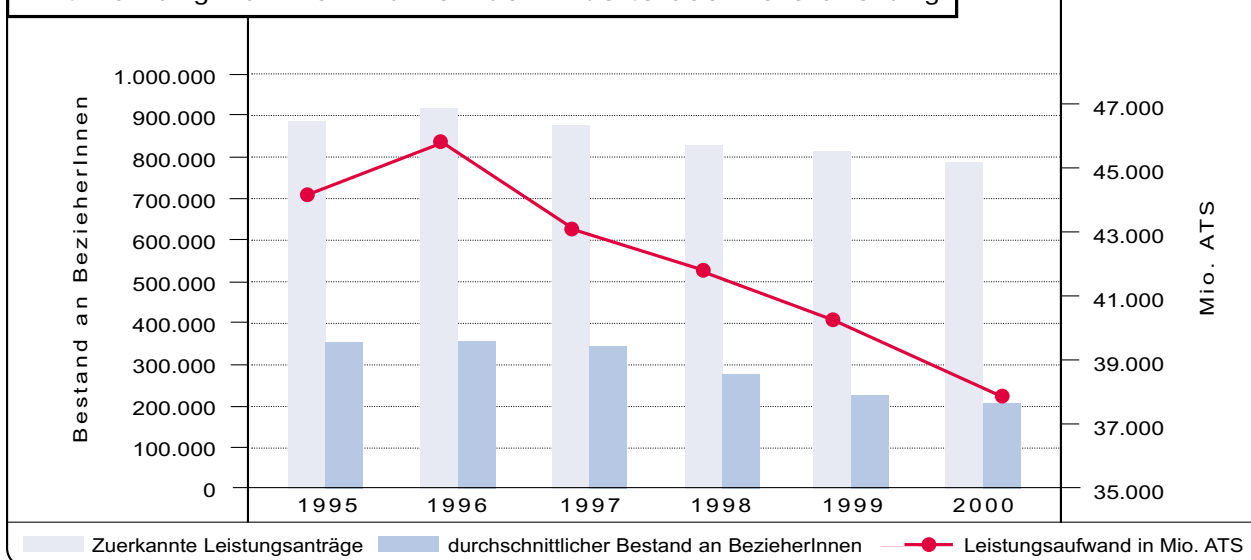
Gerade auf die Abgabe des Karenzgeldes lässt sich größtenteils auch der Rückgang der erledigten Anträge von 918.700 (1995) auf 826.800 (2000) zurückführen. Im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der erstinstanzlich erstellten Bescheide seit 1995 von 275.100 auf heuer 295.100. Ebenso erhöhte sich die Anzahl der Fälle, in denen Sanktionen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz verhängt werden mussten, von 45.100 (1995) auf 55.900 (2000).

Die Anzahl der BezieherInnen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sank von 195.300 (1995)

auf 182.900 (2000). Durch den Rückgang der Verweildauer der KundInnen in Arbeitslosigkeit sowie durch entsprechende Gesetzesänderungen verringerte sich der finanzielle Aufwand für die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung seit 1995 von ATS 44,3 Milliarden auf rund ATS 38 Milliarden im Jahr 2000.

Ein Meilenstein im Bereich „Service Versicherungsleistungen“ konnte 1998 mit der flächendeckenden Einführung der EDV-Applikation ALV gesetzt werden. Durch die Einbindung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger sowie des Bundesrechenzentrums im Rahmen teilweise neugeschaffener bzw. zum Teil verbesserter elektronischer Schnittstellen erfolgte ein entscheidender Schritt zur weitestmöglichen automationsunterstützten Geschäftsfallbearbeitung. In einer 1999 durchgeführten Studien (Review ALV) wurden auch die sehr hohe Akzeptanz dieser EDV-Applikation bei den MitarbeiterInnen sowie die hierdurch erzielten Verbesserungen im Bereich der Kundenorientierung entsprechend bestätigt. Nicht zuletzt aufgrund der dadurch ermöglichten schnelleren Geschäftsfallerledigung konnte die Anzahl der durchschnittlichen Rückstände bei den Leistungsanträgen von 794 (1995) auf 10 (2000) reduziert und somit die prompte Zahlbarstellung von Geldleistungen sichergestellt werden.

Entwicklung von Kennzahlen der Arbeitslosenversicherung



Im Jahresdurchschnitt 2000 arbeiteten rund 242.159 (+3.019 bzw. +1,3% gegenüber 1999) bewilligungspflichtige ausländische Arbeitskräfte in Österreich, die über eine Berechtigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verfügten, darunter rund 195.600 (81%) mit Befreiungsschein und 20.400 (8%) mit Arbeitserlaubnis.

Von den rund 90.600 Anträgen auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung bezogen sich rund 28.600 auf Saisonarbeiten in der Land- und Forstwirtschaft (Erteilungen: 28.400) und 12.200 auf Saisonarbeiten im Fremdenverkehr (Erteilungen: 10.200). Von den Anträgen für saisonungebundene Beschäftigungsbewilligungen entfielen 19.700 auf Personen, die bisher noch nicht in Österreich beschäftigt waren; sie betrafen zu zwei Drittel integrierte Ausländer und Ausländerinnen, also Personen, die seit längerer Zeit - zum Teil mit ihrer Familie - in Österreich leben und Asylwerber sowie Asylwerberinnen, die zum Aufenthalt berechtigt sind. Die Erteilungsquote betrug in diesen Fällen 72%. Der beträchtliche Anstieg an „sonstigen Bescheiden/Erledigungen“ steht in Zusammenhang mit einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes per 1.8.1999. Das Service Ausländerbeschäftigung prüft die persönlichen und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen ausländischer Leistungswerber.

Arbeitsmarktintegration

Seit Einführung der Integrationsmaßnahmen per 1.1.1998 wurden rund 18.500 Personen dem offiziellen Arbeitsmarkt zugeführt.

Unter den Herkunftsländern der integrierten Ausländer und Ausländerinnen dominieren Ex-Jugoslawien (4.035 Anträge), Bosnien (3.292 Anträge) und Kroatien (1.384 Anträge). Dass für integrierte Türken und Türkinnen verhältnismäßig wenig Anträge eingebracht wurden, erklärt sich aus den Bestimmungen des EU-Assoziationsvertrages mit der Türkei, wonach Familienangehörige nach längerer Aufenthaltsdauer einen Befreiungsschein beanspruchen

können und auf eine Beschäftigungsbewilligung daher nicht angewiesen sind.

Im Jahr 2000 wurden knapp 36% der Erstanträge für integrierte Ausländer und Ausländerinnen in Reinigungsberufen beantragt; der Anteil der Frauen betrug 78%. Rund ein Viertel der Anträge bezog sich auf Fremdenverkehrsberufe, hier mit einem Frauenanteil von 64%.

Die Bundeshöchstzahl (266.166) war lediglich im September - aufgrund der hohen Ausländerbeschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft - um 2.735 Personen überschritten.

Arbeitslose AusländerInnen

Im Jahr 2000 waren im Durchschnitt 25.758 Ausländer und Ausländerinnen arbeitslos vorgemerkt, das sind um 5,3% bzw. 1.449 weniger als 1999; rund ein Drittel der Vorgemerkten waren Frauen. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Metall- und Elektroberufe (-390 bzw. -14,3%) und die Fremdenverkehrsberufe (-300 bzw. -6,2%), während bei den vorgemerkten Reinigungskräften ein leichter Anstieg um 3,9% bzw. 87 zu verzeichnen war, der hauptsächlich zu Lasten der Frauen ging.

Gebühren und Verwaltungsabgaben

Die vom AMS eingehobenen Gebühren und Verwaltungsabgaben betragen rund ATS 130 Mio., darunter ATS 94 Mio. für die personenbezogenen Berechtigungen Arbeitserlaubnis und Befreiungsschein sowie 23 Mio. für Beschäftigungsbewilligungen.

SERVICE AUSLÄNDER-BESCHÄFTIGUNG 1995-2000

Im Jänner 1995 kam es erstmals zu einer Überschreitung der Bundeshöchstzahl als Gesamtzahl der unselbständig beschäftigten und arbeitslosen Ausländer und Ausländerinnen, die 8% des gesamten Arbeitskräftepotenzials nicht übersteigen soll. Die in der Folge erlassene Bundeshöchstzahlüberziehungsverordnung machte eine Reihe von administrativen und technischen Verfahrensänderungen erforderlich.

Im Jahr 1996 wurden die Anzeigebestätigungen für Volontariate und Ferialpraktika sowie die Bestätigung für ausländische Familienangehörige österreichischer Staatsbürger eingeführt und das „Service Ausländerbeschäftigung“ mit der technischen und administrativen Umsetzung betraut. Im selben Jahr stellte der Verwaltungsgerichtshof fest, dass das AMS auch für die Vollziehung des Assoziationsabkommens EWG/Türkei (Assoziationsratsbeschluss Nr 1/80) zuständig ist und entsprechende Feststellungsbescheide für türkische Assoziationsarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen auszustellen hat.

Im darauffolgenden Jahr wurden größere Teile des Ausländerbeschäftigungsgesetzes novelliert bzw. das Gesetz in wichtigen Punkten ergänzt (EU-Betriebsentsendung, Assoziationsrecht, Integrationsmerkmale) und dem AMS die verfahrenstechnische Umsetzung dieser Änderungen aufgetragen. Auch von einer Novelle zum Gebührengesetz 1957 und zur Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1983 sowie von einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Zugangsbestimmungen für die Notstandshilfe) war das „Service Ausländerbeschäftigung“ betroffen.

Arbeitsmarktintegration

	Integrierte Männer			Integrierte Frauen			Anteil der Anträge für Frauen	Anteil der Anträge nach Staaten
	Erteilung	Ablehnung	Summe	Erteilung	Ablehnung	Summe		
alle Staaten	3.509	1.677	5.186	5.917	2.041	7.958	60,5%	100,0%
(Ex-)Jugosl.	941	666	1.607	1.664	764	2.428	60,2%	30,7%
Bosnien	464	212	676	2.015	601	2.616	79,5%	25,0%
Kroatien	231	123	354	780	250	1.030	74,4%	10,5%
Mazedonien	54	21	75	136	38	174	69,9%	1,9%
Slowenien	5	1	6	34	7	41	87,2%	0,4%
ehem. Jugosl.	1.695	1.023	2.718	4.629	1.660	6.289	69,8%	68,5%
Türkei	476	138	614	371	77	448	42,2%	8,1%
Rumänien	63	18	81	225	59	284	77,8%	2,8%
Polen	64	37	101	129	66	195	65,9%	2,3%
Ägypten	195	86	281	8	2	10	3,4%	2,2%
Indien	158	61	219	31	11	42	16,1%	2,0%

Arbeitsmarktintegration 2000

	Männer			Frauen			Anträge für Frauen	Anträge nach Berufen
	Erteilung	Ablehnung	Summe	Erteilung	Ablehnung	Summe		
alle Berufe	3.509	1.677	5.186	5.917	2.041	7.958	60,5%	100,0%
Reinigung	769	249	1.018	2.695	994	3.689	78,4%	35,8%
Fremdenverkehr	891	358	1.249	1.728	503	2.231	64,1%	26,5%
Hilfsberufe	421	198	619	243	87	330	34,8%	7,2%
Lehr- und Kultur	25	4	29	46	19	65	69,1%	0,7%
Bau	299	377	676	4	5	9	1,3%	5,2%
Metall-Elektro	218	168	386	18	18	36	8,5%	3,2%

Mit 1.1.1998 wurde das Fremdengesetz 1997 in Kraft gesetzt, das in engem Zusammenhang mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz steht. Aus diesem Grund waren wiederum eine Reihe von technischen und administrativen Umstellungen erforderlich. Um dem Informationsbedarf von Arbeitgebern und ausländischen Arbeitskräften entsprechen zu können, war es für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Service Ausländerbeschäftigung unumgänglich, mit der neuen Gesetzesmaterie vertraut zu werden, zu deren Vollziehung die Aufenthalts- und Fremdenpolizeibehörden berufen sind. Im selben Jahr wurden überdies eine Vereinbarung mit Kanada über den Austausch von jungen Arbeitskräften und zwei Abkommen mit der Republik Ungarn über den Austausch von Grenzgängern und Praktikanten in Geltung gesetzt. Die Vollziehung des erstgenannten Abkommens obliegt dem AMS Burgenland und zum Teil dem AMS Niederösterreich; mit der Vollziehung des Praktikantenabkommens sind alle Geschäftsstellen des AMS betraut.

Im Jahr 1999 war das Service Ausländerbeschäftigung von einer Novelle zum Gebührengesetz 1957 (Einführung von Barzahlung, Eurocheque- und Kreditkarte) und von einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld) betroffen. Auch das Euro-Währungsanpassungsgesetz, das mit 23.7.1999 in Kraft getreten ist, erforderte entsprechende technische und administrative Adaptierungen.

Für die angeführten Aufgaben standen 1998 rund 137 und 1999 rund 143 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Regionalen Geschäftsstellen zur Verfügung, im Jahr 2000 waren es 134.

Leistungsbilanz 1995 bis 2000

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Arbeitgeber als AntragstellerInnen						
Sicherungsbescheinigungen	14.647	7.028	5.468	4.806	4.994	6.720
Beschäftigungsbewilligungen	135.393	109.777	92.629	84.239	80.917	90.605
Saison-Vignetten				13.208	13.064	13.752
Entsendebewilligungen		1.732	2.494	2.278	2.476	3.001
Volontariate		878	1.705	1.584	1.970	1.916
Ferial- und Berufspraktika		504	545	585	698	650
Asso-TR-Feststellungsbescheide		3.250	9.445	387	30	12
EU-Entsendebewilligungen				129	192	219
Feststellungsbescheide für Arbeitsgesellschafter			164	256	305	586
Sonstige Bescheide/Erledigungen			1.889	1.547	22.834	68.649
AusländerInnen als AntragstellerInnen						
Arbeitserlaubnisse	62.742	41.682	32.844	18.569	14.171	10.587
Befreiungsscheine	36.549	61.598	65.219	55.764	37.936	47.944
Bestätigungen für Angehörige von Österreichern			3.274	3.250	2.629	3.677
Bilaterale Abkommen mit Ungarn: Grenzgänger, Praktikanten				1.263	1.572	2.336
Summe	249.331	226.449	215.676	187.865	183.788	250.654

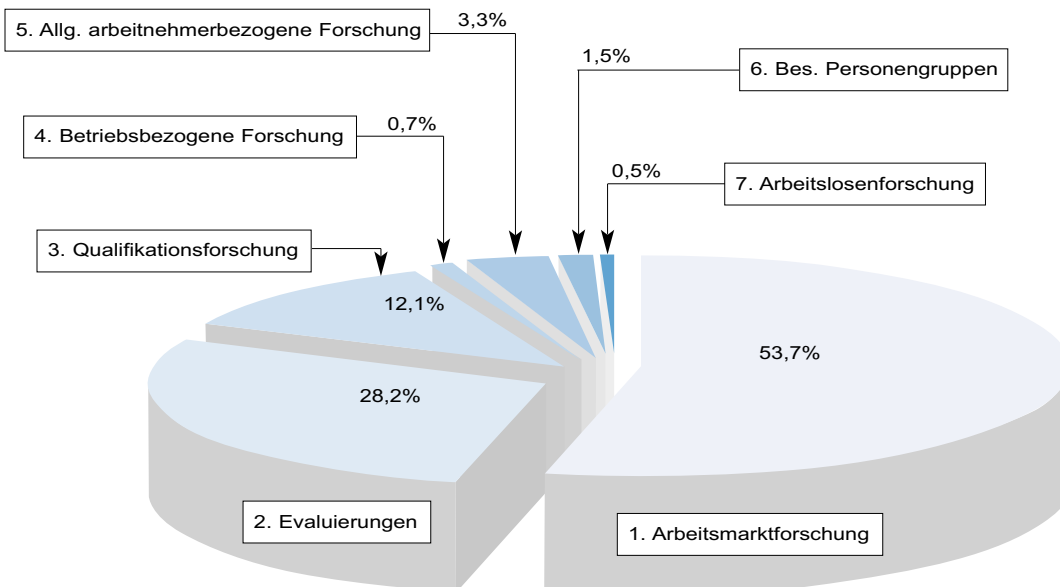
QUALIFIKATIONSFORSCHUNG UND BERUFSINFORMATION

Die AMS-Forschung zielt darauf ab, die relevanten Akteure der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit qualitativ hochwertigen und aktuellen Informationen zu bedienen. Der Bogen der Forschungsinhalte reicht von der Evaluierung von Instrumenten der experimentellen Arbeitsmarktpolitik oder der betrieblichen Frauenförderung bis zu Themen wie Beschäftigungschancen für HochschulabsolventInnen, Alter als Arbeitsmarktproblem, berufliche Integration lernbehinderter Menschen, Integration von ausländischen Erwerbstätigen am österreichischen Arbeitsmarkt und Erwerbskarrieren sowie strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich.

Die Ergebnisse dieser Studien, seit 1996 von der durch die Bundesgeschäftsstelle neu eingerichteten Abteilung BIQ (Berufsinformations- und Qualifikationsforschung) selbst bzw. in Kooperation mit externen Auftragnehmern erstellt, werden zielgruppengerecht aufbereitet.

Regelmäßig erscheinende Publikationen wie „AMS-Info“, „AMS-Report“ oder „AMS-Studie“ sollen einen Informationstransfer über die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit hinaus herstellen und stehen allen in den verschiedenen Institutionen, Organisationen und Unternehmen mit entsprechenden Fragestellungen befassten Personen sowie über Buchhandel, Bibliotheken und Internet einem breiteren Publikum zur Verfügung. Darüber hinaus werden berufskundliche Informationen für die im AMS mit Berufsfragen beschäftigten MitarbeiterInnen über die interne Zeitschrift „BIQ-Info“ aufbereitet.

AMS-Forschung 1999



Quelle / Grafik: AMS/ BIQ

Gesamtbudget (inkl. Fördermittel): 44,0 Mio. ATS

Die Aufbereitung von Informationen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Berufswelt bilden einen weiteren Schwerpunkt im Rahmen der Berufsinformations- und Qualifikationsforschung.

Dabei geht es darum, die Erfordernisse an Qualifikationen und die Gestaltung von Angeboten der Aus- und Weiterbildung sinnvoll zueinander zu führen. Infoblätter, Folder, Broschüren, CD-ROMs, Videos und die Website www.beruf4you.at informieren über Berufe, Qualifikationsanforderungen sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Trotz Erweiterung des Informationsangebotes konnten im Printmedienbereich durch Optimierung des Drucks und der Logistik die Stückkosten um beinahe 50% und die jährlichen Kosten für Berufsinfocds durch Umstellung von Verleihsystem auf Direktausstattung von BerufsInfoZentren und Schulen um 80% gesenkt werden.

Um die Zielgruppen der Berufsinformation (insbesondere Jugendliche) kostengünstig zu erreichen, kooperiert das Arbeitsmarktservice auch mit Ministerien, Banken und Unternehmen, z.B. bei CD-ROMs und Internetportalen.



Typische Berufe aus der IT-Branche und Berufsanforderungen, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten sowie Aus- und Weiterbildungsangebote werden vorgestellt.



208 Berufsbezeichnungen mit einem beispielhaften Überblick über mögliche Ausbildungswege und einer Bewertung der voraussichtlichen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie der Einstiegsgehälter bietet dieses kompakte Nachschlagewerk.

Die Aufbereitung der Berufsinfos im Internet nimmt einen wachsenden Stellenwert ein. So bietet www.beruf4you.at bereits eine Berufsdatenbank und eine Weiterbildungsdatenbank mit einem Verzeichnis der heimischen Weiterbildungsinstitute und deren thematischen Schwerpunkten an. Als weitere Ausbaustufe ist das direkte Abrufen von Informationen über einzelne Kursangebote vorgesehen.

Weitere Datenbanken umfassen Infos zu Lehrberufen, Berufen nach Abschluss berufsbildender mittlerer Schulen sowie berufsbildender höherer Schulen, akademischen Berufen und Berufen mit und ohne Kurzausbildung. So zeigt das Berufsinfosystem „McJob Online“ die Vielfalt von Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten ab Maturaniveau auf. Kollegs und Akademien sind ebenso zu finden wie Studienrichtungen an Universitäten und Fachhochschulen sowie postgraduale Weiterbildungsmöglichkeiten.

PERSONAL

Der Personalplan 2000 sah 4.180 Planstellen vor; im Jahr 2000 waren durchschnittlich 4.172 Planstellen mit rund 4.500 (teilzeitbeschäftigten) MitarbeiterInnen (davon 34% Beamte/Beamtinnen) bei der Bundesgeschäftsstelle sowie den Landes- und Regionalgeschäftsstellen besetzt. Zum Stichtag 31.12. 2000 waren 61% der Beschäftigten Frauen.

Personaleinsatz 2000

Landesgeschäftsstellen	MitarbeiterInnen Soll 2000	davon weibl. zum Stichtag 31.12.2000
AMS Burgenland	150	54%
AMS Kärnten	348	54%
AMS Niederösterreich	669	65%
AMS Oberösterreich	616	61%
AMS Salzburg	255	61%
AMS Steiermark	610	61%
AMS Tirol	327	56%
AMS Vorarlberg	147	60%
AMS Wien	918	67%
Bundesgeschäftsstelle	142	53%
Gesamt	4.180	61%

Personalbedarfsrechnung

Im Jahr 2000 wurde ein neues System der Personalbedarfsrechnung in Kraft gesetzt, das den Personalbedarf des AMS anhand von in ihrem zeitlichen Aufwand quantifizierten Arbeitsprozessen ermittelt. Damit soll einerseits die gerechte Aufteilung der Personalressourcen auf die einzelnen Landesorganisationen sichergestellt werden und zudem erreicht werden, dass die vorhandenen Ressourcen effektiv und kundenwirksam eingesetzt werden.

PERSONALENTWICKLUNG 1995-2000

Der Kollektivvertrag

Der Kollektivvertrag für die DienstnehmerInnen des Arbeitsmarktservice, der am 1. Juli 1995 in Kraft getreten ist, brachte 1995 für rund 2200 ehemalige Vertragsbedienstete ein neues Dienst- und Besoldungsrecht. Seither haben etwa 600

BeamtInnen die Möglichkeit genutzt, in das Schema des Kollektivvertrages zu wechseln. Die Zahl der BeamtInnen am Gesamtpersonalstand ist seit 1995 von rund 42% auf 34% gesunken. In die im Kollektivvertrag verankerte Pensionsvorsorge wurden bereits rund 2.300 Anwartschaftsberechtigte, also 51% des Gesamtpersonalstandes, einbezogen, für die Dienstgeberbeiträge an eine Pensionskasse geleistet werden.

Personalentwicklungsmaßnahmen

Mit der Ausgliederung aus der Bundesverwaltung im Jahr 1995 wurde begonnen, schrittweise sämtliche Personalentwicklungsmaßnahmen zu implementieren, die die Personalführung eines modernen Unternehmens auszeichnet. Folgende Maßnahmen wurden seither in Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen und der Belegschaftsvertretung entwickelt und in Kraft gesetzt:

- Regelungen für Recruiting und Integration neuer MitarbeiterInnen
- MitarbeiterInnengespräch
- Führungskräftebeurteilung
- Karriereförderung für den Führungskräfte-nachwuchs
- Betriebliches Vorschlagswesen (bis 2000)
- Fluktuationserhebung und Absenzstatistik

Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz

MitarbeiterInnen im AMS sollen Arbeitsbedingungen vorfinden, die physische und psychische Belastungen möglichst gering halten, um Gesundheitsschädigungen zu vermeiden und eine optimale Dienstleistung zu ermöglichen. Ende 1998 bis Mitte 1999 wurde im Rahmen des Projekts „Wie geht's?“ eine große, PC-gestützte Umfrage und Beratung aller MitarbeiterInnen durchgeführt. Auf Basis der daraus resultierenden Endberichte erfolgte die schrittweise Umsetzung der Empfehlungen, zum Beispiel die Erstellung von Informationsmaterial zur ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung und die

Installation einer Projektdatenbank. Unterstützt wurde die Organisation dabei in einigen Bereichen durch Sicherheitsvertrauenspersonen, ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräfte. In gekürzter Form wird die Befragung „Wie geht's?“ in periodischen Abständen wiederholt, um die Auswirkungen bisher gesetzter Aktivitäten objektivieren und allfällige Anpassungen der Maßnahmen vornehmen zu können.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Ein besonderer Entwicklungsschwerpunkt war die Arbeitszeitflexibilisierung. Nach erfolgreichen Probeläufen in sechs Pilotgeschäftsstellen wurde 1999 ein Jahresarbeitszeitmodell eingeführt, das die Zeitautonomie der MitarbeiterInnen in besonderer Weise fördert, aber auch rasches Reagieren auf schwankenden Geschäftsanfall und Notsituationen ermöglicht. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung verstärkt in Anspruch genommen. Im Jahr 2000 wurde schließlich eine Richtlinie in Kraft gesetzt, mit der die Telearbeit im AMS systematisch eingeführt wurde. Alle diese Maßnahmen stellen Schritte in Richtung besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar.

Frauenförderungsplan

Das AMS garantiert seinen MitarbeiterInnen berufliche Chancengleichheit. Mit aktiven Frauenförderungsmaßnahmen sollen bestehende strukturelle und gesellschaftliche Benachteiligungen ausgeglichen werden. Die beruflichen Rahmenbedingungen im AMS sollen ermöglichen, dass Kinderbetreuung und Karriere miteinander vereinbar sind. Der Frauenförderungsplan ist dafür handlungsleitend und beinhaltet konkrete quantitative Zielvereinbarungen zur Bestellung weiblicher Führungskräfte. Dementsprechend erhöhte sich der Frauenanteil bei den Führungskräften von 24% (95) auf 31% (2000). Jede vierte Regionale Geschäftsstelle wird mittlerweile von einer Frau geleitet.

Nach dem Leitbild „Wir fördern die Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Aus- und Weiterbildung und Personalentwicklung“ misst das AMS der kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung seiner MitarbeiterInnen einen hohen Stellenwert zu.

Nur qualifizierte MitarbeiterInnen können professionelle Arbeit leisten und damit Kundenzufriedenheit und den Erfolg sicherstellen. Dementsprechend dienen alle Maßnahmen im Bereich Aus- und Weiterbildung der Zielerreichung der Organisation und sind darauf ausgerichtet.

Grundausbildung

Im Jahr 2000 wurden sieben Lehrgänge in der Ausbildungseinrichtung des AMS in Linz begonnen. Insgesamt haben in diesem Jahr 321 MitarbeiterInnen (davon 234 Frauen) mit der Grundausbildung begonnen bzw. diese fortgesetzt und 147 (davon 101 Frauen) abgeschlossen.

Damit wurden seit Start der neuen Grundausbildung 1997 in Form einer zentralen Ausbildungseinrichtung in Linz in insgesamt 31 Lehrgängen 812 MitarbeiterInnen (548 Neueintritte, 250 Auf-, Um- und WiedereinsteigerInnen und 14 GasthörerInnen) ausgebildet.

Im Wesentlichen unterscheidet sich die neue Grundausbildung vom früheren System der Dienstprüfungskurse dadurch, dass sie zum einen alle neu eintretenden MitarbeiterInnen in ein modulares System einbindet. Dabei richtet sich die Festlegung der einzelnen Ausbildungsmodule nach den Qualifikationserfordernissen der einzelnen Arbeitsplatztypen. Zum anderen handelt es sich um eine der beruflichen Tätigkeit vorgeschaltete und duale Ausbildung, die durch eine abgestimmte Abfolge von Theorieseminaren, zentral veranstalteten Übungsworkshops und Praktika in den Geschäftsstellen praxisnah ausgelegt ist. So beträgt die Ausbildungsdauer maximal 40 Wochen, von denen durchschnittlich 56 Ausbildungstage auf Theorieseminare, 55 Tage auf geschäftsfallbezogene Workshops und 85 Tage auf Praktika in den Geschäftsstellen entfallen.

Der praxisgerechte Charakter der Grundausbildung wird auch dadurch unterstrichen, dass kein fixes Lehrpersonal beschäftigt wird, sondern erfahrene PraktikerInnen aus den verschiedenen Arbeitsfeldern des AMS neben ihrer regulären Arbeit diese Aufgabe übernehmen und die Auszubildenden während der Geschäftsstellenpraxis von erfahrenen KollegInnen gecoacht werden. Dies führt auch zu einer breiten Streuung der Lehrenden, so kamen im Jahr 2000 in insgesamt 288 Lehrveranstaltungen 113 interne ReferentInnen zum Einsatz, davon 38 Frauen und 75 Männer.

Der nächste Entwicklungsschritt in Form einer Umgestaltung der Lehrgänge unter weitgehender Nutzung der Möglichkeit von „Tele- und e-learning“ ist bereits eingeleitet, sodass im Laufe der nächsten Jahre die gesamte Grundausbildung auf Tele-Lehrgänge umgestellt wird. Dadurch wird gleichzeitig die Effizienz der Ausbildung durch vermehrte Selbststeuerung der TeilnehmerInnen und erweiterte Einsatzmöglichkeiten in der Praxis an der Geschäftsstelle erhöht. Weiters trägt diese Maßnahme dazu bei, den Bedürfnissen nach einer familienfreundlichen und arbeitsplatznahen Grundausbildung noch stärker Rechnung zu tragen.

Weiterbildung

Betrachtet man den Umfang der Weiterbildung über die letzten Jahre hinweg, dann ist dieser von rund 21.000 Ausbildungstagen im Jahr 1996 auf den Wert von 30.000 Ausbildungstagen im Jahr 2000 gestiegen. Absolvierten zu Beginn die MitarbeiterInnen durchschnittlich 6,4 Ausbildungstage im Jahr (Männer 6,6, Frauen 6,4), so ist dieser Wert auf 7,3 (Männer 7,1, Frauen 7,5) angehoben worden.

Inhaltlich orientierte sich das interne Angebot einerseits an den strategischen Ausrichtungen der Organisation und andererseits an dem festgestellten Bildungsbedarf. Im fachlichen Bereich wurden im Jahr 2000 zwei Schwerpunkte realisiert. Zum einen wurden bundesweit seminaristi-

sche Veranstaltungen sowie Einzel- und Gruppen-coachings für die MitarbeiterInnen und Führungskräfte im Service für Unternehmen zur Professionalisierung der Betreuungsarbeit durchgeführt. Zum anderen wurde für die BeraterInnen im Service für Arbeitsuchende ein differenziertes Programm zur Weiterentwicklung der Beratungskompetenz zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus waren bedingt durch eine neue EDV (Release) umfangreiche EDV-Schulungen durchzuführen.

Führungskräfte

Entsprechend den Anforderungen der Organisation wurde in den letzten Jahren auf die Ausbildung der Führungskräfte besonderes Augenmerk gelegt. Das Spektrum umfasste dabei neben differenzierten Angeboten zur Verbesserung des individuellen Führungsinstrumentariums jeweils besondere Schwerpunkte, von denen insbesondere die Themen „Zielsteuerung und Controlling“, „Umsetzung des Leitbildes für Führungskräfte“ und „Erfolgreiches Management von Veränderungen“ hervorzuheben sind.

Diese Schwerpunktsetzung schlug sich auch statistisch nieder: Absolvierten die Führungskräfte 1996 insgesamt rund 1.000 Ausbildungstage, so vervierfachte sich dieser Wert auf rund 4.000 Ausbildungstage im Jahr 2000. Durch gezielte Förderungsmaßnahmen ist es gelungen, die Frauenförderung im Rahmen der Führungskräfteausbildung erfolgreich umzusetzen und im Vergleich zu den Vorjahren noch weiter zu forcieren. Die weiblichen Führungskräfte absolvierten durchschnittlich 8,8 Bildungstage, die männlichen 7,2.

Der Bereich Personalausbildung wird regelmäßig systematisch bewertet und evaluiert. Zweimal wurde die neue Grundausbildung evaluiert, und 1999 wurde die erste österreichweite Bildungsbedarfserhebung durchgeführt. Die Ergebnisse der Studien lieferten wertvolle Hinweise bezüglich Anforderungen und Zufriedenheit der MitarbeiterInnen mit den bestehenden Angeboten und damit für die Weiterentwicklung und Anpassung der Aus- und Weiterbildung. Dass die Zufriedenheit bei Frauen und Führungskräften am deutlichsten aufscheint, reflektiert die inhaltlichen und mengenmäßigen Schwerpunkte der vergangenen Jahre.

Networking und Mentoring

Das Frauenförderprojekt Networking und Mentoring wurde 1999 begonnen und 2000 erfolgreich weitergeführt. Im Jahr 2000 wurden als Fortsetzung der ersten überregionalen Veranstaltung in den einzelnen Bundesländern Veranstaltungen durchgeführt.

Ziel dieser Initiative war in erster Linie eine bessere Vernetzung der Frauen im Bundesland, aber auch österreichweit. Aufbauend auf einem starken Frauennetzwerk geht es in weiterer Folge um die spezifische Förderung von Frauen durch Mentorinnen.

Führung in Teilzeit

Das Projekt wurde 2000 mit dem Ziel begonnen, Modelle zu Führung in Teilzeit im AMS zu erweitern und KollegInnen, die in Führungspositionen sind und ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, bei ihrem Vorhaben zu unterstützen. In einem Projektteam mit VertreterInnen aus verschiedenen Bundesländern wurden die Rahmenbedingungen erarbeitet. In einem nächsten Schritt wird ein Pilotprojekt mit Führungskräften, die ihre Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum reduzieren wollen, gestartet. Eine systematische Evaluierung soll Hinweise für eine flächendeckende Implementierung geben.

Noch vor der Ausgliederung, also in der Zeit der Arbeitsmarktverwaltung (AMV), befand sich die Informationstechnologie des Arbeitmarktservice (AMS) bedingt durch das Projekt AMS2000/AMS2000plus in weitreichenden Weiterentwicklungen.

Mit der Unterzeichnung des Werkvertrags AMS2000 und dem Projektstart im Jahre 1994 begann eines der größten IT-Projekte in Österreich, welches Hardware (Server, Workstations, Drucker, Netzwerk, etc.), Software-Entwicklung inklusive Migration bestehender Anwendungen, Help-Desk und Schulungen mit dem Ziel der optimalen Betreuung der Kunden des AMS umfasst.

Bereits 1995 wurde die Vollausstattung der über 4000 Standard-Arbeitsplätze mit PC und Netzdrucker und Applikationen im Client-Server-System erreicht. 1999 erfolgte die Umstellung auf das Betriebssystem Windows-NT (Office 97; Pentium-Rechner) auf etwa 5000 Workstations. Die Umstellung auf die nächste Generation bei PC und Druckern im Jahre 2001 ist schon in Vorbereitung!

Seit 1997 wird die interne Kommunikation durch E-Mail-System und Intranet unterstützt.

Für die KundInnen des AMS ist die Betonung der Selbstbedienung von größter Bedeutung. Dies betraf bis 1998 primär die Selbstbedienungsautomaten des AMS (SAMSOMAT), wovon derzeit österreichweit 270 im Einsatz sind. Mit Jänner 1998 begann der Aufbau der Selbstbedienungsplattform im Internet. Das Informationsangebot bzw. die Selbstbedienungsmöglichkeiten der AMS Homepage (<http://www.ams.or.at>) umfassen allgemeine Informationen (seit November 1996), Jobbörsen (Online-Jobsuche und e-Job-Room), Arbeitsmarktdaten, Statistik, Online-Pressestelle usw.. Der Web-Auftritt des AMS zählt mit 8,4 Millionen Page-Views zu den erfolgreichsten Internet-Adressen Österreichs.

Zu den Höhepunkten der Applikationsentwicklung gehört - zeitlich gleich nach der Einführung der grafischen Benutzeroberfläche bei bestehenden Anwendungen - der 1998 erfolgte flächendeckende Einsatz der Applikation ALV (Arbeitslosenversicherung). Über diese Applikation erfolgt die elektronische Administration von etwa neunhunderttausend Leistungsanträgen pro Jahr, 1,7 Millionen Kundendaten mit 11 Millionen Bezugsverlaufs-Zeilen sowie die Auszahlung von 40 Milliarden Schilling an Leistungsaufwand pro Jahr. Untersuchungen ergaben, dass mit dem Einsatz dieser Applikation eine Einsparung an Zeit in Höhe von rund 10% verbunden ist.

Ein weiterer wichtiger Schritt war 1998 die Einrichtung der Applikation REMO/BEMO, das ist die elektronische Unterstützung der Förderadministration für die Bereiche regionale und berufliche Mobilität. Analyse und Konstruktion der Applikation für Eingliederungsbeihilfen und Lehrstellenförderungen wurde im Jahr 2000 abgeschlossen. Der österreichweite Einsatz erfolgt im Juni 2001.

Der Abschluss der Förderapplikation, welche auch die Trägerförderungen beinhalten werden, ist für das Jahr 2002 geplant.

Der finanztechnisch-buchhalterische Aspekt wird ab Jänner 2003 mittels einer Förder-SAP-Applikation abgedeckt werden.

Neben der Selbstbedienung sind der Aufbau eines modernen Management-Informationssystemes im AMS sowie die Prozessorientierung weitere wesentliche Projekte.

Durch Einrichtung eines Data Warehouse wurden prioritäre Themen wie arbeitsmarktpolitisches Controlling, Förderbudget-Controlling sowie Unternehmensdaten abgebildet. Bis Ende 2001 ist geplant, durch Kombination von Hauptverbandsdaten mit Daten aus dem Förderbereich die Effektivität der eingesetzten Fördermittel zu messen.

Hinzuweisen ist auch auf eine problemlose Jahr-2000-Umstellung sowie die Vorbereitung auf die Euro-Umstellung 2001/2002.

Kumulierte Jahressummen EDV-Projekt 7/94 bis 2001 in Mio. ATS

1994 Istwert	1995 Istwert	1996 Istwert	1997 Istwert	1998 Istwert	1999 Istwert	2000 Istwert	2001 Planwert
223,4	654,8	647,4	531,3	601,7	705,9	620,7	631,2
223,4	878,2	1.525,6	2.056,9	2.658,6	3.364,5	3.985,2	4.616,4

Zum Zeitpunkt der Ausgliederung des Arbeitsmarktservice im Jahr 1995 setzte die Abteilung EIM mit durchschnittlich 2 Mitarbeitern im Immobilienbereich rund 2,1 Mrd. Schilling um, im Bereich Einkauf waren durchschnittlich 4 Mitarbeiter für ein Budgetvolumen von rund 1,2 Mrd. Schilling verantwortlich.

Einkauf

Im Jahr 1997 wurde nach umfangreichen Erhebungen damit begonnen, die Einsparungspotenziale, die nach einer ABC-Analyse als größte Budgetpositionen erkannt wurden, zu nutzen. Dies betraf und betrifft nachfolgende Aufwandspositionen:

- Nachrichtenaufwand („Gelbe Post“, Telekommunikationsaufwand ohne EDV-Leitungen)
- Reinigungsaufwand
- Büroaufwand

Außerdem wurden folgende Investitionspositionen optimiert:

- Telekommunikationsanlagen
- Büromöbel

Die Optimierung dieser Positionen wurde mit folgenden Maßnahmen durchgeführt:

- 1. Feststellung der optimierbaren Positionen
- 2. Bedarfserfassung und Standardisierung
- 3. Zentrale Ausschreibung
- 4. Controlling

Durch die Optimierung der Investitionspositionen „Büromöbel“ und „Telekommunikationsanlagen“ wurde eine Senkung der Kosten erreicht, die sich insofern auf die Aufwandspositionen auswirkte, als nunmehr die Büromöbel größtenteils keine Investitionsgüter (Einzelpreis über ATS 5.000,- mehr darstellen, sondern zum größten Teil den Sachaufwand als „geringwertige Wirtschaftsgüter“ (GWG=Einzelpreis < ATS 5.000,-) belasten.

Die Telefonanlagen, deren Neuanschaffung jährliche Investitionskosten von rd. ATS 3,0 bis 5,0 Mio. bedeuteten, werden künftig gemietet, was eine rasche Erneuerung des inhomogenen Anlagenparks und den Umstieg auf die neuesten verfügbaren Technologien mit sich bringt und den Sachaufwand mit rd. ATS 9,0 Mio. belastet. Die Fortführung der bisherigen Praxis hätte eine Umwälzung des gesamten Anlagenparks in rd. 42 Jahren (126 TK-Anlagen, bei einer Tauschrate von 3 Anlagen im Jahr, bei Kosten pro Anlage zwischen ATS 500.000,- und ATS 1,5 Mio.) oder eine erhebliche Mehrbelastung des Investitionsbudgets bedeutet.

Durch die getroffenen Maßnahmen konnte eine Senkung des Aufwandes von rd. ATS 157,7 Mio. im Jahr 1995 auf rd. ATS 132,1 Mio. im Jahr 2001 (Prognose) trotz Steigerung der Qualität, der allgemeinen Preisstruktur (Inflation) und der Flächen (im Speziellen bei der Reinigung) erzielt werden.

Immobilien

Von 1995 bis 2000 wurden 41 Immobilienvorhaben (Neu-, Zu-, Umbau bzw. Neuanmietungen oder Objektverkäufe) abgeschlossen und 6 noch in Bau befindliche Projekte sowie 7 weitere noch umzusetzende Verträge abgewickelt.

In diesen Zahlen sind die 101 Projekte, die im Rahmen des 3-Zonen-Konzeptes umzusetzen sind, noch nicht enthalten.

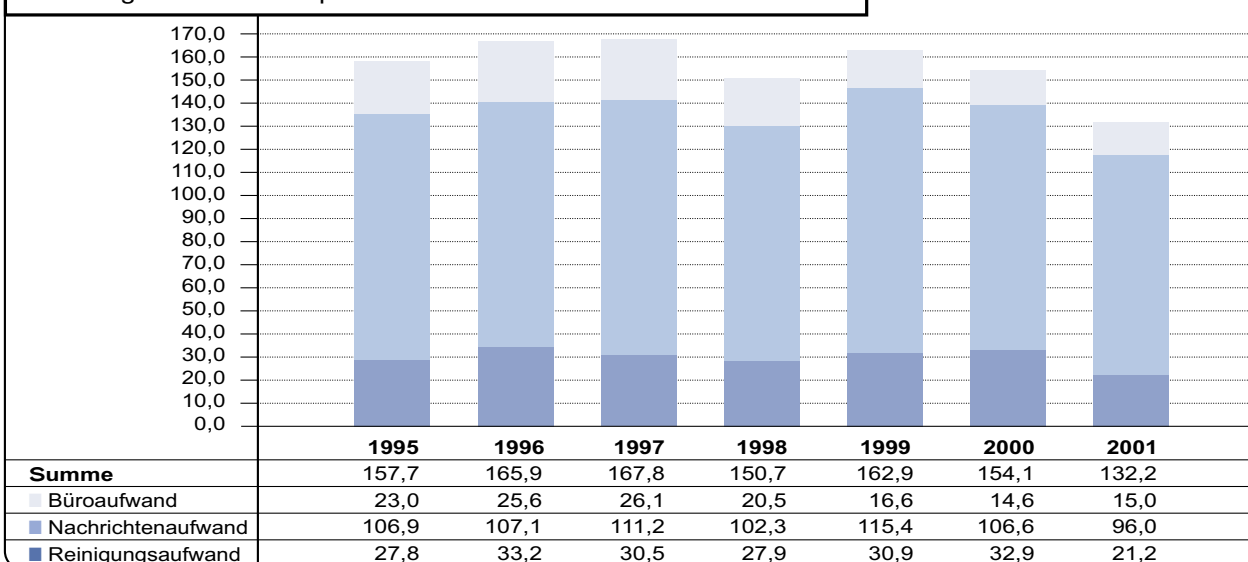
Umgesetzte Bauprojekte

Jahr	Fertiggestellte Gebäude	Umgesetzte Investitionskosten in Tsd. ATS
1995	14.762 m ²	121.498
1996	18.800 m ²	127.005
1997	11.950 m ²	97.951
1998	4.693 m ²	71.245
1999	15.383 m ²	64.680
2000	1.490 m ²	96.708
Summe	67.078 m²	589.087

Umgesetzte Bauprojekte

Geschäftsstelle	Fläche	Anmerkung
RGS Linz, Bulgariplatz	9.109 m ²	Fertigstellung 2003 geplant
LGS Kärnten und RGS Klagenfurt	8.339 m ²	Nachverhandelte Mietreduktion rd. 110,0 Mio. ATS auf Vertragslaufzeit
Objekt Adolf Czettel Gasse	4.321 m ²	1999 bezogen
Objekt Schloßhofer Straße	4.013 m ²	1999 bezogen
Objekt Redergasse	4.250 m ²	Vertragsabschluss 2000

Wichtige Aufwandspostitionen 1995-2000 in Mio. ATS



FINANZEN

Nach der erfolgten Ausgliederung des Arbeitsmarktservice wurde von der Finanzabteilung vor allem die Implementierung einer Rechnungswesensoftware vorangetrieben. Nach der Grundsatzentscheidung für SAP/R3 im Jahre 1997 konnte nach relativ kurzer Implementierungsarbeit mit 1.1.1998 der Produktivbetrieb aufgenommen werden.

Folgende Gründe waren für die Entscheidung maßgebend:

- Notwendigkeit zur Erstellung von Jahresabschlüssen nach den Grundprinzipien der Doppik
- Implementierung einer Kostenrechnung für das AMS
- Darstellung der Ein- und Auszahlungsströme gem. AMSG
- Integriertes Modell einer Buchhaltungssoftware unter besonderer Berücksichtigung der Zukunftssicherheit und Weiterentwicklung

Derzeit werden folgende Module verwendet:

- Finanzbuchhaltung
- Kostenrechnung
- Materialwirtschaft
- Anlagenbuchhaltung
- Finanzbudgetmanagement

Für die Zukunft wird die kontinuierliche Weiterentwicklung bereits eingesetzter Module und die Abbildung der Förderungen sowie des längerfristigen Planes angestrebt.

1995	Aufbau der Finanzabteilungen in den LGS und der BGS	●
1995/1996	Schulung aller MitarbeiterInnen des Finanzbereichs auf doppelte Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung	●
1995	Erstellung der AMS-Eröffnungsbilanz und Erarbeitung einer Finanzordnung des AMS	●
1996	EU-Ausschreibung für Software und Implementierung des AMS-Rechenwesens	●
1997	Implementierung von SAP R/3 in das AMS-Rechenwesen	●
1.1.1998	Produktivstart des AMS-Rechenwesens mit den SAP R/3-Modulen FI, CO, MM, AM und HM	●
1998	Entwicklung und Einführung des Kostencontrollings als Vollkostenrechnung	●
1999	Entwicklung und Einführung AMS-Index als Effizienz-Kennzahl der AMS Leistungserbringung	●
2000	Start des mehrstufigen Kosten-Controllingprozesses im AMS mit Einbeziehung aller AMS-Teilorganisationen	●
2001	Umstellung des Rechenwesens auf EURO rückwirkend zum 1.1.2001	●
2001	Implementierung des Längerfristigen Plans in SAP R/3	◀
2001/2002	Entwicklung eines Rechenwesens für Beihilfen auf Basis von SAP R/3	◀
2001 ff	Nach Neustrukturierung des AMS: Entwicklung einer Prozess-Normkostenrechnung	◀

● erledigt ◀ in Planung

ÜBERTRAGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 42 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die finanziellen Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG), dem Sonderunterstützungsgesetz (SUG), dem Karenzurlaubsgesetz (KUG) und dem Karenzgeldgesetz (KGG) im Namen und auf Rechnung des Bundes.

Gebarung Arbeitsmarktpolitik 2000

Gemäß § 46 AMSG i. V. mit § 42 Abs 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die folgenden Daten für den Rechnungsabschluss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt (Genehmigung des BMWA zum Zeitpunkt der Drucklegung noch offen):

Einnahmen-Ausgaben-Gegenüberstellung

Ausgaben 2000

in Mio. ATS	Bundesfinanz- gesetz 2000	Erfolg 2000	Diff. gg. BFG
Ämter des AMS	745,854	730,799	-15,055
AMP-Maßnahmen / Förderungen	7.487,000	7.206,140	-280,860
Sonderunterstützung	873,000	819,080	-53,920
Wiedereinstellungsbeihilfe	20,000	15,924	-4,076
Leistungen nach dem AIVG	38.257,933	37.215,091	-1.042,842
<i>Arbeitslosengeld incl. PV, KV, KSG</i>	18.452,330	18.479,406	
<i>Notstandshilfe incl. PV, KV</i>	11.595,870	10.945,643	
<i>Sondernotstandshilfe incl. KV</i>	774,410	546,822	
<i>Karenzurlaub und Teilz.beih. incl. KV</i>	7.090,793	6.861,770	
<i>Bildungskarenz und Solidaritätsprämie</i>	210,020	270,049	
<i>Altersteilzeitgeld</i>	100,900	86,155	
<i>UV-Beiträge (Stiftung, Schulung)</i>	22,560	17,858	
<i>ALG/EWR-Abkommen</i>	11,050	7,388	
Zahlung gem. § 6 (8) AMPFG	8.000,000	8.000,000	0,000
Überweisung a.d.AMS-Annuitäten	0,001	0,000	-0,001
Verwaltungskosten AMS	2.837,002	2.690,000	-147,002
Einhebungsvergütung	335,000	336,600	1,600
Beitrag des AMS zur SWE	70,000	30,000	-40,000
Zwischensumme	58.625,790	57.043,634	-1.582,156
Überweisung an AMS-Überschuss	0,001	1.757,592	1.757,591
Summe	58.625,791	58.801,226	175,435

we iters:*

Förderungen und Aufwendungen ESF	935,732
Förderungen NAP	169,800
Summe AMP (sh. oben)	7.206,140
Summe Arbeitsmarktförderung:	8.311,672
hievon BMAGS:	236,092
AMS:	8.075,580

* Die ESF- und NAP-Ausgaben sind nicht Gegenstand der Zweckgebundenen Gebarung.

Einnahmen 2000			
in Mio. ATS	Bundesfinanz- gesetz 2000	Erfolg 2000	Diff. gg. BFG
Arbeitsmarktservice	1,364	0,422	-0,942
AMP-Maßnahmen	37,400	22,823	-14,577
Überweisung zur AMP (EU)	55,000	38,605	-16,395
Überweisung FLAF	4.878,736	4.878,736	0,000
AIV-Beiträge	50.901,139	51.138,408	237,269
<i>AIV-Beiträge incl. BMLV und Sicherungsbeiträge</i>	<i>50.812,509</i>	<i>51.029,028</i>	
<i>Rückersätze AIV-Abkommen (Grenzgänger)</i>	<i>87,000</i>	<i>99,769</i>	
<i>Erstattungen EWR-Vertrag</i>	<i>1,630</i>	<i>9,611</i>	
Beitrag der Gemeinden zur SNH	227,150	187,716	-39,434
sonstige Einnahmen	25,000	34,516	9,516
Bundesbeitrag zur AMP	2.500,000	2.500,000	0,000
Bundesbeitrag (Abgang)	0,001	0,000	-0,001
Zwischensumme	58.625,790	58.801,226	175,436
Überw. v. AMS-Abgangsdeckung	0,001	0,000	-0,001
Summe	58.625,791	58.801,226	175,435

ALG = Arbeitslosengeld
 AMP = Arbeitsmarktpolitik
 AMPFG = Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz
 BFG = Bundesfinanzgesetz, Bundesvoranschlag für das Jahr 2000
 BK = Bildungskarenz
 ESF = Europäischer Sozialfonds
 FLAF = Familienlastenausgleichsfonds
 KSG = Krankenscheinegebühren
 KV = Krankenversicherung
 PV = Pensionsversicherung
 SNH = Sondernotstandshilfe
 SWE = Schlechtwetterentschädigung
 UV = Unfallversicherung

EIGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 41 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die Personal- und Sachausgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Bilanz per 31. Dezember 2000

Gemäß § 45 Abs 1 wurde der vorliegende Jahresabschluss vom Verwaltungsrat genehmigt und gemäß § 45 Abs 2 dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zur Genehmigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen übermittelt.

Bilanz zum 31. Dezember 2000
mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen.

Aktiva	31.12.2000 ATS	31.12.1999 Mio ATS
A. Anlagevermögen	1.417.472.993,65	1.508,0
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	304.786.842,88	306,5
1. Rechte	233.029.564,00	209,5
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	71.757.278,88	97,0
<i>II. Sachanlagen</i>	962.698.880,77	1.051,5
1. Grundstücke und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	869.424.528,00	918,6
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	60.140.214,00	118,2
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	33.134.138,77	14,7
<i>III. Finanzanlagen</i>	149.987.270,00	150,0
Wertpapiere des Anlagevermögens	149.987.270,00	150,0
B. Umlaufvermögen	1.806.565.456,62	421,0
<i>I. Vorräte</i>	1.414.684,00	1,4
Hilfs- und Betriebsstoffe		
<i>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</i>	1.671.059.642,40	374,7
1. Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG	335.085.980,30	188,3
2. Forderungen an den Bund gemäß § 1 Abs 2 Z 13 iVm § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142	1.267.124.402,23	0,0
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	68.849.259,87	186,4
<i>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</i>	134.091.130,22	44,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23.833.817,26	34,7
	3.247.872.267,53	1.963,7

Passiva	31.12.2000 ATS	31.12.1999 Mio ATS
A. Eigenkapital	2.673.416.173,40	1.570,1
<i>I. Kapitalrücklagen</i>	996.638.193,69	996,6
<i>II. Gewinnrücklagen</i>	1.676.777.979,71	573,5
1. Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMMSG aF	0,00	286,6
2. Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 AMMSG idF BGBl I 2000/142	1.602.434.537,95	0,0
3. andere (freie) Gewinnrücklagen	74.343.441,76	286,9
B. Zuschüsse zum Anlagevermögen seitens EURES	399.865,72	0,8
C. Rückstellungen	423.952.596,48	283,4
1. Rückstellungen für Abfertigungen	251.029.284,30	153,7
2. sonstige Rückstellungen	172.923.312,18	129,7
D. Verbindlichkeiten	150.096.060,83	109,3
1. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund aus der Übertragung von Haftungsübernahmen gemäß § 27 a Abs 8 AMFG idF BGBl I 2000/142	35.000.000,00	0,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	58.633.813,99	58,3
3. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern: ATS 12.125.559,62; davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: ATS 35.633.585,58)	56.462.246,84	51,0
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.571,10	0,0
	3.247.872.267,53	1.963,7

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2000

	2000 ATS	1999 Mio. ATS
1. Aufwandsersätze des Bundes	2.897.235.415,18	2.662,4
a) Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMMSG	2.750.467.844,88	2.637,1
b) Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs 1 AMMSG	146.767.570,30	25,3
2. Überweisungen des Bundes		
gem § 1 Abs 2 Z 13 iVm § 6 Abs / AMPFG idF	1.267.124.402,23	0,0
a) Überweisung des Bundes vom 25.01.2001	1.757.592.247,11	0,0
b) davon Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMMSG	-60.467.844,88	0,0
c) vom AMS gemäß § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142 dem Bund geschuldeter Betrag	-430.000.000,00	0,0
3. Sonstige betriebliche Erträge	69.618.522,34	70,6
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen	797.244,00	3,3
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	786.305,62	0,1
c) Übrige	68.034.972,72	67,2
4. Personalaufwand	-1.620.972.964,28	-1.406,8
a) Löhne, Gehälter, Zulagen	-1.198.277.696,75	-1.081,7
b) Aufwendungen für Abfertigungen	-102.225.256,55	- 22,3
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-290.307.411,44	-274,6
d) Sonstige Sozialaufwendungen	-30.162.599,54	-28,2
5. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-221.160.781,86	-196,5
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.267.065.460,74	-1.235,9
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-143.761,85	-2,4
b) Übrige	1.266.921.698,89	-1.233,5
7. Aufwand aus der Übertragung von Haftungsüber- nahmen an den Bund gem § 27a Abs 8 AMFG iVm § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142	-37.031.060,35	0,0
8. Betriebserfolg	1.087.748.072,52	-106,3
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	5.549.528,98	4,5
10. Zinsenerträge	14.591.056,04	9,3
11. Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren des Umlaufvermögens	0,00	2,1
12. Zinsenaufwendungen	-2.228,72	0,0
13. F i n a n z e r f o l g	20.138.356,30	15,9
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.107.886.428,82	-90,4
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.001.506,01	-3,6
16. J a h r e s ü b e r s c h u ß	1.102.884.922,81	-94,0
17. Auflösung der Zuschüsse zum Anlagevermögen seitens EURES	422.783,28	0,4
18. Auflösung der Haftungsrücklage gem § 50 Abs 2 AMMSG aF	286.576.053,61	5,2
19. Auflösung der Arbeitsmarktrücklage gem § 51 AMMSG idF BGBl I 2000/142	0,00	25,2
20. Auflösung von anderen (freien) Gewinnrücklagen	212.550.778,25	115,0
21. Zuweisung der Haftungsrücklage gem § 50 Abs 2 AMMSG aF	0,00	-26,6
22. Zuweisung der Arbeitsmarktrücklage gem § 50 AMMSG idF BGBl I 2000/142	-1.602.434.537,95	-51,8
23. B i l a n z g e w i n n	0,00	0,0

**ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS
ZUM 31. DEZEMBER 2000
(VERÖFFENTLICHTE FASSUNG)**

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Jahresabschluss des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH zum 31. Dezember 2000 wurde - gemäß der Norm des § 45 Abs 1 iVm § 47 Abs 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) - nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches erstellt. Dabei wurde insbesondere auf die Bestimmungen der Art 37 bis 39 des Bundesgesetzes vom 29. Dezember 2000, BGBl I 2000/142 Bedacht genommen; diese Normen traten mit 1. Jänner 2001 in Kraft und wurden schon bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2000, die im Zeitraum von Jänner bis März 2001 erfolgte, bereits berücksichtigt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die planmäßige Abschreibung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt linear über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren, die der Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, über einen Zeitraum von fünf bis fünfzig Jahren. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden in Höhe von ATS 34.404.558,00 vorgenommen. Bei der Bewertung der Liegenschaft in 1010 Wien, Weihburggasse 30, wurde auf ein minimales Restrisiko gemäß dem Entschädigungsfondsgesetz /BGBl I 2001/12) Bedacht genommen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Eine dauernde Wertminderung, die eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machen würde, liegt nicht vor.

Vorräte

Die Vorräte wurden gemäß § 209 Abs 1 HGB mit einem Festwert angesetzt, weil sie regelmäßig ersetzt werden und ihr Gesamtwert von untergeordneter Bedeutung ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Erkennbare Risiken wurden durch individuelle Abwertungen berücksichtigt; dies war jedoch ausschließlich im Bereich des Postens sonstige Forderungen mit geringfügigen Beträgen erforderlich.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung eines Diskontierungszinssatzes von 3,5% ermittelt. Die Berechnungsmethode hinsichtlich dieser beiden Rückstellungen wurde anlässlich der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2000 insofern gegenüber dem Vorjahr geändert, als in der Vergangenheit erfolgte Übertritte von Mitarbeitern, insbesondere zwischen einzelnen Teilorganisationen des AMS, bei der Ermittlung der der Rückstellungsberechnung zugrundegelegten Eintrittsdaten infolge nunmehriger Verfügbarkeit der entsprechenden Informationen erstmals Berücksichtigung finden konnten. Dadurch haben sich die Abfertigungsrückstellungen um rund 70 Mio ATS und die Jubiläumsgeldrückstellungen um rund 40 Mio ATS erhöht, was erfolgsneutral zu einer gegengleichen Erhöhung der Forderungen an den Bund gem. § 49 Abs 1 AMSG geführt hat.

Die sonstigen Rückstellungen wurden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsprinzip in Höhe des voraussichtlichen Anfalles gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht bewertet.

Fremdwährungsbewertung

Forderungen in Fremdwährung wurden zum Geldkurs des Entstehungstages oder zum niedrigeren Geldkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden zum Briefkurs des Bilanzstichtages bewertet, sofern dieser über dem Buchkurs liegt.

III. AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Angabe der Restlaufzeiten

Der Gesamtbetrag der Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMStG in Höhe von

ATS 335.085.980,30 hat eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Forderungen weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf und sind somit kurzfristiger Natur.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten hat ein Teilbetrag in Höhe von ATS 81.857,23 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Alle anderen Verbindlichkeiten weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf.

Angaben gemäß § 225 Abs 3 und § 225 Abs 6 HGB

Unter dem Posten „Sonstige Forderungen“ enthaltene Erträge, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, betreffen insbesondere eine Forderung an den Bund gemäß § 41 Abs 2 AMStG mit einem Betrag von ATS 60.467.844,88.

Unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind als Aufwendungen, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden, insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge und Lohnabgaben für den Monat Dezember 2000 mit einem Betrag von ATS 47.741.141,48, sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern mit einem Betrag von ATS 3.945.432,40 enthalten.

Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2000

	Anschaffungskosten am 1.1.2000 ATS	Zugänge ATS	Umbuchungen ATS	Abgänge ATS
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Rechte	342.236.038,60	36.624.549,39	45.066.260,51	169.757,86
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	96.952.205,90	19.871.333,49	-45.066.260,51	0,00
	439.188.244,50	56.495.882,88	0,00	169.757,86
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	1.139.909.488,19	28.065.413,58	9.305.669,10	6.965.175,73
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	436.101.384,08	21.372.047,24	1.642.938,47	16.874.891,79
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	14.675.984,63	30.223.386,91	-10.948.607,57	816.625,20
	1.590.686.856,90	79.660.847,73	0,00	24.656.692,72
III. Finanzanlagen				
Wertpapiere des Anlagevermögens	149.987.270,00	0,00	0,00	0,00
	149.987.270,00	0,00	0,00	0,00
	2.179.862.371,40	136.156.730,61	0,00	24.826.450,58

Angaben gemäß § 237 Z 8 HGB

Der Betrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des folgenden Geschäftsjahres beläuft sich auf ATS 883.984.000,00, der entsprechende Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre auf ATS 4.419.920.000,00.

Erläuterung des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AM SG“

Bei diesem Posten handelt es sich um den aufgrund eines Sonderbewertungsrechts als Forderung zu aktivierenden Betrag, der den passivseitig ausgewiesenen Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen entspricht und den der Bund dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH nach Maßgabe des Fälligwerdens der diesen Rückstellungen entsprechenden Ausgaben zu ersetzen verpflichtet ist.

Erläuterungen des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 1 Abs 2 Z 13 iVm § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142“

Nach § 6 Abs 5 AMPFG idF BGBl I 2000/142 hat der Bund an das AMS Überweisungen gemäß § 1 Abs 2 Z 13 leg cit in einer solchen Höhe zu leisten, in der in einem Geschäftsjahr die Einnahmen der Gebarung Arbeitsmarktpolitik die Ausgaben übersteigen. Dieser Übersteigensbetrag, der auch bereits im Februar 2001 vom Bund an das AMS überwiesen wurde, belief sich unter Bedachtnahme auf das Erfordernis der Abgeltung der Personal- und Sachausgaben des AMS gemäß § 41 Abs 2 AM SG (vgl § 1 Abs 2 Z 1 AMPFG idF BGBl I 2000/142) auf den hier ausgewiesenen Forderungsbetrag, wobei die dagegen gemäß § 1438 ABGB aufrechenbare, vom AMS im Jahre 2001 aus dem in Rede stehenden Überschuss an den Bund gemäß § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142 durchgeführte Rücküberweisung eines Betrages von ATS 430.000.000 für Zwecke der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung in Abzug gebracht wurde.

Anschaffungskosten am 31.12.2000 ATS	kumulierte Abschreibungen ATS	Buchwert am am 31.12.2000 ATS	Buchwert am am 31.12.1999 ATS	Abschreibungen des GJ ATS
423.757.090,64	190.727.526,64	233.029.564,00	209.554.648,00	58.168.759,90
71.757.278,88	0,00	71.757.278,88	96.952.205,90	0,00
495.514.369,52	190.727.526,64	304.786.842,88	306.506.853,90	58.168.759,90
1.170.315.395,14	300.890.867,14	869.424.528,00*	918.577.645,57	82.274.887,25**
442.241.478,00	382.101.264,00	60.140.214,00	118.156.932,00	80.717.134,71
33.134.138,77	0,00	33.134.138,77	14.675.984,63	0,00
1.645.691.011,91	682.992.131,14	962.698.880,77	1.051.410.562,20	162.992.021,96
149.987.270,00	0,00	149.987.270,00	149.987.270,00	0,00
149.987.270,00	0,00	149.987.270,00	149.987.270,00	0,00
2.291.192.651,43	873.719.657,78	1.417.472.993,65	1.507.904.686,10	221.160.781,86

* darin beinhaltet ATS 189.548.293,00 Grundwert

** davon außerplanmäßige Abschreibungen ATS 34.404.558,00

Aufgliederung und Erläuterung des Postens „sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände“

Vom Bund noch zu leistender Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMSG	ATS 60.467.844,88
Geleistete Anzahlungen	ATS 4.391.263,24
Zinsenabgrenzungen	
Veranlagungen	ATS 2.136.188,41
Debitorische Kreditoren	ATS 1.282.493,08
Andere	ATS 571.470,26
Gesamt	ATS 68.849.259,87

Der vom Bund noch zu leistende Ausgabenersatz gemäß § 41 Abs 2 AMSG in Höhe von ATS 60.467.844,88 betrifft seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit für im Jahre 2000 aufwandswirksam gewordene Ausgaben gemäß § 1 Abs 2 Z 1 AMPFG idF BGBl I 2000/142 zu tätige Überweisungen, die zwischenzeitlich im Jahre 2001 unter Anrechnung auf den Überschuss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik gemäß § 1 Abs 2 Z 13 iVm § 6 Abs 5 AMPFG idF BGBl I 2000/142 bereits erfolgt sind.

Erläuterung des Postens „Kapitalrücklagen“

Dieser Posten ergibt sich als Summe aus dem negativen Gründungskapital gemäß der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1995 in Höhe von ATS 353.361.806,31 und der als Quasi-Gesellschaftereinlage zu qualifizierenden Verpflichtung des Bundes gemäß § 48 Abs 6 AMSG, dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH das Kapital eines von diesem im Geschäftsjahr 1995 zum Ausgleich der Gebarung Arbeitsmarktpolitik 1994 gemäß § 48 Abs 1 Z 1 AMSG aufgenommenen Kredits im Betrag von ATS 1.350.000.000,00 zu ersetzen.

Erläuterung des Postens „Gewinnrücklagen“

Gemäß § 47 Abs 1 AMSG sind allfällige Gewinne aufgrund des Jahresabschlusses des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH einer Rücklage zuzuführen.
Aufgrund des Entfallens der die sogenannte Haftungsrücklage betreffenden Norm des § 50

Abs 2 AMSG aF durch BGBl I 2000/142 wurde der Gesamtbetrag der zum 31. Dezember 1999 zu Buche stehenden Haftungsrücklage aufgelöst und deshalb der Arbeitsmarktrücklage zugeführt, weil die Haftungsrücklage nach der zitierten Bestimmung des § 50 Abs 2 AMSG aF als innerhalb der Arbeitsmarktrücklage bestehende zweckgebundene Rücklage für Haftungsübernahmen gewidmet war.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktrücklage bestimmt § 50 Abs 1 AMSG idF BGBl I 2000/142, dass das durch Überweisungen des Bundes gemäß § 1 Abs 2 Z 13 AMPFG idF leg cit entstehende Vermögen durch Bildung der Arbeitsmarktrücklage zu binden ist.

Weiters sind nach § 52 AMSG dem AMS nach bestimmten gesetzlichen Bestimmungen zufließende Strafeinnahmen ebenfalls der Arbeitsmarktrücklage zuzuführen, sodass sich deren Dotierungsbetrag im Geschäftsjahr 2000 wie folgt zusammensetzt:

**Überschuss der Gebarung Arbeitsmarktpolitik
gem § 1 Abs 2 Z 13 AMPFG idF BGBl I 2000/142**

a. Überweisungen des Bundes vom 25. Jänner 2001	ATS	1.757.592.247,11	
b. davon als Ausgabenersatz gem § 41 Abs 2 AMMSG	ATS	- 60.467.844,88	
c. vom AMS gem § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142 dem Bund geschuldeter Betrag	ATS	- 430.000.000,00	ATS 1.267.124.402,23
Zuweisung des durch Auflösung der Haftungs- rücklage iSv § 50 Abs 2 aF AMMSG frei werdenden Betrages			ATS 286.576.053,61
Strafeinnahmen gemäß § 52 AMMSG			ATS 48.734.082,11
			ATS 1.602.434.537,95

Während § 51 AMMSG aF die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage bis zu gewissen gesetzlich definierten Höchstbeträgen und für bestimmte gesetzlich klar umschriebene Zwecke der Disposition des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH überließ, bestimmt § 51 AMMSG idF BGBl I 2000/142, dass die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung von Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 29 AMMSG zur erfolgen hat: Das ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH ist bei der Erstellung seines vorliegenden Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2000 von der Prämisse ausgegangen, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit die Auflösung der Arbeitsmarktrücklage nicht für den in § 42 AMMSG umschriebenen Wirkungsbereich (Bedeckung der Ausgaben für finanzielle Leistungen im Namen und auf Rechnung des Bundes) beauftragen wird. Sollte sich diese Prämisse in Zukunft als unzutreffend erweisen, so könnten sich daraus weitreichende Konsequenzen für die Vermögens- und Finanzlage des ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH ergeben.

Ablauf des 31. Dezember 2000 auf den Bund übergehen. Dieser Übergang von Haftungsübernahmen wurde im Jahresabschluß des AMS zum 31. Dezember 2000 bereits berücksichtigt, und zwar insbesondere dadurch, dass die aus den in Rede stehenden Haftungsübernahmen dem AMS zustehenden Regressforderungen, die mit insgesamt ATS 2.031.060,35 (Nominalbetrag ATS 47.969.773,03 abzüglich Wertberichtigung ATS 45.938.712,68) zu Buche standen, aufwandswirksam ausgebucht wurden (was sich im Posten Aufwand aus der Übertragung von Haftungsübernahmen an den Bund gemäß § 27 a Abs 8 AMFG idF § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142 der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2000 niederschlägt). Daher wurde auch auf den (erfolgsmäßig gleichfalls im zitierten Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigenden) Umstand Bedacht genommen, dass § 6 Abs 7 AMPFG idF BGBl I 2000/142 bestimmt, dass das AMS an den Bund für die in Rede stehende Übertragung von Haftungsübernahmen im Jahre 2001 eine Zahlung in Höhe von ATS 35.000.000,00 zu leisten hatte und zwischenzeitlich auch geleistet hat.

**Erläuterung des Postens
„Verbindlichkeiten gegenüber dem
Bund aus der Übertragung von
Haftungsübernahmen gem § 27 a
Abs 8 AMFG idF BGBl I 2000/142“**

§ 27 a Abs 8 letzter Satz AMFG idF BGBl I 2000/142 bestimmt, dass zu Lasten der Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMMSG aF eingegangene Haftungsübernahmen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten mit

**Erläuterung der Ausgaben- und
Aufwandersatz des Bundes**

Nach § 41 Abs 2 AMMSG hat der Bund dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH die im Rahmen seines Eigenen Wirkungsbereichs anfallenden Personal- und Sachausgaben zu ersetzen, wofür in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2000 ein Ertragsposten in Höhe von ATS 2.750.467.844,88 in Ansatz gebracht wird.

Der Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs 1 AMSG in Höhe von ATS 146.767.570,30 betrifft die im Geschäftsjahr 2000 eingetretene Erhöhung der Verpflichtung des Bundes, dem ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH im Zeitpunkt des Fälligwerdens diejenigen Ausgaben für Abfertigungs- und Jubiläumsgeldzahlungen zu ersetzen, für die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 entsprechende Rückstellungen passiviert sind.

Erläuterung des Postens „übrige sonstige betriebliche Erträge“

In diesem Posten sind insbesondere mit einem Betrag von ATS 48.734.082,11 vom ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH gemäß § 52 AMSG vereinnahmte Geldstrafen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und dem Ausländerbeschäftigungsgesetz beinhaltet. Diese Erträge waren nach der zitierten Gesetzesbestimmung der Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMSG zuzuführen. Weiters sind hier mit einem Betrag von ATS 8.768.330,54 Kostenbeiträge der Europäischen Union für EURES-Projekte erfasst.

Erläuterung des Postens "Steuern vom Einkommen und vom Ertrag"

Unter diesem Posten ist ausschließlich die vom ARBEITSMARKTSERVICE ÖSTERREICH entrichtete Kapitalertragsteuer erfasst.

IV. ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Nach Inkrafttreten des Kollektivvertrages gemäß § 44 Abs 2 AMSG am 1. Juli 1995 waren im Geschäftsjahr 2000 durchschnittlich 2.748 Arbeitnehmer (Vollbeschäftigungsäquivalent) als Kollektivvertragsbedienstete des AMS beschäftigt (1999: 2.702 Arbeitnehmer/ Vollbeschäftigungsäquivalent).

Als Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats waren im Geschäftsjahr 2000 tätig:

Vorstand:

- Dr. Herbert BUCHINGER (Vorsitzender)
- Mag. Herbert BÖHM

Verwaltungsrat:

- Sektionschef Dr. Günther STEINBACH (Vorsitzender)
- Dr. Wolfgang TRITREMEL (Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Mag. Georg ZINIEL (Stellvertreter des Vorsitzenden)
- Mag. Bernhard ACHITZ
- Mag. Michael FÖRSCHNER (bis 30. Juni 2000)
- Mag. Richard GAUSS (ab 1. Juli 2000)
- Oberrevidentin Susanna KAMELLOR (bis 30. Juni 2000)
- Rudolf KASKE
- Prof. Ing. Peter KOTAUCZEK
- Hofrat Mag. Peter LINDER (Arbeitnehmervertreter)
- Dr. Fritz MIKLAU
- Ministerialrat Dr. Karl MUHR (bis 30. Juni 2000)
- Dr. Arnold PREGERNIG (ab 1. Juli 2000).

Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein Stellvertreter bestellt.

Die Dotation der Abfertigungsrückstellung und die Abfertigungszahlungen des Geschäftsjahres 2000 betragen ATS 102.225.256,55; Aufwendungen für Pensionen sind nicht angefallen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Geschäftsjahr 2000 Kostenersätze im Gesamtbetrag von ATS 150.617,21 erhalten; die Angabe der Vorstandsbezüge unterbleibt gemäß § 241 Abs 4 HGB.

Wien, am 22. März 2001



Dr. Herbert Buchinger
Vorstandsvorsitzender



Mag. Herbert Böhm
Mitglied des Vorstands

BESTÄTIGUNGSVERMERK



Wir haben den vom Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Bestimmungen erstellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 geprüft und dabei die in Österreich berufsüblichen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen beachtet. Nach Abschluss unserer Prüfung erteilen wir dem ungekürzten, deutschsprachigen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 des Arbeitsmarktservice Österreich den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk gemäß § 274 Abs 1 HGB:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Arbeitsmarktservice Österreich“.

Wien, am 11. April 2001



KPMG Austria
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-GmbH


Mag. Wilhelm Kovsky

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

ORGANISATION

Das AMS Österreich ist in eine Bundes-, neun Landes- und 96 Regionalorganisationen gegliedert: Bundesgeschäftsstelle, Landesgeschäftsstellen und Regionale Geschäftsstellen. Weiters gibt es noch 13 Zweigstellen, 9 Job Centers (in Wien) und 52 BerufsInfoZentren.

Auf all diesen Ebenen werden die Sozialpartner miteinbezogen und wirken im Verwaltungsrat, in den Landesdirektorien und in den Regionalbeiräten maßgeblich an der Willensbildung mit.

DIE ORGANE

(Stand: 12/00)

Bundesorganisation des AMS

VERWALTUNGSRAT

PRÄSIDIUM:

Vorsitzender:

SC Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Stellvertreter:

Mag. Georg Ziniel,

Bundesarbeitskammer

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

MITGLIEDER

REGIERUNGSVERTRETER/INNEN:

SC Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Michael Förschner

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Arnold Pregernig ab 7/2000

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Karl Muhr

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Richard Gauss ab 7/2000

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN:

Mag. Bernhard Achitz

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Rudolf Kaske

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Mag. Georg Ziniel, *Bundesarbeitskammer*

ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Prof. Ing. Peter Kotauczek

Fa. Beko Ing. P. Kotauczek Ges.m.b.H.

Dr. Fritz Miklau

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETER/INNEN DES ZENTRALBETRIEBSRATES:

Mag. Peter Linder, *LGS Steiermark*

Heinz Rammel, *Bundesgeschäftsstelle*

Susanna Kamellor, *LGS Wien*

Ingrid Weixlberger ab 7/2000, *RGS Steyr*

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER

REGIERUNGSVERTRETER/INNEN:

Mag. Doris Landauer

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Josef Horvath

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Walter Sitek ab 7/2000

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Richard Gauss

Bundesministerium für Finanzen

Dr. Karl Muhr ab 7/2000

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN:

Elisabeth Rolzhauser

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Renate Dittmar

Gewerkschaft d. Chemiearbeiter

Mag. Gabriele Schmid ab 7/2000

Bundesarbeitskammer

Dr. Gernot Mitter

Bundesarbeitskammer

ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN:

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Johannes Kopf ab 2/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Josef Singer

Dr. Dietmar Strimitzer

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETER/INNEN DES

ZENTRALBETRIEBSRATES:

Georg Pirker, *RGS Klagenfurt*
Hansjörg Steinlechner, *RGS Kufstein*
Angelika Ettenauer ab 7/2000, *RGS Krems*
Ingrid Weixlberger, *RGS Steyr*
Susanna Kamellor ab 7/2000, *LGS Wien*

VORSTAND

VORSTANDSVORSITZENDER:

Dr. Herbert Buchinger

MITGLIED DES VORSTANDS:

Mag. Herbert Böhm

**STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES
VERWALTUNGSRATS**

AUSLÄNDERAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Ingrid Nowotny (Vorsitzende)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Mag. Maria Kaun
Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Christoph Kainz
Wirtschaftskammer Österreich
Mag. Wolfgang Pfabigan
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Dr. Johannes Kopf ab 2/2000
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Dr. Peter Hübner
*Obmännerkonferenz der Arbeitgeberverbände
der Land- und Forstwirtschaft*
Mag. Kai Axel Biehl
Bundesarbeitskammer
Josef Wallner
Bundesarbeitskammer
Mag. Franz Friehs
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Mag. Herbert Aufner
Gewerkschaft Bau-Holz

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Hermann Deutsch (Stv. Vors.)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Wolfgang Adametz
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Friedrich Noszek

*Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern
Österreichs*

Mag. Georg Ziniel, *Bundesarbeitskammer*

Mag. Walter Gagawczuk

Bundesarbeitskammer

Mag. Bernhard Achitz

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Gerhard Scheibz

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

FÖRDERUNGS-AUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Walter Sitek (Vorsitzender)

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Fritz Miklau

Wirtschaftskammer Österreich

Rudolf Kaske

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst

Dr. Gernot Mitter ab 7/2000

Bundesarbeitskammer

Dr. Karl Muhr

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Gabriela Offner ab 7/2000

Bundesministerium für Finanzen

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Michael Förchner (Stv. Vors.)

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Johannes Kopf ab 2/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Gernot Mitter bis 6/2000

Bundesarbeitskammer

Renate Dittmar

Gewerkschaft der Chemiearbeiter

Elisabeth Rolzhauser ab 7/2000

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Gabriela Offner bis 6/2000

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Gerlinde Loibner

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Richard Gauss,

Bundesministerium für Finanzen

FORSCHUNGS-AUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Christian Operschall (Vorsitzender)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Alfred Duschanek
Wirtschaftskammer Österreich

Gerhard Prager bis 5/2000
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Gabriele Schmid ab 7/2000
Bundesarbeitskammer

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Robert Kronaus (Stv. Vors.)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Johannes Kopf ab 2/2000
Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Gernot Mitter
Bundesarbeitskammer

Elisabeth Rolzhauser
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Bernhard Achitz ab 7/2000
Österreichischer Gewerkschaftsbund

Heinz Rammel
Zentralbetriebsrat, Bundesgeschäftsstelle

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Doris Landauer ab 7/2000 (Stv. Vorsitzende)
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Mag. Thomas Blattner ab 7/2000
Bundesministerium für Finanzen

Expertin: Ingrid Weixlberger ab 7/2000
Zentralbetriebsrätin, RGS Steyr

Landesorganisationen des AMS

BURGENLAND

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Friedrich Gollubits

Landesgeschäftsführer des AMS Burgenland

Mag. Franz Szöke,

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Friedrich Wedorn

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Mag. Helene Sengstbratl ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Burgenland und Niederösterreich

Mag. Josef Stiglitz

Wirtschaftskammer Burgenland

Dr. Hildegard Renner ab 7/2000

Wirtschaftskammer Burgenland

Mag. Gerhard Rathpoller

Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland

Alfred Schreiner

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Gerhard Michalitsch ab 10/2000

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Helene Sengstbratl

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Burgenland und Niederösterreich

Dr. Friedrich Wedorn ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Ernst Peischl, *Wirtschaftskammer Burgenland*

Mag. Franz Steindl ab 7/2000

Wirtschaftskammer Burgenland

Mag. Thomas Lehner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Burgenland

Dietrich Csögl

Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Friedrich Gollubits

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Mag. Franz Szöke

KÄRNTEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Mag. Josef Sibitz

Landesgeschäftsführer des AMS Kärnten

Franz Zewell

Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Werner Sattlegger

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Kärnten

Mag. Norbert Pucher

Wirtschaftskammer Kärnten

Dr. Winfried Haider

Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten

Gerhard Hausenblas

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Renate Umann ab 7/2000

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Paul Wieser

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Kärnten

Dkfm. Dr. Helmuth Lerch

Wirtschaftskammer Kärnten

Mag. Andreas Görgei ab 5/2000

Wirtschaftskammer Kärnten

Mag. Josef Bramer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Kärnten

Othmar Krakolinig

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Georg Steiner ab 7/2000

Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Mag. Josef Sibitz

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Franz Zewell

NIEDERÖSTERREICH

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Werner Homrighausen

Landesgeschäftsführer des AMS Niederösterreich

Mag. Karl Fakler

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Friedrich Wedorn

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Mag. Helene Sengstbratl ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Mag. Martin Egger

Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Robert Lehner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Niederösterreich

Gerhard Posset

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Manfred Kubica ab 7/2000

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Helene Sengstbratl

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Dr. Friedrich Wedorn ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland

Christa Kocher

Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Christian Wojta

Kammer für Arbeiter und Angestellte Niederösterreich

Ing. Kurt Aust

Gewerkschaft der Privatangestellten NÖ

Emil Schabl ab 7/2000

Gewerkschaft Metall-Textil

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Werner Homrighausen

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Mag. Karl Fakler

OBERÖSTERREICH

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Roman Obrovski

Landesgeschäftsführer des AMS Oberösterreich

Dr. Rudolf Neidl

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Kurt Pieslinger

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Oberösterreich

Dr. Hans Matthias Aigner ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Oberösterreich

Ing. Gerhard Buchroithner

Wirtschaftskammer Oberösterreich

Mag. Gertraud Jahn

Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich

Dr. Erich Gumplmaier

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Hans Matthias Aigner

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Oberösterreich

Dr. Kurt Pieslinger ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Oberösterreich

Dr. Erhard Prugger

Wirtschaftskammer Oberösterreich

Mag. Rudolf Moser

Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich

Rainer Remsing

Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Roman Obrovski

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Rudolf Neidl

SALZBURG

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Erwin Buchinger

Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg

Siegfried Steinlechner

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Gerhard Heinrich, *Vereinigung d. Österreichischen Industrie, Landesgruppe Salzburg*

Dr. Josef Oberrauch

Wirtschaftskammer Salzburg

Mag. Wilfried Bischofer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Siegfried Pichler ab 7/2000

Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Rupert Schindlauer

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Peter Lindhuber

Fa. Porsche Salzburg

Dr. Klaus Rainer

Wirtschaftskammer Salzburg

Mag. Richard Hennessey

Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Mag. Wilfried Bischofer ab 7/2000

Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Gerhard Dobernig

Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Erwin Buchinger

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Siegfried Steinlechner

STEIERMARK

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Hans Kaiser

Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark

Dr. Helfried Faschingbauer

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Arnold Url

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Steiermark

Dr. Heinz Rothe

Wirtschaftskammer Steiermark

Dr. Peter Astner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Werner Albler

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Thomas Krautzer

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Steiermark

Dr. Silvia Lind-Leitner ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Steiermark

Dr. Ingrid Kuster, *Wirtschaftskammer Steiermark*

Mag. Friedrich Koiner

Dr. Armin Gibiser ab 8/1999

Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Helmut Jaksch

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Hans Kaiser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Helfried Faschingbauer

TIROL

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Heinrich Rohrmoser
Landesgeschäftsführer des AMS Tirol

Anton Kern
Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Dietmar Bachmann
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol*

Dr. Norbert Ulf ab 7/2000
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol*

Dr. Peter Reiter
Wirtschaftskammer Tirol

KR Franz Fuchs
*Österreichischer Gewerkschaftsbund
Vertreter d. Arbeiterkammer*

Dr. Jürgen Berger ab 7/2000
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Siegfried Astl
*Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe,
Persönliche Dienste*

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Dr. Norbert Ulf
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol*

Dr. Wolfgang Paulmichl ab 7/2000
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Tirol*

Dr. Peter Trost
Wirtschaftskammer Tirol

Dr. Fritz Baumann
Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Horst Trutschnig, *Gewerkschaft Chemie*

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Heinrich Rohrmoser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Kern

VORARLBERG

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Werner Schelling
Landesgeschäftsführer des AMS Vorarlberg

Anton Strini
Stv. des Landesgeschäftsführers

Mag. Edgar Kilian
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Vorarlberg*

Mag. Michaela Wagner ab 10/2000
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Vorarlberg*

Dr. Helmar Stefko
Wirtschaftskammer Vorarlberg

Mag. Heinz Peter
Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Franz Leikam
Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Irmgard Meyer
*Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Vorarlberg*

Dr. Helmut Steuerer
Wirtschaftskammer Vorarlberg

Dr. Christoph Jenny ab 7/2000
Wirtschaftskammer Vorarlberg

Rudolf Zimmermann
Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg

Norbert Loacker
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Werner Schelling

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Strini

WIEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Klaus Werner

Landesgeschäftsführer des AMS Wien

Claudia Finster ab 7/2000

Landesgeschäftsführerin des AMS Wien

Dr. Ingeborg Friehs

Stv. der Landesgeschäftsführerin

Dr. Thomas Oliva

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Mag. Ingolf Planer ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Ing. Josef Bitzinger

Wirtschaftskammer Wien

Josef Wallner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Josef Macek

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER:

Mag. Christian Haunold

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Dr. Thomas Oliva ab 7/2000

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Dr. Walter Zeiler

Wirtschaftskammer Wien

Mag. Silvia Hofbauer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Renate Hafenscher ab 7/2000

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Dr. Dwora Stein

Gewerkschaft der Privatangestellten

Karl Dürtscher ab 12/2000

Gewerkschaft der Privatangestellten

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER/IN:

Klaus Werner

Claudia Finster ab 7/2000

STELLVERTRETERIN DE(S)R

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER(S)IN:

Dr. Ingeborg Friehs

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
Arbeitsmarktservice Österreich, Treustrasse 35-43
1200 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:
Dr. Herbert Buchinger, Mag. Herbert Böhm

Redaktion:
Dr. Ernst Haider, Dr. Gudrun Pallierer,
Dr. Gerhard König

Für die Produktion verantwortlich:
Mag. Susanne Langels

Fotos:
Zefa, Petra Spiola

Grafik:
Creativstudio Mark & Nevosad

Druck:
Druckerei Berger & Söhne, Horn

Erschienen im Juli 2001

Der Geschäftsbericht 2000 ist in einer Kurzfassung auf der Homepage der AMS www.ams.or.at veröffentlicht und in der Langfassung sowie in einer englischsprachigen Kurzfassung im Download-Center der Homepage abrufbar.

